

Geschäftsberichte 2018

Konzern

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

WGV-Versicherung AG

WGV-Lebensversicherung AG

WGV-Versicherungen auf einen Blick (EUR in TEUR)

	2018	2017	2016	2010	2000	1990
Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.						
Bruttobeitragseinnahme	336.391	331.756	323.096	265.502	242.524	161.315
Nettobeitragseinnahme	259.473	254.298	247.779	199.640	183.318	128.765
Nettoaufwendungen für Versicherungsfälle	196.755	186.224	198.676	177.373	157.115	96.656
Nettoaufwendungen für Beitragsrückerstattung	11.044	10.531	9.715	11.700	13.147	23.563
Eigenkapital zum 31.12.	548.629	535.121	517.179	467.522	264.771	68.387
Anzahl der Verträge	2.034.238	2.064.894	2.077.208	1.951.318	1.617.519	1.105.209
Anzahl der neu angemeldeten Schäden	111.086	116.911	117.680	123.240	117.911	86.480
WGV-Versicherung AG						
Bruttobeitragseinnahme	383.348	359.024	334.263	218.273	165.763	61.051
Nettobeitragseinnahme	333.604	311.044	289.639	183.403	126.150	38.993
Nettoaufwendungen für Versicherungsfälle	261.570	247.990	240.419	152.097	103.091	27.313
Eigenkapital zum 31.12.	150.000	150.000	517.179	116.236	76.063	14.313
Anzahl der Verträge	3.012.890	2.848.773	2.690.242	1.980.697	1.246.214	426.654
Anzahl der neu angemeldeten Schäden	169.544	166.879	162.065	139.618	96.666	35.851
WGV-Lebensversicherung AG						
Bruttobeitragseinnahme	42.388	43.213	44.903	42.917	21.562	–
Anzahl der Verträge	55.841	56.431	56.274	55.833	30.773	–
Versicherungssummen	4.414.938	4.370.507	4.283.503	3.490.382	1.364.153	–

Geschäftsberichte 2018

Konzern

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

WGV-Versicherung AG

WGV-Lebensversicherung AG

Inhaltsverzeichnis

Konzernbericht

Konzern-Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	8
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018	18
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2018	20
Konzern-Anhang	23
Bestätigungsvermerk	35
Bericht des Aufsichtsrats	41

Bericht der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

Organe	44
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	45
Bilanz zum 31. Dezember 2018	52
Gewinn- und Verlustrechnung 2018	54
Anhang	56
Bestätigungsvermerk	67
Bericht des Aufsichtsrats	72

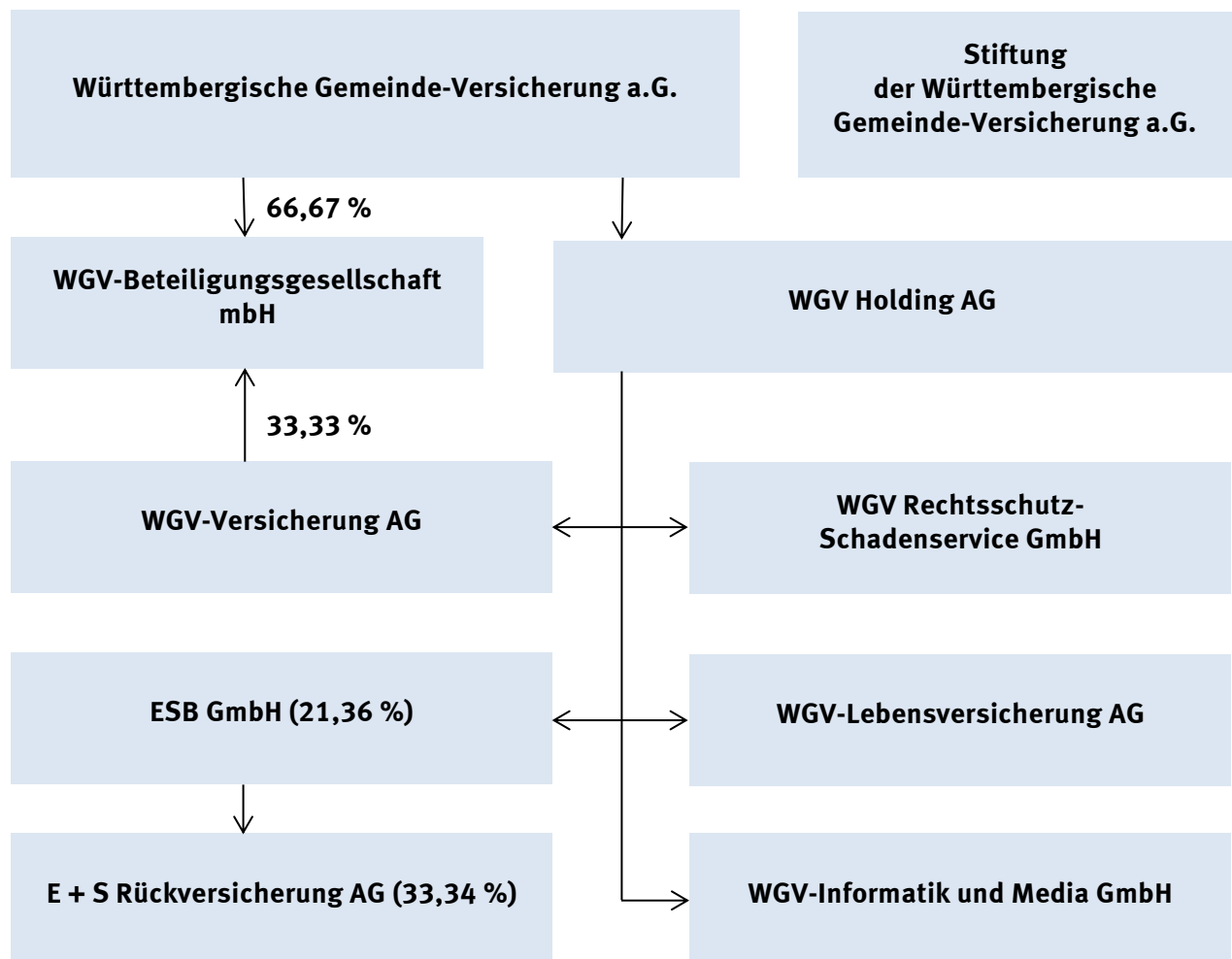
Bericht der WGV-Versicherung AG

Organe	74
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	75
Bilanz zum 31. Dezember 2018	82
Gewinn- und Verlustrechnung 2018	84
Anhang	86
Bestätigungsvermerk	96
Bericht des Aufsichtsrats	101

Bericht der WGV-Lebensversicherung AG

Organe	104
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	105
Bilanz zum 31. Dezember 2018	114
Gewinn- und Verlustrechnung 2018	116
Anhang	118
Bestätigungsvermerk	133
Bericht des Aufsichtsrats	138

WGJV Versicherungen



Konzernbericht 2018

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Konzern-Lagebericht

Geschäftsgebiet

Geschäftsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland.

Allgemeines

Die wgv Gruppe besteht aus den Unternehmen

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.,
WGV-Versicherung AG,
WGV-Lebensversicherung AG,
WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH,
WGV-Informatik und Media GmbH,
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH,
alle mit Sitz in Stuttgart sowie
WGV Holding AG, Ravensburg

Sie bilden einen Konzern gemäß § 18 des Aktiengesetzes. Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. hat als Obergesellschaft nach § 341 i Abs. 1 HGB einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht zu erstellen, in den die genannten Unternehmen einbezogen sind.

Betriebene Versicherungszweige und -arten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Lebensversicherung

Krankenversicherung

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
Fahrzeugvollversicherung
Fahrzeugteilversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Sonstige Sachversicherung
Glasversicherung
Feuerversicherung
Sonstige Sachversicherung
Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
Leitungswasserversicherung
Technische Versicherungen
Sonstige Sachschadenversicherungen

Beistandsleistungsver sicherung

Transportversicherung

Sonstige Versicherungen

Betriebene Versicherungszweige und -arten im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Feuerversicherung
Leitungswasserversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Gebäudeversicherung

Vertrauensschadenversicherung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr preisebereinigt in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld und trotz der Produktions- und Absatzstörungen bei den Pkw-Herstellern solide um 1,4 % gewachsen, nach +2,2 % im Boomjahr 2017. Die Impulse kamen rechnerisch ausschließlich von der Binnenwirtschaft. Die Ausfuhren nahmen angesichts der geringeren Dynamik der Weltwirtschaft langsamer zu als im Vorjahr und auch weniger als die von der starken Binnenwirtschaft nachgefragten Einfuhren. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wurden spürbar ausgeweitet, aber weniger deutlich als im Vorjahr. Für die Weltkonjunktur zeichnet sich eine Verlangsamung ihrer Dynamik ab. Der Welthandel entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gedämpft. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus. Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank im Jahresverlauf von 5,3 % (Dez. 2017) auf 4,9 % (Dez. 2018).

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Anstieg von -0,33 % auf -0,31 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg zu Jahresbeginn 2018 deutlich von 0,43 % auf über 0,80 % an. Im weiteren Jahresverlauf kehrte, getrieben durch die weltpolitischen Unsicherheiten, die Flucht in Qualität wieder zurück, so dass die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe bis zum Jahresende wieder auf 0,24 % zurückgegangen ist. Die im gesamten Jahresverlauf ungelösten globalen Probleme Handelskrieg zwischen den USA und China, wirtschaftliche und politische Destabilisierung Italiens und der Brexit führten zu einem deutlichen Anstieg der Volatilität im gesamten Jahresverlauf. Im vierten Quartal des Jahres verstärkte sich die Angst vor einer Rezession nochmals, so dass bis zum Jahresende die Mehrzahl der Assetklassen mit einem deutlichen Verlust schloss. Im Kalenderjahr 2018 verlor der Eurostoxx50-Performance-Index 12,0 %, der Deutsche Aktien-Index DAX ging um 18,3 % zurück.

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer der längsten Aufschwungphasen der Nachkriegszeit. Ungünstigere außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, temporäre produktionsseitige Probleme und Kapazitätsengpässe dämpfen jedoch das Expansionstempo. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dürfte mit, vom Sachverständigenrat Wirtschaft in seinem Jahresgutachten 2018/2019 erwarteten, 1,5 % für das Jahr 2019 dem geschätzten Potenzialwachstum von derzeit etwa 1,5 % erneut entsprechen. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich leicht verlangsamen. Für den Euro-Raum wird für das Jahr 2019 eine Zuwachsrate des BIP von 1,7 % prognostiziert. Es bestehen Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung durch eine Eskala-

tion des Handelskonflikts, einen ungeordneten Brexit oder ein Wiederaufflammen der Euro-Krise.

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer verzeichneten nach vorläufiger Rechnung im Geschäftsjahr 2018 ein zufriedenstellendes versicherungstechnisches Gesamtergebnis. Nach aktuellen Hochrechnungen stiegen die gebuchten Bruttobeiträge 2018 um 3,1 % auf 70,6 Mrd. €. Der Aufwand für Geschäftsjahresschäden stieg um 6,8 % auf 53,5 Mrd. €. Die Schaden-Kostenquote lag mit 96,0 % um knapp 3 %-Punkte über dem Niveau des Vorjahres. In der Kraftfahrtversicherung wird für 2018 ein Beitragsanstieg von 3,2 % auf 27,8 Mrd. € erwartet. Während die Schaden-Kosten-Quote in der Kraftfahrtversicherung auf Vorjahresniveau verblieb, ergab sich in den Sachsparten, unter anderem bedingt durch das Sturmtief „Friedericke“ am 18.01.2018, ein deutlicher Anstieg der Schaden-Kosten-Quote.

Für das laufende Geschäftsjahr werden weiter verhaltene Wachstumsaussichten gesehen.

Nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) stiegen die Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung um 2,5 % auf 88,70 Mrd. €. Versicherungen gegen Einmalbeitrag verzeichnen einen Zuwachs um 8,3 % auf 27,02 Mrd. €. Die Beitragseinnahmen aus Versicherungen mit laufender Beitragszahlung erhöhten sich um 0,2 %. Für das Jahr 2019 wird für die Lebensversicherung mit einem leichten Anstieg der Beitragseinnahmen gerechnet.

Versicherungsgeschäft Schaden- und Unfallversicherung insgesamt

Das Geschäftsjahr 2018 ist durch wachsende Bestände, steigende Beitragseinnahmen und zufriedenstellende Brutto-Schadenverläufe gekennzeichnet. Die verdienten Nettobeiträge stiegen um 28.114 T€ (5,0 %) auf 593.202 T€, die Netto-Schadenaufwendungen stiegen um 24.110 T€ (5,6 %) auf 458.325 T€.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft insgesamt

Die folgenden Angaben betreffen, sofern nicht anders angegeben, das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft brutto.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bestanden am Bilanzstichtag 5.047.128 Versicherungsverträge; dies waren 133.461 Verträge oder 2,7 % mehr als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Die gebuchten Beiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 28.153 T€ oder 4,2 % auf 693.632 T€ erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich um 7,2 % auf 515.875 T€. Während die Elementarschadenbelastung auf einem moderaten Niveau verblieb, entwickelte sich das Abwicklungsergebnis rückläufig. Nach einer im Vorjahresvergleich niedrigeren Geschäftsjahresschadenbelastung ergab sich im Saldo ein leichter Anstieg der Schadenquote.

Die Aufwendungen des Versicherungsbetriebs für das selbst abgeschlossene Geschäft lagen bei 69.338 T€ (Vorjahr 64.360 T€). Die Kostenquote betrug 10,0 % (Vorjahr 9,7 %). Netto, das heißt nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen, verblieb ein Kostensatz von

8,5 % (Vorjahr 8,1 %). Durch diese im Verhältnis zu anderen Unternehmen sehr niedrige Kostenbelastung können wir unseren Mitgliedern bzw. Versicherungsnehmern gerade auch im Vergleich zu anderen Versicherungsgesellschaften weiterhin äußerst günstige Tarife bieten.

Aus dem im Geschäftsjahr 2018 erzielten versicherungstechnischen Überschuss konnten 10.790 T€ den Rückstellungen für die erfolgsabhängige Beitragsrück-
erstattung zugeführt werden.

Versicherungsgeschäft im Einzelnen

	Bestandsentwicklung		gebuchte Bruttobeiträge		Schaden-Kostenquote	
	Anzahl Verträge	Veränderung zum VJ	T€	Veränderung zum VJ	%	Veränderung zum VJ in %-Pkt
Schaden- und Unfallversicherung						
Gesamtgeschäft	5.047.128	2,7 %	719.738	4,2 %	84,7 %	2,5
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	5.047.128	2,7 %	693.632	4,2 %	84,4 %	2,3
Unfall	237.294	-0,8 %	17.488	-0,1 %	70,0 %	15,5
Allgemeine Haftpflicht	675.461	0,1 %	62.135	1,4 %	67,9 %	1,0
Kraftfahrt gesamt	2.596.291	4,3 %	428.004	4,5 %	91,5 %	-3,5
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1.543.403	4,5 %	248.287	4,4 %	89,8 %	-3,1
Sonstige Kraftfahrt	1.052.888	4,0 %	179.716	4,6 %	93,9 %	-4,1
Feuer	1.131	-5,8 %	710	-9,2 %	26,5 %	20,6
Verbundene Hausrat	351.954	0,7 %	23.792	2,2 %	45,9 %	-0,0
Verbundene Wohngebäude	178.589	2,2 %	43.403	6,9 %	59,2 %	4,6
Einbruchdiebstahl	393	-9,7 %	192	-4,1 %	28,6 %	10,3
Leitungswasser	1.386	-2,7 %	767	-16,6 %	95,6 %	-21,5
Glas	135.406	1,8 %	5.030	2,1 %	67,5 %	-18,6
Technische Versicherung	5.644	4,9 %	9.399	2,6 %	43,7 %	15,3
Sonstige Schadenversicherung	4.741	-4,1 %	2.225	-2,8 %	37,7 %	-9,6
Sonstige Versicherungen gesamt	85.499	0,5 %	48.283	6,1 %	79,7 %	38,8
Betriebsunterbrechung	489	1,0 %	1.110	5,5 %	58,0 %	31,5
Inhaltsversicherung	2.258	7,8 %	7.981	7,1 %	58,1 %	18,4
Vertrauensschadenversicherung	1.985	0,2 %	9.867	1,8 %	58,2 %	-11,2
Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften	79.153	-0,3 %	25.358	5,3 %	96,2 %	65,1
Rechtsschutz	465.872	1,5 %	47.080	5,8 %	105,3 %	14,6
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft gesamt			26.106	3,2 %	94,5 %	7,0
Lebensversicherung						
Gesamtgeschäft	55.841	-1,0 %	42.388	-1,9 %		

Bestand und Beitragseinnahme

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung konnte der Vertragsbestand um 4,5 % (66.228 Verträge) weiter ausgebaut werden. Die Beitragseinnahmen stiegen dabei um 4,4 % (10.391 T€).

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung konnten Bestand (4,0 %) und Beitrag (4,6 %) weiter ausgebaut werden.

In der Entwicklung der Bestände und Beiträge in den Haftpflicht-, Unfall-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen sind die weiterhin erfreulichen Entwicklungen in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Bestandswachstum von 2,2 % (3.822 Verträge) und mit einem Beitragswachstum von 2.800 T€ (6,9 %) sowie in der Rechtsschutzversicherung (Beitragswachstum 5,8 %) hervorzuheben.

Schaden und Kosten

Das Abwicklungsergebnis der Vorjahre verringerte sich insgesamt um 18,9 % (20.219 T€) auf 87.015 T€. Ursächlich hierfür waren vor allem rückläufige Abwicklungsergebnisse in der Rechtsschutzversicherung und,

basierend auf Einmaleffekten im Vorjahr, in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften.

Die Schaden- und Kostenquote insgesamt lag mit 84,4 % um 2,3 %-Punkte über dem Vorjahresniveau.

Schadenseitig verbesserte sich die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung im Vergleich zum Vorjahr, die Brutto-Schadenaufwendungen sanken bei deutlich steigenden Beständen auf 196.271 T€ (Vorjahr 197.373 T€). Es ergab sich mit 11.750 T€ erneut ein hoher Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung.

Wenig erfreulich verlief die Entwicklung der Schadenquote in der Rechtsschutzversicherung. Während die Geschäftsjahresschadenquote mit 90,1 % auf dem Niveau des Vorjahres lag, ergab sich aus der Abwicklung der Vorjahresschäden ein Abwicklungsergebnis in Höhe von -3.085 T€ (Vorjahr 4.408 T€), was im Wesentlichen auf den Dieselskandal zurückzuführen ist. Der Schwankungsrückstellung mussten 3.171 T€ entnommen werden.

Ebenso unerfreulich verlief die Schadenentwicklung in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körper-

schaften. Unter anderem bedingt durch eine Häufung von Brandschäden verschlechterte sich die Geschäftsjahresschadenquote von 79,3% auf 105,6%. Durch den schlechten Schadenverlauf in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften ergab sich eine Entnahme aus der Schwankungsrückstellung.

In der Verbundenen Gebäudeversicherung sowie in der Kraftfahrzeug-Haftpflicht und der Sonstigen Kraftfahrtversicherung ergaben sich erneut hohe Zuführungen zur Schwankungsrückstellung.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im übernommenen Versicherungsgeschäft wurden Risiken in der Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrt-, Leitungswasser-, Verbundenen Hausrat-, Verbundenen Gebäude-, Vertrauensschaden- und Sonstige Versicherungen in Rückdeckung genommen. Die verdienten Brutto-Beiträge lagen im Berichtsjahr bei 26.116 T€ (+3,1 %). Der Netto-Schadenaufwand stieg um 1.848 T€ auf 15.520 T€.

Nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 1.371 T€ ergab sich insgesamt ein Verlust von 372 T€ (Vorjahr Gewinn 2.492 T€).

Versicherungsgeschäft Lebensversicherung Neugeschäft

Im Berichtsjahr 2018 wurden 2.049 Versicherungsscheine (Vorjahr 2.944) mit einer Versicherungssumme von 207.256 T€ eingelöst. Der laufende Beitrag der eingelösten Versicherungsscheine betrug 1.392 T€ (Vorjahr 1.647 T€). Der eingelöste Einmalbeitrag belief sich auf 1.214 T€ (Vorjahr 1.695 T€).

Bei den Kapitalversicherungen betrug die Versicherungssumme 2.646 T€ bei 471 eingelösten Versicherungsscheinen. In den Risikoversicherungen wurden 1.387 Verträge mit einer Versicherungssumme von 201.848 T€ eingelöst. Die 12-fache Jahresrente belief sich bei Rentenversicherungen auf 2.762 T€ bei 191 eingelösten Versicherungsscheinen.

Die Beitragssumme des gesamten Neugeschäfts belief sich auf 40.048 T€ (Vorjahr 47.244 T€).

Beiträge

Im Geschäftsjahr 2018 beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 42.388 T€. Bei leicht sinkenden laufenden Beitragszahlungen und einer Abnahme der Einmalbeiträge ergab sich insgesamt ein Beitragsrückgang um 1,9 %.

Kapitalanlagen und Kapitalanlageergebnis

Der Bestand an Kapitalanlagen betrug am Bilanzstichtag 2.749.855 T€. Er lag um 5,2 % höher als im Vorjahr. Die konsolidierten Kapitalerträge beliefen sich auf 86.523 T€ (Vorjahr 100.474 T€), davon entfielen 19.775 T€ (Vorjahr 22.343 T€) auf die Lebensversicherung (ohne fondsgebundene). Die Netto-Verzinsung der Kapitalanlagen des Konzerns lag im Berichtsjahr bei 2,1 %. Unter Schwankungen gingen die erzielbaren Renditen bei Neuanlagen durch die Entwicklung der Kapitalmärkte nochmals zurück. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen stiegen um 315 T€ auf 29.211 T€. Die darin enthaltenen Abschreibungen betrugen 23.513 T€

(Vorjahr 23.013 T€). Der Ertragssaldo aus den Kapitalanlagen betrug in 2018 vor technischem Zinsertrag 57.312 T€ (Vorjahr 71.578 T€). Der darin enthaltene Ertragssaldo der Lebensversicherung ohne nicht realisierte Gewinne und Verluste der Fondsgebundenen Lebensversicherung betrug 16.706 T€ (Vorjahr 21.838 T€).

Die Liquiditätsplanung erfolgt auf Ebene der Einzelgesellschaften.

Der Liquiditätsbedarf wird aus dem laufenden Versicherungsgeschäft sowie ggf. den Einschusspflichten der Rückversicherer gedeckt. Die Liquiditätsplanung ist zentraler Bestandteil der Anlageplanung.

Jahresergebnis

Nach Aufwendungen für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung von 10.790 T€ und einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 29.983 T€ (Vorjahr 38.024 T€), schloss das selbst abgeschlossene Geschäft in der Schaden- und Unfallversicherung mit einem Gewinn für eigene Rechnung von 36.810 T€ (Vorjahr 28.440 T€) und das übernommene Geschäft mit einem Verlust von 372 T€ (Vorjahr Gewinn 2.492 T€) ab.

In der Lebensversicherung schloss das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss von 1.500 T€ (Vorjahr 1.500 T€).

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 37.345 T€ (Vorjahr 46.669 T€).

Bei der Saldierung der übrigen Erträge und Aufwendungen ergab sich ein Saldo von -7.462 T€ (Vorjahr -5.663 T€), so dass sich als Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit ein Gewinn von 69.240 T€ (Vorjahr 73.578 T€) errechnete. Nach einem Steueraufwand von 20.334 T€ (Vorjahr 25.498 T€) ergab sich ein Jahresüberschuss von 48.906 T€ (Vorjahr 48.080 T€).

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Konzerns sowie der Einzelunternehmen gefährden könnten.

Die Risikostrategie findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch. Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmen, Unternehmensteilen und -prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert, auf Gruppenebene aggregiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt. Durch monatliche Ist-Abschlüsse in Kapitalanlage und Versicherungstechnik werden bilanzielle Effekte frühzeitig in den Steuerungs- und Risikofrüherkennungsprozess mit einbezogen.

Aufsichtsrat und Vorstand werden regelmäßig über die Risikosituation des Konzerns informiert.

Schaden- und Unfallversicherung

Das Prämien-/Schadenrisiko wird im Rahmen des laufenden Berichtswesens permanent überwacht, risikomindernde Annahmerichtlinien sowie eine laufende risikoadäquate Gestaltung der Tariflandschaft dienen der frühzeitigen Identifikation und Nichtannahme erkennbar schlechter Risiken.

Die Angemessenheit der Schadenreserven wird durch die Schadenabteilungen auf Basis der Einzelschäden permanent überwacht, turnusmäßig erfolgt zudem eine Analyse der Schadenreserven mithilfe mathematischer Verfahren.

Rückversicherungsschutz

Die Risiken aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft – insbesondere Großrisiken aus Elementarschadenereignissen oder Risiken aus den Haftpflichtsparten – sind unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei jeweils an mehrere Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Risiken aus Beziehungen zu Rückversicherern in Großbritannien bestehen lediglich in unwesentlichem Umfang aus der Abwicklung von Altverträgen.

Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse

Die Schadenquote und die Abwicklungsergebnisse der letzten 10 Jahre stellen sich folgendermaßen dar:

Jahr	Bilanzielle Schadenquote netto in %	Abwicklungsergebnisquote netto in %
2009	83,2	9,5
2010	85,9	7,8
2011	83,0	9,9
2012	83,9	8,8
2013	109,4	10,1
2014	79,1	6,1
2015	74,9	9,7
2016	81,7	9,9
2017	76,8	10,6
2018	77,3	9,5

Bereinigt man das Jahr 2013 um den Hagelsturm Andreas ergibt sich eine Netto-Schadenquote von 86,3%.

Lebensversicherung

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken eines Lebensversicherungsunternehmens bestehen insbesondere aus den biometrischen Risiken, dem Stornorisiko und dem Zinsgarantierisiko.

Die versicherungstechnischen Risiken sind durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei nur an Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken beschreiben die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen der Tarife – etwa die Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten – im Laufe der Zeit signifikant verändern. Bei der WGV-Lebensversicherung AG wird der Verlauf des Risikos ständig

beobachtet. Dies gilt auch im Hinblick auf die im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 geltenden Unisex-Tarife. Änderungen der biometrischen Rechnungsgrundlagen werden bei der jährlichen Deklaration der Überschussanteilsätze berücksichtigt. Die zur Berechnung der Deckungsrückstellungen verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) als ausreichend angesehen. Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung zum 31.12.2018 wurden zum Beispiel für den Bestand an Rentenversicherungen die aktuellen Anforderungen der DAV und der BaFin berücksichtigt. Für einzelne Teilbestände wurden Auffüllungen der Deckungsrückstellungen derart vorgenommen, dass aktuellere Ausschideordnungen Anwendung gefunden haben. Derzeit ergibt sich kein Anlass, die Sicherheit der Rechnungsgrundlagen in Zweifel zu ziehen. Eine detaillierte Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden befindet sich im Anhang des Geschäftsberichts. Das Zufallsrisiko durch hohe Versicherungsleistungen einzelner versicherter Risiken wird durch eine entsprechende Annahmepolitik und durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen begrenzt.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht darin, dass unerwartet viele Versicherungsnehmer ihre Verträge vorzeitig beenden und im Extremfall Kapitalanlagen zu ungünstigen Bedingungen verkauft werden müssen. Bei Kapital- und Rentenversicherungen fließen Stornowahrscheinlichkeiten in die Berechnung der Zinszusatzreserve mit ein. Ansonsten werden bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen keine Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die Deckungsrückstellungen sind mindestens so hoch wie die Rückkaufswerte. In Bezug auf die aktivierten, noch nicht fälligen Ansprüche an Versicherungsnehmer aus gezeilerten Tarifen wird dem Stornorisiko durch angemessene Wertberichtigungen begegnet. Schwankungen im Stornoverhalten haben nur geringen Einfluss auf das Geschäftsergebnis.

Zinsgarantierisiko

Die Gefahr, dass aus den vorhandenen Kapitalanlagen aufgrund extremer Kapitalmarktentwicklungen die garantierte Mindestverzinsung für die Versicherungsnehmer nicht dauerhaft erwirtschaftet werden kann, stellt das Zinsgarantierisiko dar. Die Kapitalanlagen bestehen zum ganz überwiegenden Teil aus Papieren mit Zinscharakter. Die Verzinsung des Bestandes an Zinstiteln liegt derzeit um ca. einen Prozentpunkt über dem durchschnittlichen bilanziellen Rechnungszins des Bestandes. Angesichts des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus wird die Marktentwicklung aufmerksam beobachtet. Muss die Neuanlage künftig dauerhaft in einem Niedrigzinsumfeld erfolgen, erhöht sich das Garantierisiko erheblich. Für Bestände mit einem Garantiezins von 2,25 %, 2,75 %, 3,25 %, 3,5 % und 4 % wurde im Geschäftsjahr 2018 eine Zinszusatzreserve gestellt. Die Verpflichtung dazu ergibt sich aus § 341 f. Abs. 2 HGB i.V.m. § 5 Abs. 3 der Deckungsrückstellungsverordnung bzw. aus einem genehmigten Geschäftsplan. Die Zinszusatzreserve ist Teil der Deckungsrückstellung. Der Berechnung der Zinszusatzre-

serve lag bei Verträgen, die ab dem 01.01.1995 abgeschlossen wurden, ein Referenzzins von 2,09 % zugrunde. Bei Verträgen, die vor diesem Termin abgeschlossen wurden, richtete sich der Zinssatz nach dem Geschäftsplan. Im Geschäftsjahr 2018 betrug der Aufwand für die Zinszusatzreserve 5.098 T€ oder 1,16 % der gesamten Deckungsrückstellung. Im Berichtsjahr wurde die sogenannte Korridormethode zur Bestimmung des Referenzzinses in der Deckungsrückstellungsverordnung verankert. Nach dem bisherigen Verfahren beliefen sich der Referenzzins auf 1,88 %. Die Korridormethode führte somit zu einer Minderung des Aufwands für die Zinszusatzreserve in Höhe von 9.991 T€. Für das Folgejahr wird durch die Wirkung der Korridormethode ein weiterer Rückgang des Aufwands erwartet. Der Rechnungszins in Höhe von 0,9 % für das Neugeschäft seit dem 01.01.2017 wirkt mittel- bis langfristig risikomindernd.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfall- sowie Lebensversicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe von 0,2 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Versicherungsvertreter sowie gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Berichterstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlageausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagenbestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten, bis auf geringe Beimischungen, auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum

31.12.2018 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse – 20 %	–6.809 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg + 1 %	–26.755 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang – 1 %	28.465 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand waren 55,1 % von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Darlehen enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse besteht, eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war oder die von öffentlichen Haushalten gegeben wurden. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelt es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im sogenannten Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 96,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 54,3 %. Es unterlagen davon 51,7 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 37,6 % mit einer besonderen Deckungsmasse hinterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 6,9 %. Der Anteil an Kapitalanlagen in den EWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) lag bei 0,8 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand befinden sich keine Kapitalanlagen in britischen Pfund. Beimischungen in Aktien, Beteiligungen oder Investmentanteilen sind in geringem Maße vorhanden. Wesentliche Risiken durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bestehen nicht.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt

dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsfortführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Nichtfinanzielle Erklärung Geschäftsmodell

Die wgv Gruppe versichert im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung Kommunen und kommunale Einrichtungen im Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern sowie Privatkunden im Geschäftsgebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Sparten Schaden- und Unfallversicherung sowie der Lebensversicherung.

Umweltbelange

Als Beitrag zur Senkung der lokalen Schadstoffbelastung legt die wgv Gruppe großen Wert auf die Umweltverträglichkeit des Fuhrparks. Parkplätze für elektrisch angetriebene Car-Sharing Fahrzeuge sind auf dem Firmengelände vorhanden, die Nutzung dieser Fahrzeuge für dienstliche Fahrten ist allen Mitarbeitern über einen Firmenaccount möglich. Die im Geschäftsjahr 2018 deutlich erweiterten Möglichkeiten zur Arbeit im Homeoffice wurden von der Belegschaft positiv aufgenommen und tragen damit ebenfalls zu einer Reduktion der lokalen Verkehrsbelastung bei. Die forcierte Nutzung papierloser Kommunikationskanäle führt zu einer Schonung der natürlichen Ressourcen. Durch die Sanierung von Verwaltungsgebäuden konnte der Fernwärmebedarf dieser Gebäude um 35 % und der Stromverbrauch um 18 % reduziert werden. Auf den Dächern unserer Verwaltungsgebäude in Stuttgart wurde im Geschäftsjahr 2018 eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 160 kWp und somit einem jährlichen Energieertrag von 150.000 kWh installiert.

Arbeitnehmerbelange

Gemeinsam zukunfts- und erfolgsorientiert

Hoch qualifizierte, zufriedene und motivierte Mitarbeiter und Führungskräfte bilden die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der wgv Gruppe. Die individuelle Entwicklung jedes Einzelnen nach seinen Stärken und Fähigkeiten ist wichtiger Bestandteil unserer Führungskultur. Regelmäßige Mitarbeitergespräche sind institutionalisiert. Aufgrund innovativer IT-Systeme und Prozesse können den Kunden attraktive Produkte und umfassender Kundenservice angeboten werden. Prozesse und Systeme unterliegen einem permanenten Wandel, alle Mitarbeiter sind aufgerufen, diesen Wandel durch innovative Vorschläge voranzutreiben. Dies dient nicht zuletzt dem Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze.

Mitarbeiter werden in ihren individuellen Fähigkeiten gefördert und, wenn möglich, werden Fach- und Führungspositionen intern besetzt. Die Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung ist selbstverständlich.

Gesundheit

Die Gesundheit der Mitarbeiter ist ein wichtiger Baustein für die Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeiter.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement verfolgt hierzu einen ganzheitlichen Ansatz. Im täglichen Arbeiten tragen gesundheitsbewusste Führungskonzepte sowie modern gestaltete Arbeitsplätze mit neuester Technik zur Zufriedenheit der Mitarbeiter bei. Außerhalb der täglichen Arbeit dienen die regelmäßige Ausrichtung eines Gesundheitstages sowie diverse Betriebssportaktivitäten der Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter.

Für den Fall längerer Erkrankungen ist ein umfassendes betriebliches Eingliederungsmanagement eingerichtet, welches den Mitarbeitern die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben erleichtert und notwendige Hilfestellungen zur Vorbeugung einer erneuten Arbeitsunfähigkeit gibt.

Gespräche und Durchatmen – in den Pausen laden Betriebsrestaurant, Bistro und begrünte Innenhöfe zum Verweilen und zum Austausch ein. Die wgv Gruppe gestaltet durch regelmäßige Veranstaltungen wie z.B. Betriebsfeste ein kollegiales Arbeitsklima, das von gegenseitiger Wertschätzung und einem vertrauensvollen Miteinander geprägt ist. Des Weiteren bieten wir den Mitarbeitern die Möglichkeit zur Nutzung eines JobRades.

Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben

In Abhängigkeit der jeweiligen privaten und beruflichen Situation haben die Mitarbeiter unterschiedliche Bedürfnisse an die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. Ein weitreichendes Gleitzeitkonzept sowie deutlich erweiterte Optionen bei Homeoffice-Arbeitsplätzen schaffen hierfür die notwendige Flexibilität. In Phasen wie der Kinderbetreuung oder der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger wird die private Belastung, z.B. durch das Angebot externer Beratungsleistung in Betreuungsfragen und eine finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung, verringert.

Aus- und Weiterbildung

Wissen und Können müssen sich permanent weiterentwickeln und anpassen. Dies beginnt bereits mit der beruflichen Erstqualifikation. Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist ein Ausbildungsbetrieb aus Überzeugung – sowohl um der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden als auch um in Zukunft über eine ausreichende Zahl qualifizierter Arbeitskräfte zu verfügen. Neben den in der Versicherungsbranche klassischen Ausbildungsberufen werden dabei mehrere Duale Studiengänge angeboten. Im Geschäftsjahr 2018 befanden sich 35 (Vorjahr: 33) Mitarbeiter in Ausbildung. Neue Mitarbeiter durchlaufen ein umfassendes, individuell auf die Tätigkeit abgestimmtes Einarbeitungsprogramm.

Bei der wgv Gruppe wird großer Wert auf eine nachhaltige Durchführung von Schulungen und Seminaren für alle Mitarbeiter gelegt. Regelmäßige individuelle Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten fördern das lebenslange Lernen. Hierfür ist ein umfassendes Schulungskonzept mit internen und externen, Fachlichkeit und Sozialkompetenz fördernden Schulungen, E-Learning und Blended Learning Maßnahmen eingerichtet. Das Schulungskonzept und die einzelnen Schulungsmaßnahmen werden kontinuierlich weiterentwickelt, sowohl was die Inhalte als auch die Methoden betrifft. Zusätzlich wird eine Vielzahl individueller Fortbildungsmaßnahmen gefördert.

Betriebliche Altersvorsorge

Für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben ist seit Jahrzehnten ein Programm der betrieblichen Altersvorsorge eingerichtet. Im Geschäftsjahr 2017 wurde das betriebliche Altersvorsorgeprogramm erheblich aufgestockt.

Sozialbelange

Als Versicherungsgruppe mit kommunalen Wurzeln ist sich die wgv Gruppe ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurde die Stiftung der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. gegründet. Stiftungszweck der gemeinnützigen Stiftung ist insbesondere die Gewährung finanzieller Zuwendungen für:

- kulturelle Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen, insbesondere Vorträge, Konzerte und Ausstellungen
- Investitionen und sonstige Fördermaßnahmen zugunsten sozialer Projekte, insbesondere auf dem Gebiet der Jugend- und Altenhilfe, der Hilfe für Menschen mit Behinderungen und der Wohnungslosenhilfe
- Investitionen und sonstige Fördermaßnahmen zugunsten kultureller Projekte, insbesondere auf dem Gebiet der baden-württembergischen Landesgeschichte, der Heimatkunde, des Denkmalschutzes und der Kunst.

Menschenrechte

Die wgv Gruppe ist ein regional geprägtes Unternehmen ohne Niederlassungen oder Tochterfirmen im Ausland. Für in Deutschland bzw. in der Europäischen Union ansässige Unternehmen wird aufgrund der geltenden Rechtslage grundsätzlich von einer vollumfänglichen

Achtung der Menschenrechte ausgegangen. Die Lieferantenstruktur der wgv Gruppe ist ebenfalls vollkommen national bzw. europäisch geprägt. Von den als wesentlich eingestuften Lieferanten der wgv Gruppe ist lediglich ein Unternehmen mit einem Umsatzanteil von weniger als 0,5 % außerhalb der EU in den USA angesiedelt, insofern wird auch für die Lieferanten von einer vollumfänglichen Achtung der Menschenrechte ausgegangen.

Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Um die Einhaltung aller rechtlichen Anforderungen zu gewährleisten, verfügt der Konzern über eine nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben gestaltete Compliance-Organisation. Ein Compliance-Beauftragter überwacht und berät die Fachabteilungen und die Geschäftsleitung, um Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben zu vermeiden. Insbesondere Korruption und Verstöße gegen das Kartellrecht werden durch Leitlinien und Schulungen der Mitarbeiter verhindert. Schließlich wurde in den Unternehmen ein sogenanntes Hinweisgeber-System implementiert, über das Mitarbeiter jederzeit Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften melden können, ohne persönliche Nachteile befürchten zu müssen.

Kapitalanlagen

Neben dem direkten Geschäftsbetrieb ist sich die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. auch im Bereich der Kapitalanlage ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und die Umwelt bewusst. Neben den klassischen Anlagegrundsätzen Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität, finden ethische, soziale und ökologische Belange bei der Kapitalanlage Beachtung. So sind z.B. Kapitalanlagen in Hersteller und Vertrieber von Streumunition grundsätzlich ausgeschlossen. Investitionen im Bereich der Nachhaltigkeit wurden vor allem durch Investitionen in Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien bzw. Energieeffizienz getätigt. Der Anteil in diesen Anlagen beläuft sich zum Stichtag auf 2,5 % der Kapitalanlagen.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Schaden- und Unfallversicherung

Die wgv Gruppe versichert über die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. nahezu alle Kommunen und kommunalen Einrichtungen im satzungsgemäß festgelegten Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern. Vor dem Hintergrund dieses hohen Marktanteils verfügt die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. über sehr gute Kenntnisse der Bedürfnisse der kommunalen Mitglieder. Die hohe Eigenkapitalausstattung macht die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. zu einem verlässlichen Partner für die versicherten Mitglieder.

Auf Basis einer schlanken und flexiblen Organisationsstruktur mit einer im Marktvergleich sehr geringen Kostenbelastung sieht sich die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. in der Lage, den Versicherungsbedarf der kommunalen Mitglieder auch in Zukunft mit maßgeschneiderten Deckungskonzepten zu günstigen Preisen zu befriedigen.

Im Privatkundenbereich sind die Produkte der wgv Gruppe durch eine regelmäßige Anpassung an die Gegebenheiten des Marktes in den erwünschten Segmenten unter den besten Angeboten des Marktes positioniert.

Insbesondere außerhalb des angestammten Geschäftsgebietes besteht – vor allem auch über neue Vertriebswege im Internet – ein erhebliches Wachstumspotenzial.

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem geringen Bestands- und Beitragswachstum für das institutionelle Versicherungsgeschäft ausgegangen. Die Bestände im institutionellen Geschäft lagen mit 112.247 Verträgen auf Vorjahresniveau, im Privatkundengeschäft stiegen die Bestände um 2,8 % auf 4.934.881 Verträge, das Bestandswachstum lag damit unterhalb der Erwartungen von 3 % bis 5 %.

Die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft lagen nach einer Steigerung von 3,8 % auf 100.916 T€ im Rahmen der erwarteten Spanne von 99.768 T€ bis 101.783 T€. Das Beitragsniveau im Privatkundengeschäft entwickelte sich im Rahmen der Erwartungen. Die Beiträge erhöhten sich um 4,3 % auf 592.716 T€ und lagen damit innerhalb der prognostizierten Spanne von 590.671 T€ bis 602.604 T€.

Die Kostenquote wurde bei knapp 12 % erwartet, tatsächlich ergaben sich 10,0 %. Besser als erwartet verlief die Entwicklung der Schadenquote. Während von einer Spanne von 76 % bis 86 % ausgegangen wurde, ergab sich tatsächlich eine Schadenquote von 74,4 %.

Im Geschäftsjahr 2019 werden die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft bei nahezu konstanten Vertragszahlen zwischen 129.892 T€ und 132.516 T€ liegen, im Privatkundengeschäft kann bei leicht steigenden Vertragszahlen von einem Beitragsvolumen zwischen 590.483 T€ und 602.412 T€ ausgegangen werden. Für das gesamte selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die gebuchten Bruttobeiträge daher zwischen 720.375 T€ und 734.928 T€ liegen.

Anm.: Einzelne Produkte wurden Anfang 2019 vom Privatkundengeschäft ins institutionelle Versicherungsgeschäft umgegliedert. Insgesamt wird der größere Teil des Beitragswachstums im Privatkundenbereich erwartet.

Sofern Großschäden, z.B. durch flächendeckende Elementarschäden ausbleiben, wird sich der Schadenaufwand moderat entwickeln, die Schadenquote wird unter diesen Voraussetzungen in der Bandbreite von 77 % – 87 % liegen.

Die Kosten werden etwas über dem Niveau des Vorjahres erwartet, die Kostenquote wird 2019 bei ca. 12 % liegen.

Für die im Geschäftsjahr 2013 durch den Hagelsturm „Andreas“ stark belasteten Sparten Sonstige Kraftfahrtversicherung, Verbundene Wohngebäudeversicherung sowie Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften wird im Geschäftsjahr 2019 – ein moderater Geschäftsjahresschadenaufwand vorausge-

setzt – weiterhin von einem deutlichen Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung ausgegangen.

Im übernommenen Versicherungsgeschäft lagen die gebuchten Bruttobeiträge planmäßig auf Vorjahresniveau. Im Geschäftsjahr 2019 werden die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund von Optimierungen im aktiven Rückversicherungsgeschäft deutlich zurückgehen.

Lebensversicherung

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem unveränderten Niveau des Neugeschäfts ausgegangen. Mit 2.049 (Vorjahr 2.944) eingelösten Versicherungsscheinen und einer Versicherungssumme von 207.256 T€ (Vorjahr 262.256 T€) lag das Neugeschäft etwas unter den Erwartungen. Insgesamt hat sich der Bestand an Hauptversicherungen um 590 auf 55.841 Verträge verringert. Der erwartete Rückgang des Jahresüberschusses auf 750 T€ konnte vermieden werden. Der Jahresüberschuss lag wie im Vorjahr bei 1.500 T€.

Mit dem – in der Fachpresse regelmäßig bestätigten – hervorragenden Preis-/Leistungsverhältnis unserer Produkte sehen wir mittelfristig gute Chancen für weiteres Wachstum. Aufgrund der andauernden Diskussion über die Rentabilität von Lebens- und Rentenversicherungen und wegen dem niedrigen Zinsniveau besteht bei den Verbrauchern eine geringe Neigung zum Abschluss von Versicherungen mit einer langfristigen Verpflichtung zur Beitragszahlung. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt unseres Geschäfts bei Produkten zur Risikoabsicherung bei Tod oder bei Berufsunfähigkeit. Wir erwarten für das Jahr 2019 ein Neugeschäft auf dem Niveau des Vorjahres. Der Jahresüberschuss wird voraussichtlich konstant bleiben.

Kapitalanlagen

Die Zinserhöhungen der US-Amerikanischen Notenbank und das Ende der Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank bedeuten das Ausbleiben der seit 2009 fast ununterbrochenen Liquiditätszufuhr in die Märkte, was mittelfristig zu einem Ende der Phase extrem niedriger Zinsen führen sollte. Dementgegen stehen für 2019 wieder deutlich verstärkte konjunkturelle Risiken, die durch politische Risiken wie sich anbahnende Handelskriege oder einen möglichen ungeordneten Brexit noch verstärkt werden können. In Summe wird für das Jahr 2019 weiterhin mit sehr volatilen Märkten ohne eindeutige Trends, jedoch mit leicht ansteigenden Renditen und moderat positiven Aktienmärkten gerechnet. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt aber weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional als auch über Sektoren und Einzelemittenten breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über diversifizierte Fonds durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in Sachwerte sollen auch in 2019 einen Schwerpunkt der Anlage bilden. Dazu werden weitere Investitionen in erneuerbare Energien/Infrastruktur geplant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein moderater Ausbau der Immobilienquote ist im Direktbestand und über Fonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Nach einem im Wesentlichen durch gefallene Aktienmärkte und sich ausweitende Spreads schwächeren Kapitalanlageergebnis im Jahr 2018 ist im Jahr 2019 mit einem wieder höheren Ergebnis aus dem Geschäft mit Kapitalanlagen zu rechnen.

Stuttgart, 18. März 2019

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

18

Passiva

	€	2018 €	€	2017 €
A. Eigenkapital				
Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital		1.007.549.463,53		958.643.528,14
			1.007.549.463,53	958.643.528,14
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	14.535.587,40			14.606.663,98
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2.394.585,71			2.154.005,96
		12.141.001,69		12.452.658,02
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	485.004.431,13			471.521.743,13
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	517.236,00			567.866,00
		484.487.195,13		470.953.877,13
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.213.443.294,64			1.192.418.112,07
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	335.250.853,11			327.588.319,83
		878.192.441,53		864.829.792,24
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	47.078.899,90			50.295.702,30
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		47.078.899,90		50.295.702,30
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		219.461.321,07		188.107.454,90
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	656.307,72			593.131,38
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		656.307,72		593.131,38
			1.642.017.167,04	1.587.232.615,97
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung Bruttobetrag		3.013.106,35		3.378.281,52
			3.013.106,35	3.378.281,52
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		64.961.371,00		58.946.826,00
II. Steuerrückstellungen		15.478.227,90		17.917.042,01
III. Sonstige Rückstellungen		8.777.406,12		9.055.106,41
			89.217.005,02	85.918.974,42
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			4.636.176,16	4.781.147,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	72.932.145,95			70.471.098,69
2. Versicherungsvermittlern	1.300.051,51			1.192.574,04
		74.232.197,46		71.663.672,73
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		6.239.719,09		7.193.472,79
III. Sonstige Verbindlichkeiten		2.469.766,17		1.925.226,46
			82.941.682,72	80.782.371,98
G. Rechnungsabgrenzungsposten			251.128,67	280.770,64
			2.829.625.729,49	2.721.017.689,67

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018				
	€	2018 €	€	2017 €
I. Versicherungstechnische Rechnung für das Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	719.738.324,28			690.780.105,85
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-126.661.954,73</u>	593.076.369,55		-125.438.193,18
				565.341.912,67
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-71.488,10			-295.972,92
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>196.983,75</u>	125.495,65		41.463,20
			593.201.865,20	-254.509,72
				565.087.402,95
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			3.114.357,93	2.920.997,39
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			545.092,28	466.846,67
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-510.397.762,96			-494.501.722,73
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>65.753.232,52</u>	-444.644.530,44		65.987.092,69
				-428.514.630,04
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-20.997.992,18			-559.917,13
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>7.317.834,28</u>	-13.680.157,90		-5.139.689,74
			-458.324.688,34	-5.699.606,87
				-434.214.236,91
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-63.176,34	-66.702,30
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-11.054.112,79	-10.533.007,31
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-78.471.620,46		-72.804.402,21
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>21.188.442,54</u>		20.635.485,93
			-57.283.177,92	-52.168.916,28
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			<u>-2.344.318,45</u>	-2.252.190,84
9. Zwischensumme			67.791.841,57	69.240.193,37
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			<u>-31.353.866,17</u>	-38.308.293,18
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft			36.437.975,40	30.931.900,19

	€	2018 €	€	2017 €
II. Versicherungstechnische Rechnung für das Lebensversicherungsgeschäft				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	42.388.174,92			43.212.574,31
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-2.481.217,13</u>	39.906.957,79		-2.414.845,80
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	142.564,68			40.797.728,51
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>43.596,00</u>	186.160,68		33.626,55
			40.093.118,47	37.982,00
				71.608,55
				40.869.337,06
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			528.586,79	398.083,73
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		231.578,93		63.152,27
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		18.990.434,54		18.954.783,21
c) Erträge aus Zuschreibungen		18.281,86		85.694,09
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>534.274,15</u>		3.239.601,97
			19.774.569,48	22.343.231,54
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			97.680,17	224.773,02
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			6.813,73	5.614,40
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-31.635.348,22			-28.035.211,01
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>683.582,54</u>	-30.951.765,68		547.763,58
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				-27.487.447,43
aa) Bruttobetrag	-27.190,39			-220.446,25
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>344.699,00</u>	317.508,61		-34.213,00
			-30.634.257,07	-254.659,25
				-27.742.106,68
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
Deckungsrückstellung				
a) Bruttobetrag		-13.117.512,83		-22.535.849,63
b) Anteil der Rückversicherer		<u>-50.630,00</u>		-32.147,00
			-13.168.142,83	-22.567.996,63
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-5.173.296,15	-7.451.698,87
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	-1.581.526,00			-1.422.168,42
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>-724.183,02</u>	-2.305.709,02		-652.962,81
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		498.791,60		-2.075.131,23
			-1.806.917,42	681.177,93
				-1.393.953,30
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-216.638,92		-229.758,90
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-2.663.622,34		-273.291,98
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>-188.618,69</u>		-2.372,21
			-3.068.879,95	-505.423,09
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-303.174,54	-127.411,16
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-3.427.599,50	-2.412.454,46
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung im Lebensversicherungsgeschäft			2.918.501,18	1.639.995,56

	€	2018 €	€	2017 €
III. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				
a) im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft		36.437.975,40		30.931.900,19
b) im Lebensversicherungsgeschäft		2.918.501,18		1.639.995,56
			39.356.476,58	32.571.895,75
2. Erträge aus Kapitalanlagen, soweit nicht unter II. 3. aufgeführt				
a) Erträge aus Beteiligungen				
aa) Erträge aus Beteiligungen	4.570.443,58			2.227.837,81
bb) Erträge aus assoziierten Unternehmen	10.641.689,98			8.776.910,71
	15.212.133,56			11.004.748,52
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.102.495,35			5.308.468,37
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	41.618.309,10			53.041.841,78
	46.720.804,45			58.350.310,15
c) Erträge aus Zuschreibungen	290.651,37			1.974.793,70
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.525.290,13			6.801.381,19
		66.748.879,51		78.131.233,56
3. Aufwendungen für Kapitalanlagen, soweit nicht unter II. 10. aufgeführt				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-3.633.838,67			-4.067.326,27
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-20.849.753,16			-22.740.142,19
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-1.658.725,11			-1.583.299,36
		-26.142.316,94		-28.390.767,82
4. Technischer Zinsertrag		-3.261.822,77		-3.071.319,93
			37.344.739,80	46.669.145,81
5. Sonstige Erträge		9.001.388,28		9.226.942,43
6. Sonstige Aufwendungen		-16.462.930,07		-14.889.994,30
			-7.461.541,79	-5.663.051,87
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			69.239.674,59	73.577.989,69
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-20.080.080,90		-25.243.169,86
9. Sonstige Steuern		-253.658,30		-254.989,02
			-20.333.739,20	-25.498.158,88
10. Jahresüberschuss			48.905.935,39	48.079.830,81
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage			0,00	0,00
12. Einstellung in die Verlustrücklage			0,00	0,00
13. Konzernjahresüberschuss			48.905.935,39	48.079.830,81

Konzern-Anhang

Der Konzern-Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden mit dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital (at equity) angesetzt.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen und übrige Ausleihungen (Namensgenussscheine) sind für die in den Konzernabschluss einbezogenen Versicherungsunternehmen gem. § 341 c HGB zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagioträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Für die übrigen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten und die Bewertung gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip. Zeronamensschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen Namensgenussscheine sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagioträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die anderen Kapitalanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen sind mit dem Zeitwert angesetzt.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 150,00 € bis 1.000,00 € werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert, soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Die Zeitwerte der bebauten Grundstücke werden jährlich nach der Ertragswertmethode ermittelt, die unbebauten Grundstücke nach dem Sachwertverfahren und die im Bau befindlichen Gebäude werden mit den Herstellungskosten angesetzt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte bei Beteiligungen werden Ertragswertmodelle herangezogen. Soweit ertragsorientierte Verfahren nicht zum Einsatz kommen konnten, wird das anteilige Eigenkapital herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Rückstellung für nicht abgewinkelte Versicherungsfälle“, „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ und „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Der Eigenkapitalausweis erfolgt aus Gründen der besseren Nachvollziehbarkeit für den Bilanzleser nach dem Konzept des erwirtschafteten Kapitals. Die Unterposten Gewinnrücklagen und Konzerngewinn werden zum „erwirtschafteten Konzerneigenkapital“ zusammengefasst. Dieser Unterposten enthält also neben den Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft anteilig alle während der Konzernzugehörigkeit thesaurierten Überschüsse der verbundenen Unternehmen des Konsolidierungskreises und den aktuellen Konzernjahresüberschuss. Analog endet auch der Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Konzernjahresergebnis.

Die Bruttobeitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und die hierauf entfallenden Rückversicherungsanteile wurden grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung des Kostenabzugs gemäß dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 ermittelt; Anteile der Rückversicherer werden entsprechend dem vertraglichen Risikoanteil abgesetzt. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entsprechen den Aufgaben der Vorversicherer.

Die Rückstellung für bekannte, noch nicht abgewinkelte Schadenfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts wird durch Einzelbewertung ermittelt. Für die am Bilanzstichtag noch nicht bekannten Fälle sind Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit gebildet worden.

Für die Schulunfallversicherung wird die Rückstellung nach Erfahrungssätzen pauschal ermittelt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle werden vertragsgemäß abgesetzt.

Im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden die Rückstellungen entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer bzw. nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Berechnung der HUK Renten-Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode. Es liegen die Sterbetafeln DAV 2006 HUR für Männer bzw. Frauen zugrunde. Bei Rentenfällen mit Eintritt der Leistungsverpflichtung bis 31.12.2011 betrug der Rechnungszins 2,21 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2012 betrug er 1,75 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2015 betrug er 1,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2017 betrug er 0,90 %. Zukünftige Regulierungskosten für Rentenfälle werden pauschal berücksichtigt.

Der technische Zinsertrag wird aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestandes der Brutto-Rentendeckungsrückstellung mit 3,50 % errechnet.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit implizierter Berücksichtigung der künftigen Kosten, sofern es sich nicht um Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen handelt. Insbesondere werden für beitragsfreie Versicherungsjahre ausreichende Verwaltungskosten reserviert. Die Deckungsrückstellung der Bonusversicherungssummen und der Bonusrenten wird nach denselben Grundlagen berechnet wie die Deckungsrückstellung der zugehörigen Versicherung.

Für den Altbestand im Sinne von § 336 VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/ EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden. Im Neubestand liegt den bis 30.06.2000 abgeschlossenen Risikoversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen zugrunde. Ab 01.07.2000 werden bei den Risikoversicherungen Raucher und Nichtraucher gesondert behandelt, wobei die verwendeten Rechnungsgrundlagen auf der DAV-Sterbetafel 1994 T basieren. Den ab November 2008 eingeführten Risikoversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T für Raucher und Nichtraucher zugrunde. Für die ab Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen werden die unternehmenseigenen Sterbetafeln WGV 2016 T verwendet.

Für die bis 31.12.2012 abgeschlossenen kapitalbildenden Lebensversicherungen im Neubestand ist die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen maßgeblich. Den ab 01.01.2013 eingeführten kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T zugrunde.

Bei den Rentenversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2004 kommt die Sterbetafel DAV 1994 R für Männer bzw. Frauen mit geschlechtsabhängigen, nach Geburtsjahrganggruppen gestaffelten Altersverschiebungen zum Tragen. Im Jahr 2018 hat die Deutsche Aktuarvereinigung e.V. ihre Einschätzung zur Sterblichkeitsentwicklung bei Rentenversicherungen aktualisiert. Aus diesem Grund wurden die Deckungsrückstellungen der bis 31.12.2004 abgeschlossenen Rentenversicherungen angepasst. Die Deckungsrückstellung wurde ermittelt, als das im Verhältnis sechs zu vierzehn gewichtete Mittel aus der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand berechneten Deckungsrückstellung und der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-B20 berechneten Deckungsrückstellung. Bei der Ermittlung des Anpassungsbedarfs von Rentenversicherungen in der Aufschubzeit wurden aus dem Bestand abgeleitete Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Die Anforderungen für die Neubewertung der Deckungsrückstellung gemäß der Veröffentlichung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (VerBaFin 01/2005) wurden berücksichtigt. Den Rentenversicherungen des Neubestandes ab 01.01.2005 liegt die Sterbetafel DAV 2004 R für Männer und Frauen zugrunde.

Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 30.06.2000 liegen dieselben Ausschei-

deordnungen wie beim Altbestand zugrunde (vgl. VerBAV 1986 S. 200 f. bzw. VerBAV 1990 S. 301 ff.). Um den geänderten Eintrittswahrscheinlichkeiten bei Berufsunfähigkeitsversicherungen Rechnung zu tragen, wurden bei den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Alt- und Neubestandes Kontrollrechnungen für eine Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt. Maßgebliche Rechnungsgrundlagen für das Berufsunfähigkeitsrisiko waren die Tafeln DAV 1997 I, DAV 1997 TI und DAV 1997 RI (jeweils getrennt für Männer und Frauen, vgl. VerBAV 1998 S. 117 ff.). Die Sterbewahrscheinlichkeiten für Aktive entsprachen der Sterbetafel DAV 1994 T für Männer bzw. Frauen. Im Alt- und Neubestand wurde der für die Tarifikalkulation maßgebliche Rechnungszins angesetzt. Die Kontrollrechnung ergab keinen Anpassungsbedarf für die Deckungsrückstellung. Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes ab 01.07.2000 liegen dieselben Tafeln zugrunde, die auch für die Kontrollrechnung verwendet werden, wobei ab 01.07.2002 eine Differenzierung nach vier Berufsgruppen und ab 01.01.2013 eine Differenzierung nach acht Berufsgruppen abgeleitet wurde.

Im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 gelten Unisex-Tarife. Für die biometrischen Rechnungsgrundlagen wird ein unternehmensindividueller Geschlechtermix angesetzt. Aus diesem Grund wird für jede Tarifart eine Kontrollrechnung gemäß Abschnitt 6 des DAV Fachgrundsatzes „Unisex-Reservierung in der Lebensversicherung vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils“ vom 06. März 2013 durchgeführt. Zum 31.12.2018 ergibt sich für die kapitalbildenden Lebensversicherungen wie im Vorjahr ein geringfügiger Anpassungsbedarf. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die zugrundeliegenden Abweichungen zwischen tatsächlichem und kalkulatorischem Geschlechtermix vorübergehender Natur sind.

Gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) sind Versicherungsunternehmen verpflichtet, die Deckungsrückstellung für die Versicherungsverträge zu stärken, bei denen der Rechnungszins den nach § 5 Abs. 3 der DeckRV ermittelten Referenzzins übersteigt. Der Referenzzins zum 31.12.2018 betrug 2,09 %. Von der Zinsnachreservierung waren sämtliche Renten-, Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2011 betroffen, da diesen ein Rechnungszins zugrunde liegt, der den Referenzzins übersteigt. Für den Bestand bis 30.06.2000 beträgt der Rechnungszins 4,0 %, vom 01.07.2000 bis 31.12.2003 liegt er bei 3,25 %, vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 bei 2,75 %, vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 bei 2,25 %. Der Nachreservierungsbedarf (Zinszusatzreserve) wurde konform zur DeckRV einzelvertraglich für die betroffenen Bestände ermittelt. Im Berichtsjahr wurden dabei bei Kapitalversicherungen und Rentenversicherungen in der Aufschubzeit Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Bei Kapitalversicherungen kamen zudem die Sterbetafeln DAV 2008 T für Männer und Frauen zur Anwendung. Als Zinszusatzreserve wurde die Differenz aus der mit dem Referenzzins berechneten Deckungsrückstellung und der mit dem Rechnungszins berechneten Deckungsrückstellung angesetzt. Zudem wurde einzelvertraglich eine Maximierung mit der unter Ver-

wendung der zum 31.12.2016 gültigen Rechnungsgrundlagen berechneten Zinszusatzreserve vorgenommen. Auch im Altbestand wurde für Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen mit einem Rechnungszins von 3,5 % eine zinsinduzierte Verstärkung der Deckungsrückstellung notwendig. Die Berechnung wurde analog zum Neubestand vorgenommen. Einzelheiten dazu sind in einem Geschäftsplan für die Zinsverstärkung im Altbestand geregelt. Für Rentenbestände, bei denen bereits eine biometrische Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt wurde, wurden bei der Berechnung der Zinszusatzreserve die gleichen mit einem Sicherheitsabschlag versehenen Wahrscheinlichkeiten angesetzt, die auch bei der Berechnung der biometrischen Nachreservierung verwendet wurden. Für das Jahr 2018 beläuft sich der Aufwand für die Zinszusatzreserve auf 5.098 T€. Die Zinsverstärkung des Altbestands hat sich dabei um 84 TEUR reduziert, was im Wesentlichen auf Abläufe von Kapitalversicherungen des Altbestands zurückzuführen ist.

Dem Bestand vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 liegt ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde, dem Bestand vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 ein Rechnungszins von 2,25 %, dem Bestand vom 01.01.2012 bis 31.12.2014 ein Rechnungszins von 1,75 %, dem Bestand vom 01.01.2015 bis 31.12.2016 ein Rechnungszins von 1,25 % und dem Bestand ab 01.01.2017 ein Rechnungszins von 0,9 %. Die zum Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen sind bereits mit einem Rechnungszins von 0,9 % kalkuliert.

Bei Renten- und kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt der Zillmersatz bei 9 ‰ bis 15 ‰ der Beitragssumme. Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen werden mit 20 ‰ bis 40 ‰ der Beitragssumme gezillmert. Von der gesamten Deckungsrückstellung entfallen 11,0 % auf den Altbestand und 89,0 % auf den Neubestand.

Die durch die Zillmerung bedingten negativen Deckungskapitalien als Unterschiedsbetrag zwischen den geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellungen und den uneingeschränkt gezillmerten Deckungsrückstellungen sind beim Altbestand bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer unter noch nicht fälligen Ansprüchen aktiviert. Für den Neubestand werden negative Deckungskapitalien aktiviert, die aus Zillmerung herühren, sofern sie die geleisteten einmaligen Abschlusskosten nicht übersteigen. Bei den ab dem 01.01.2008 neu abgeschlossenen Versicherungen des Neubestands, mit durch das VVG bedingten Mindestrückkaufswerten, wird zusätzlich die Auffüllung auf den Mindestrückkaufswert aktiviert. Die Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung wurden vertragsgemäß abgesetzt.

Die zurückgestellten Schadenregulierungsaufwendungen werden nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 berechnet.

Forderungen aus Regressen werden abgesetzt.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung betrifft im Wesentlichen die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Schwankungsrückstellung wird nach der Anlage zu § 29 RechVersV und die Pharmarückstellung nach § 30 RechVersV berechnet.

Die Stornorückstellung wird pauschal, alle sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen durch Einzelberechnungen ermittelt.

Bei der Fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung wird die Deckungsrückstellung retrospektiv ohne Zillmerung ermittelt. Sie wird in Anteilseinheiten geführt und entspricht dem Posten „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice“ auf der Aktivseite.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach der Projected Unit Credit (PUC) Methode berechnet. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2018 G, der Rechnungszinssatz betrug 3,20 %, der Gehaltstrend lag bei 2,50 % p.a., der Rententrend bei 2,00 % bzw. 2,25 % p.a. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung

der Pensionsrückstellungen sind unter der Position „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen.

Steuerrückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bemessen.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Depotverbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Konsolidierungsgrundsätze

Gemäß Art. 66 Abs. 5 EGHGB wurde zur Kapitalkonsolidierung für die vor dem 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahre die Buchwertmethode nach § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB in der bis zum 28. Mai 2009 geltenden Fassung auf Konzernabschlüsse angewandt. Die dabei ermittelten Unterschiedsbeträge werden ab dem Geschäftsjahr 2010 gemäß Art. 66 Abs. 3 Satz 5 EGHGB wie bisher weitergeführt. Die Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem anteiligen Eigenkapital (Erstkonsolidierung) erfolgt daher mit den Wertansätzen im Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die WGV-Versicherung AG wurde gemäß Artikel 27 EGHGB konsolidiert. Die sich aus der Kapitalkonsolidierung der Tochterunternehmen ergebenden Unterschiedsbeträge wurden in den Vorjahren erfolgsneutral mit den Gewinnrücklagen

verrechnet. Der im Geschäftsjahr 2014 aus dem Erwerb der restlichen 26 % Aktienanteile an der WGV-Lebensversicherung AG entstandene passive Unterschiedsbetrag wurde gemäß § 309 Abs. 2 Nr. 1 HGB erfolgswirksam vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen zwischen den einbezogenen Gesellschaften sind eliminiert. Zwischengewinne aus dem gegenseitigen Leistungsverkehr sind konsolidiert. Bei Rechtsgeschäften zwischen den Versicherungsunternehmen, die zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen worden sind und die Rechtsansprüche der Versicherungsnehmer begründet haben, wurde gem. § 341j Abs. 2 HGB auf die Eliminierung der Zwischenergebnisse verzichtet.

Konsolidierungskreis

Name und Sitz der vollkonsolidierten Unternehmen	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2018 €	Ergebnis 2018 €
WGV-Versicherung AG, Stuttgart	100,00	150.000.000,00	0,00
WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart	100,00	19.777.255,42	1.500.000,00
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	100,00	28.406.150,66	2.086.995,57
WGV Holding AG, Ravensburg	100,00	520.733.331,74	31.017.592,91 *)
WGV-Informatik und Media GmbH, Stuttgart	100,00	13.405.850,43	819.704,80
WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH, Stuttgart	100,00	66.115,81	-32.454,56

*) einschließlich 16.969.743,32 € aus Ergebnisübernahme von der WGV-Versicherung AG, Stuttgart.

Zum anteiligen Eigenkapital (at equity) bewertete assoziierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2018 €	Ergebnis 2018 €
ESB GmbH, Coburg	21,36	343.781.645,51	49.813.046,88

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen wurden bei der erstmaligen Erfassung gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HGB in der bis zum 28. Mai 2009 geltenden Fassung nach der Buchwertmethode angesetzt. Im Jahr 2014 wurden weitere Anteile der ESB GmbH hinzuerworben, diese wurden gem. § 312 Abs. 2 HGB nach der Neubewertungsmethode bewertet.

Auf eine Überleitung des Abschlusses der ESB GmbH, Coburg, auf die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Angaben zur Konzern-Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B.I. und B.II. im Geschäftsjahr 2018

Aktivposten	Bilanzwerte 2017 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.644.003,55
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	85.972.996,25
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen 1. Anteile an assoziierten Unternehmen 2. Beteiligungen	73.436.785,89 67.890.918,94

Grundstücke und Bauten

Aktivposten	2018 €
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Bilanzwert selbstgenutzter Grundstücke und Bauten	70.137.711,72

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen 2. Beteiligungen	1.235.852,69	22.632.620,66
B.III. Sonstige Kapitalanlagen 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.666.304,72	213.510.839,33
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.382.044,20	132.384.645,00
3. Sonstige Ausleihungen a) Namensschuldverschreibungen	1.090.935,85	24.129.084,86
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	547.970,65	20.000.000,00
d) Übrige Ausleihungen	0,00	0,00

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Zusammensetzung der Fondsanteile	Tageswert 31.12.2018 €	Anteileinheiten	Wert je Anteileinheiten
BWI-Fonds Portfolio Kontinuität	563.605,36	9.259,16	60,87
BWI-Fonds Portfolio Rendite	1.536.779,60	27.550,73	55,78
BWI-Fonds Portfolio Wachstum	912.728,33	17.401,87	52,45
Insgesamt	3.013.113,29	54.211,76	

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 2018
€	€	€	€	€
400.513,87	0,00	0,00	761.353,90	1.283.163,52
3.982.289,85	0,00	0,00	3.093.064,13	86.862.221,97
6.175,78	0,00	0,00	0,00	73.442.961,67
58.293.766,06	6.185.788,24	172.766,52	1,17	120.171.662,11

Abschreibungen

	2018 €
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	20.420.311,37

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäfts- jahres €	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlas- sene Abschrei- bungen
Immobilienfonds (Europa)	30.615.145,58	30.772.095,68	156.950,10	2.302.436,00	Nein	Nein
Immobilienfonds (Deutsch- land)	30.203.438,01	30.651.477,07	448.039,06	448.296,45	Nein	Ja
Dachfonds (international gemischt)	49.226.084,32	49.226.084,32	0,00	671.935,10	Ja	Nein
Mischfonds (Europa)	324.832.717,15	324.960.816,00	128.098,85	4.358.683,21	Ja	Ja
Mischfonds (Global)	268.305.494,17	266.618.596,00	-1.686.898,17	3.755.482,39	Ja	Ja
Credit-Fonds (International)	6.000.000,00	5.871.600,00	-128.400,00	0,00	Ja	Ja
Rentenfonds	16.390.484,78	17.284.800,00	894.315,22	0,00	Ja	Nein
Infrastruktur-Beteiligungen	8.046.902,96	9.227.976,24	1.181.073,28	312.000,00	Nein	Nein
Erneuerbare Energien- Beteiligung	21.205.333,64	24.273.946,71	3.068.613,07	1.011.735,31	Nein	Nein
Immobilien-Beteiligungen	6.064.000,00	5.409.225,52	-654.774,48	0,00	Nein	Ja

Aufgrund von Analystenbewertungen war für die zum Bilanzstichtag nicht abgeschriebenen Wertpapiere in den Mischfonds von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

D.III. Sonstige Forderungen

	2018 €	2017 €
Mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	432.400,50	864.802,00

F.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	2.082.828,92	2.249.397,99
Sonstiges	2.293.036,23	2.253.166,80
Insgesamt	4.375.865,15	4.502.564,79

Passiva

A. Eigenkapital

Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital

	2018 €	2017 €
davon Konzernjahresergebnis	48.905.935,39	48.079.830,81

B.IV. Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Entwicklung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung der Lebensversicherung

	€
Stand 01.01.2018	38.552.130,43
Entnahme für Überschussanteile	8.413.941,15
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	5.173.296,15
Stand 31.12.2018	35.311.485,43

Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2018 €	2017 €
a) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	6.819.967,04	6.678.439,77
b) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	816.036,36	637.987,90
c) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	0,00	0,00
d) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	25.389,49	35.639,48
e) Schlussüberschussanteilfonds, ausschließlich für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen, ohne Buchstabe b	7.948.601,22	7.947.188,06
f) Ungebundener Teil, ohne Buchstaben a bis e	19.701.491,32	23.252.875,22
Insgesamt	35.311.485,43	38.552.130,43

Im Altbestand wird der Schlussüberschussanteilfonds nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet. Im Neubestand wird er so berechnet, dass sich für jede Versicherung mindestens der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussüberschussanteils ergibt, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer entspricht, abgezinst mit 2,00 %. In diesem Diskontierungszinssatz ist ein Zuschlag für Storno und Sterblichkeit enthalten.

D.I. Andere Rückstellungen, Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	2018 €	2017 €
Differenzbetrag aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre	10.316.431,00	9.018.312,00

F.III. Andere Verbindlichkeiten, Sonstige

	2018 €	2017 €
Aus Steuern	252.189,24	65.719,99
Im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	160,00

G. Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	215.262,60	235.971,68
Sonstiges	35.866,07	44.798,96
Insgesamt	251.128,67	280.770,64

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Bruttobeiträge

	Gebuchte Bruttobeiträge €
Selbst abgeschlossenes Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft gesamt	693.632.475,16
Selbst abgeschlossenes Lebensversicherungsgeschäft gesamt	42.388.174,92
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	26.105.849,12

Ergebnis aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung (Kompositversicherungen)

	2018 €	2017 €
Versicherungsgeschäft gesamt	84.006.709,51	92.743.671,31
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	87.014.549,05	107.233.318,87
Unfall	4.866.046,86	5.644.274,20
Haftpflicht	7.799.535,61	7.609.435,66
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	50.290.982,46	49.682.220,79
Sonstige Kraftfahrt	6.306.422,45	6.748.037,76
Feuer und Sach gesamt	12.407.714,38	15.050.332,31
Verbundene Hausratversicherung	2.693.244,94	2.706.326,94
Verbundene Gebäudeversicherung	6.860.224,79	8.525.596,17
Sonstige Sachversicherung	2.773.770,17	3.689.029,75
Rechtsschutzversicherung	-3.084.666,73	4.407.871
Sonstige Versicherungen	8.074.936,71	17.474.719,83

Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	Kompositversicherungen		Lebensversicherung	
	2018 €	2017 €	2018 €	2017 €
Abschlussaufwendungen	46.666.715,71	42.874.356,65	1.581.526,00	1.422.168,42
Verwaltungsaufwendungen	31.804.904,75	29.930.045,56	724.183,02	652.962,81
Insgesamt	78.471.620,46	72.804.402,21	2.305.709,02	2.075.131,23

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2018 €	2017 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	13.940.963,40	12.823.005,99
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92HGB	2.738.017,58	2.800.770,22
3. Löhne und Gehälter	54.035.103,35	51.932.113,53
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	9.138.354,59	8.856.199,76
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1.923.479,08	588.090,67
Aufwendungen insgesamt	81.775.918,00	77.000.180,17

Weitere Angaben

Personalbericht

	2018	2017
Mitarbeiter in:		
Vollzeit	722	723
Teilzeit	216	212
	938	935
Auszubildende	35	33
Gesamt	973	968

Firma, Sitz und Registergericht des Mutterunternehmens

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.
Sitz des Vereins: Stuttgart
Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 547

Organe

	2018 €
Bezüge des Aufsichtsrats	614.237,11
Bezüge des Vorstands	1.234.106,28
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	672.805,14
Rückstellungen für Altersversorgung ehemaliger Vorstandsmitglieder	15.007.972,00

Honorar des Abschlussprüfers

	2018 €
Abschlussprüfleistung	295.736,33
Steuerberatungsleistungen	0,00
Gesamthonorar	295.736,33

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 182.570 T€. Aus Miet-, Leasing- und sonstigen langfristigen Verträgen bestanden Verpflichtungen in Höhe von 17.100 T€. In Summe bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 199.670 T€.

Aufgrund der Verpflichtungserklärung im Rahmen der Protektor-Lebensversicherungs-AG sowie der Mitgliedschaft im Sicherungsfonds für Lebensversicherer gem. §§ 221 ff. VAG bestand eine Gesamtverpflichtung in Höhe von 5.123 T€. Eine Inanspruchnahme ist derzeit nicht ersichtlich.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir für den Fall, dass eines der übrigen Poolmitglieder ausfällt, dessen Leistungsverpflichtung im Rahmen unserer quotenmäßigen Beteiligung zu übernehmen.

Aufgrund der Mitgliedschaft unserer Schaden- und Unfallversicherer im Verein Verkehrsofferhilfe e.V. sind wir verpflichtet, Mittel entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben, zur Verfügung zu stellen.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Berichtsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten. In den ersten Monaten des Jahres 2019 konnte das Geschäft des Unternehmens planmäßig weiterentwickelt werden.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Konzern-Kapitalflussrechnung vom 01. Januar bis 31. Dezember			2018 €
1.		Konzernjahresüberschuss	48.905.935,39
2.	+/-	Zunahme/Abnahme der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	54.419.375,90
3.	-/+	Zunahme/Abnahme der Depot- und Abrechnungsforderungen	-129.228,79
4.	+/-	Zunahme/Abnahme der Depot- und Abrechnungsverbindlichkeiten	1.469.800,19
5.	-/+	Zunahme/Abnahme der sonstigen Forderungen	-9.493,04
6.	+/-	Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	544.539,71
7.	+/-	Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.	8.390.397,37
8.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	25.527.565,53
9.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	-3.212.220,48
10.	+/-	Ertragsteuerzahlungen	193.381,91
11.	=	Kapitalfluß aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 10)	136.100.053,69
12.	+	Einzahlung aus dem Verkauf und der Endfälligkeit von Kapitalanlagen	1.354.715.422,86
13.	-	Auszahlungen aus dem Erwerb von Kapitalanlagen	-1.510.133.914,05
14.	+	Einzahlung aus Abgängen von Sachanlagen	7.432,00
15.	-	Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-1.717.881,78
16.	-	Auszahlungen für Investitionen in Immaterielle Vermögensgegenstände	-400.513,87
17.	+	Einzahlungen aus dem Abgang von Kapitalanlagen der FLV	363.387,26
18.	-	Auszahlungen für Investitionen in Kapitalanlagen der FLV	-204.885,66
19.	-	Sonstige Auszahlungen (Andere Vermögensgegenstände)	-17.857,17
20.	=	Kapitalfluß aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 12 bis 19)	-157.388.810,41
21.		Kapitalfluß aus der Finanzierungstätigkeit	0,00
22.	+/-	Zahlungswirksame Zunahme/Abnahme des Finanzmittelfonds	-21.288.756,72
23.		Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	59.548.667,02
24.		Finanzmittelfonds am Ende der Periode	38.259.910,30
		erhaltene Zinsen	26.480.666,24
		erhaltene Ausschüttungen	47.366.117,47

Die Kapitalflussrechnung veranschaulicht die Veränderung der Zahlungsmittel der wgv Gruppe im Geschäftsjahr 2018. Dabei erfolgt eine Trennung der Zahlungsströme in laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Der in der Kapitalflussrechnung dargestellte Finanzmittelfonds umfasst die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand und entspricht damit dem Aktivposten E.II. der Konzernbilanz.

Konzern-Eigenkapitalspiegel

Konzern-Eigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2018

	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital €	Gesamtes Konzerneigenkapital €
Stand 31.12.2016	910.563.697,33	910.563.697,33
Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2016	0,00	0,00
Konzernjahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2017	48.079.830,81	48.079.830,81
Stand 31.12.2017	958.643.528,14	958.643.528,14
Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2017	0,00	0,00
Konzernjahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2018	48.905.935,39	48.905.935,39
Stand 31.12.2018	1.007.549.463,53	1.007.549.463,53

Stuttgart, 18. März 2019

Württembergische Gemeinde-Versicherung auf Gegenseitigkeit

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind

der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Sonstigen Kapitalanlagen und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die nach § 341b HGB durchzuführende Bewertung von Sonstigen Kapitalanlagen des Anlagevermögens einschließlich der Feststellung gegebenenfalls notwendiger Abschreibungen bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung erfordert Ermessensentscheidungen durch den Vorstand. Die Unsicherheiten bei der Identifizierung von voraussichtlich dauerhaft wertgeminderten wie Anlagevermögen bewerteten sonstigen Kapitalanlagen und bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes (insbesondere bei nicht börsennotierten sonstigen Kapitalanlagen) machen Annahmen zu wesentlichen Einflussfaktoren nötig, insbesondere zur Finanzlage des Emittenten sowie zu den Erwartungen an künftige Zahlungsströme und eventuell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter wie z.B. Marktzinssätze. Geringe Veränderungen in den Annahmen können zu deutlichen Abweichungen in den Bewertungen und damit bei der Einschätzung über das Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sowie beim Umfang möglicher Abschreibungen führen.

Aufgrund der genannten Annahmen, der Sensitivität der Bewertung auf die relevanten Parameter (vor allem Zinsstrukturkurve und Spread bei festverzinslichen Kapitalanlagen) sowie der Ermessensspielräume bei der Beurteilung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung und deren Umfang und des damit verbundenen bedeutsamen Risikos wesentlich falscher Darstellungen, handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen am gesamten Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft einen hohen Anteil aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben den von der Gesellschaft implementierten Prozess zur Identifikation möglicherweise dauerhafter Wertminderungen bei sämtlichen Sonstigen Kapitalanlagen untersucht und ausgewählte Kontrollen in diesem Prozess auf ihre Wirksamkeit zur Sicherstellung einer fundierten Einschätzung zur Werthaltigkeit der wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen beurteilt. Zudem haben wir eine Funktionsprüfung der implementierten Kontrollen zur Datenbereitstellung sowie zur Freigabe und Änderung von Annahmen und etablierten Verfahren durchgeführt.

Des Weiteren haben wir die von der Gesellschaft definierten Aufgreifkriterien im Hinblick auf die Einhaltung der berufsständischen Vorgaben nach IDW RS VFA 2 beurteilt. Auf Basis einer risikoorientiert ausgewählten Stichprobe von wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir ferner untersucht, ob die Aufgreifkriterien ordnungsgemäß angewendet, für alle relevanten Sonstigen Kapitalanlagen eine dokumentierte Einschätzung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung nachvollziehbar ausgeübt wurden und somit im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben stehen.

Um festzustellen, ob bei wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen erhöhte Wertminderungsrisiken bestehen und stille Lasten eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung darstellen, umfassten unsere Prüfungshandlungen Befragungen der Vorstände und anderer mit diesem Sachverhalt betrauter Personen innerhalb der Gesellschaft sowie die Beurteilung interner Stellungnahmen zur Bewertung. Darüber hinaus haben wir untersucht, ob die von der Gesellschaft angewandten Bewertungsverfahren und -methoden bei nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen finanzmathematisch sachgerecht sind, ob die wesentlichen Bewertungsparameter (Zinsstrukturkurve und Spread) ordnungsgemäß aus beobachtbaren Marktvariablen oder aus Erfahrungswerten abgeleitet wurden und die Bewertungsergebnisse in einer risikoorientierten Stichprobe durch eigene Berechnungen nachvollzogen und mit den Werten der Gesellschaft verglichen.

Bei der Prüfung der Bewertung der nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir eigene Experten mit speziellen Kenntnissen in der Finanzmathematik zur Unterstützung hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der nicht notierten Sonstigen Kapitalanlagen oder gegen die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für diese Sonstigen Kapitalanlagen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Kapitalanlagen des Anlagevermögens sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst unter anderem die Teilrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen der Gesellschaft aus ähnlichen Schadenfällen.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für unbekannte Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens, für das Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden durchschnittlichen Entschädigungsbetrages zugrunde gelegt werden. Die Berechnungsmethode basiert auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von zehn Jahren.

Es handelt sich hierbei um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt, da die Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in hohem Maß auf Schätzungen und Annahmen beruht und daher das Risiko besteht, dass diese insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind. Zudem machen die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle einen signifikanten Anteil an der Bilanzsumme aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt.

Dabei haben wir für die Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle anhand der Bearbeitung einzelner Schadenfälle untersucht, ob der Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zu der Bewertung in der Bilanz angemessen ausgestaltet ist, und die wesentlichen in diesem Prozess implementierten Kontrollen hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Wirksamkeit getestet.

Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von bekannten Versicherungsfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Basis der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Für diese Stichprobe haben wir weiter untersucht, ob die unternehmensinternen Vorgaben zur Schadenbearbeitung eingehalten wurden.

Für die unter den Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesenen Rendendeckungsrückstellungen haben wir durch eigene Nachberechnungen geprüft, dass diese unter Beachtung der handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben rechnerisch richtig ermittelt wurden.

Zur Prüfung der Bewertung der Rückstellung für unbekannte Versicherungsfälle haben wir den in die Berechnung einbezogenen Datenbestand untersucht, die Angemessenheit der erwarteten zukünftigen Schadenanzahlen analysiert sowie rechnerisch nachvollzogen und das Verfahren zur Festlegung der Schätzwerte der erwarteten Entschädigungshöhen untersucht.

Mit Blick auf die ausreichende Bemessung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt haben wir für die geschäftsbestimmenden Versicherungszweige bzw. -arten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren eigene Schadenprojektionen durchgeführt. Den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert haben wir mit den gebildeten Rückstellungen verglichen und so die insgesamt ausreichende Bemessung der Rückstellung beurteilt. Zusätzlich haben wir Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt, um die Entwicklung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt sowie für einzelne Versicherungszweige im Zeitablauf zu plausibilisieren.

Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergangenheit zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten. Angaben zur Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für die betriebenen Versicherungszweige bzw. -arten finden sich im Abschnitt „Bilanz – Passiva/Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen“.

3. Bewertung der Deckungsrückstellung einschließlich der Zinszusatzreserve

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Ermittlung der Brutto-Deckungsrückstellung erfolgt überwiegend auf Basis der prospektiven Methode nach § 341f HGB sowie § 25 RechVersV unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen und enthält diverse Annahmen zur Biometrie (unter anderem Sterblichkeit bzw. Langlebigkeit, Berufsunfähigkeit), zur Ausübung von Versicherungsnehmeroptionen (Storno

und Kapitalwahl), zu den Kosten und zur Verzinsung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Diese Rechnungsgrundlagen basieren zum einen auf den tariflichen Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation und zum anderen auf aktuellen Rechnungsgrundlagen. Letztere können sich aus rechtlichen Vorschriften ergeben, wie z.B. der Referenzzinssatz gemäß der Verordnung über Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung (DeckRV), oder aus Veröffentlichungen der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV), wie z.B. eine aktualisierte Sterbetafel für das Langlebigkeitsrisiko. Außerdem fließen unternehmensindividuell abgeleitete Annahmen ein, wie z.B. Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten oder biometrische Annahmen, die von den von der DAV veröffentlichten Tafeln abweichen.

Gemäß § 341e Abs. 1 HGB haben Versicherungsunternehmen versicherungstechnische Rückstellungen auch insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Dabei sind die im Interesse der Versicherten erlassenen aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die bei der Berechnung der Rückstellungen zu verwendenden Rechnungsgrundlagen einschließlich des dafür anzusetzenden Rechnungszinsfußes und über die Zuweisung bestimmter Kapitalerträge zu den Rückstellungen zu berücksichtigen.

Insbesondere sind nach § 341f Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 5 Absatz 3 und 4 DeckRV bei der Bildung der Deckungsrückstellung auch gegenüber den Versicherten eingegangene Zinssatzverpflichtungen zu berücksichtigen, sofern die derzeitigen oder zu erwartenden Erträge der Vermögenswerte der Gesellschaft für die Deckung dieser Verpflichtungen nicht ausreichen. Als Teil der Deckungsrückstellung dient die Bildung einer Zinszusatzreserve.

Bei der Ermittlung dieser Zinszusatzreserve werden die Wahlrechte des BaFin-Schreibens „Erläuterungen zur Berechnung der Zinszusatzreserve für den Neubestand und der Dotierung der Zinsverstärkung für den Altbestand“ vom 5. Oktober 2016 von der Gesellschaft teilweise ausgeübt. Die Gesellschaft setzt in diesem Zusammenhang Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten an, bei deren Festlegung Ermessensspielräume bestehen. Hier wirken sich insbesondere Annahmen über das Verhalten der Versicherungsnehmer aus. Außerdem werden bei Kapitallebensversicherungen mit einem Rechnungszins von mindestens 2,75% biometrische Rechnungsgrundlagen mit reduzierten Sicherheitszuschlägen verwendet, die auf beobachtbaren Entwicklungen im Bestand der Gesellschaft basieren und die ebenfalls Ermessensspielräume beinhalten.

Aufgrund der Höhe der Brutto-Deckungsrückstellung sowie der Ermessensspielräume und Schätzungen bei der Ermittlung der Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten und den biometrischen Rechnungsgrundlagen erachten wir diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir den Prozess zur Ermittlung der Deckungsrückstellung (einschließlich der Zinszusatzreserve) aufgenommen und ausgewählte

Kontrollen in diesen Prozessen auf ihre Ausgestaltung und Wirksamkeit beurteilt und getestet. Die getesteten Kontrollen decken unter anderem die Vollständigkeit und Richtigkeit des Bestandes ab.

Darüber hinaus haben wir analytische und einzelfallbezogene Prüfungshandlungen durchgeführt. Durch eine Hochrechnung der Deckungsrückstellung auf Basis der Gewinnerlegungen der vergangenen Jahre und der aktuellen Bestandsentwicklung haben wir eine eigene Erwartungshaltung formuliert und diese mit den bilanzierten Werten verglichen. Des Weiteren haben wir für ausgewählte Teilbestände bzw. Verträge die tarifliche Brutto-Deckungsrückstellung und die Zinszusatzreserve nachgerechnet. Zusätzlich haben wir Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt, um die Entwicklung der Brutto-Deckungsrückstellung insgesamt sowie für Teilbestände oder Teilkomponenten im Zeitablauf zu plausibilisieren.

Zur Prüfung der Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Brutto-Deckungsrückstellung, insbesondere im Hinblick auf die Wahlrechte des BaFin-Schreibens vom 5. Oktober 2016 für die Berechnung der Zinszusatzreserve, haben wir die Herleitung der Rechnungsgrundlagen auf Basis der historischen und aktuellen Bestandsentwicklung, der Gewinnerlegung sowie der zukünftigen Erwartung der Gesellschaft an Verhalten der Versicherungsnehmer einer kritischen Würdigung unterzogen. Bei unserer Beurteilung der Angemessenheit der angesetzten Rechnungsgrundlagen haben wir insbesondere auch die Empfehlungen und Veröffentlichungen der DAV und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) herangezogen.

Weiterhin haben wir den Erläuterungsbericht sowie den Angemessenheitsbericht des Verantwortlichen Aktuars und die Ergebnisse der jährlichen Prognoserechnung gemäß BaFin-Anforderung daraufhin kritisch durchgesehen, ob bei der Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellung alle Risiken im Hinblick auf die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen und die dauernde Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge berücksichtigt wurden.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellungen einschließlich der Zinszusatzreserve ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zu den Grundsätzen der Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellung und der hierbei angesetzten Rechnungsgrundlagen sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Konzernlagebericht enthaltene nichtfinanzielle Konzernklärung.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmens-tätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht, den Konzern zu liquidieren oder die Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur

Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben;

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt;
- holen wir ausreichende, geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile;
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese

Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 12. April 2018 als Konzernabschlussprüfer bestimmt. Wir wurden am 28. April 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Konzernabschlussprüfer der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 19. März 2019

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling

Wirtschaftsprüfer

Karsak

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage des Konzerns unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf den Konzern beschäftigt. Die Solvabilitäts-situation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Der Konzernabschluss und der Konzern-Lagebericht 2018 sind durch den gemäß § 341k Abs. 2 HGB i. V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers vom 19. März 2019 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 11. April 2019 vom Abschlussprüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Den Konzernabschluss und den Konzern-Lagebericht hat der Aufsichtsrat geprüft. Nach dem Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Er billigt den Konzernabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Für die im Berichtsjahr geleistete erfolgreiche Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus. Den kommunalen und privaten Mitgliedern dankt er für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Stuttgart, den 11. April 2019

Der Aufsichtsrat

Roger Kehle Vorsitzender	Joachim Walter 1. stellvertretender Vorsitzender	Helmut Reitemann 2. stellvertretender Vorsitzender	Hans-Martin Kempter 3. stellvertretender Vorsitzender	
Benjamin Binder	Markus Binder	Harry Brunnet	Bettina Dannenmann	Wilfried Dölker
Christine Eismann	Gudrun Heute-Bluhm	Prof. Dr. Felix Hammer	Erwin Hartmann	Peter Jahn
Ljiljana Jakovljevic	Sylvia Kern	Jochen Müller	Dr. Matthias Neth	Dr. Daniel Rapp
Stephan Scholl	Dr. Heinz-Werner Schulte			

Geschäftsbericht 2018

**Württembergische
Gemeinde-Versicherung a.G.**

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Organe

Aufsichtsrat

Roger Kehle
Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg
— Vorsitzender —

Joachim Walter
Landrat
des Landkreises Tübingen
— 1. stellvertretender
Vorsitzender —

Helmut Reitemann
Oberbürgermeister
der Stadt Balingen
— 2. stellvertretender
Vorsitzender —

Hans-Martin Kempter
Betriebsratsvorsitzender
— 3. stellvertretender
Vorsitzender —
— Arbeitnehmervertreter —

Benjamin Binder
Produktmanager
— Arbeitnehmervertreter —

Markus Binder
Direktionsbevollmächtigter
— Arbeitnehmervertreter —

Harry Brunnet
Bürgermeister i.R.
der Gemeinde Hardthausen am
Kocher

Bettina Dannenmann
stellvertretende Betriebsrats-
vorsitzende
— Arbeitnehmervertreterin —

Wilfried Dölker
Bürgermeister i.R.
der Stadt Holzgerlingen

Christine Eismann
Sachbearbeiterin
— Arbeitnehmervertreterin —

Gudrun Heute-Bluhm
Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied des Städtetags
Baden-Württemberg

Prof. Dr. Felix Hammer
Diözesanjustitiar beim
Bischöflichen Ordinariat
Rottenburg

Erwin Hartmann
Oberkirchenrat beim
Evangelischen Oberkirchenrat
Stuttgart

Peter Jahn
Bürgermeister i.R.
der Gemeinde Denkendorf

Ljiljana Jakovljevic
Teamleiterin
— Arbeitnehmervertreterin —

Sylvia Kern
Sachbearbeiterin
— Arbeitnehmervertreterin —

Jochen Müller
Bürgermeister
der Gemeinde Korb

Dr. Matthias Neth
Landrat
des Hohenlohekreises

Dr. Daniel Rapp
Oberbürgermeister
der Stadt Ravensburg

Stephan Scholl
Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Pforzheim Calw

Dr. Heinz-Werner Schulte
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Ludwigsburg

Vorstand

Dr. Klaus Brachmann
Stuttgart
— Vorsitzender —

Dr. Jochen Kriegmeier
Korntal-Münchingen

Dr. Frank Welfens
Unterföhring

Geschäftsgebiet

Nach § 1 Abs. 2 der Satzung ist das Geschäftsgebiet das Gebiet des früheren Landes Württemberg mit Hohenzollern.

Betriebene Versicherungszweige und -arten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

- Einzel-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
- Gruppen-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
- Übrige und nicht aufgegliederte Allgemeine Unfallversicherung
- Kraftfahrtunfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung
- Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
- Umwelt-Haftpflichtversicherung
- Umweltschadenversicherung
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
- Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung
- Strahlen-Haftpflichtversicherung
- Übrige und nicht aufgegliederte Allgemeine Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

- Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
- Fahrzeugvollversicherung
- Fahrzeugteilversicherung

Feuer- und Sachversicherung

- Feuerversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Wohngebäudeversicherung
- Sonstige Sachversicherung
 - Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
 - Leitungswasserversicherung
 - Glasversicherung
- Technische Versicherungen
 - Maschinenversicherung
 - Elektronikversicherung
 - Bauleistungsversicherung
- Sonstige Sachschadenversicherungen
 - Ausstellungsversicherung
 - Garderobenversicherung
 - Musikinstrumentversicherung
 - Kraftfahrtgepäckversicherung
 - Reisegepäckversicherung

Transportversicherung

- Sportboot-Kaskoversicherung

Beistandsleistungsversicherung

- Schutzbriefversicherung

Sonstige Versicherungen

- Betriebsunterbrechungsversicherung
- Schlüsselverlustversicherung
- Allgefahrenversicherung
- Inhaltsversicherung
- Vertrauensschadenversicherung
- Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften
- Bodenkaskoversicherung
- übrige und nicht aufgegliederte gemischte Versicherung

Betriebene Versicherungszweige und -arten im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Feuer- und Sachversicherung

- Feuerversicherung
- Leitungswasserversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Gebäudeversicherung

Vertrauensschadenversicherung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr preisbereinigt in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld und trotz der Produktions- und Absatzstörungen bei den Pkw-Herstellern solide um 1,4 % gewachsen, nach +2,2 % im Boomjahr 2017. Die Impulse kamen rechnerisch ausschließlich von der Binnenwirtschaft. Die Ausfuhren nahmen angesichts der geringeren Dynamik der Weltwirtschaft langsamer zu als im Vorjahr und auch weniger als die von der starken Binnenwirtschaft nachgefragten Einfuhren. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wurden spürbar ausgeweitet, aber weniger deutlich als im Vorjahr. Für die Weltkonjunktur zeichnet sich eine Verlangsamung ihrer Dynamik ab. Der Welthandel entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gedämpft. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus. Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank im Jahresverlauf von 5,3 % (Dez. 2017) auf 4,9 % (Dez. 2018).

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Anstieg von -0,33 % auf -0,31 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg zu Jahresbeginn 2018 deutlich von 0,43 % auf über 0,80 % an. Im weiteren Jahresverlauf kehrte, getrieben durch die weltpolitischen Unsicherheiten, die Flucht in Qualität wieder zurück, so dass die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe bis zum Jahresende wieder auf 0,24 % zurückgegangen ist. Die im gesamten Jahresverlauf ungelösten globalen Probleme Handelskrieg zwischen den USA und China, wirtschaftliche und politische Destabilisierung Italiens und der Brexit führten zu einem deutlichen Anstieg der Volatilität im gesamten Jahresverlauf. Im vierten Quartal des Jahres verstärkte sich die Angst vor einer Rezession nochmals, so dass bis zum Jahresende die Mehrzahl der Assetklassen mit einem deutlichen Verlust schloss. Im Kalenderjahr 2018 verlor der Eurostoxx50-Performance-Index 12,0 %, der Deutsche Aktien-Index DAX ging um 18,3 % zurück.

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer der längsten Aufschwungphasen der Nachkriegszeit. Ungünstigere außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, temporäre produktionsseitige Probleme und Kapazitätsengpässe dämpfen jedoch das Expansionstempo. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dürfte mit, vom Sachverständigenrat Wirtschaft in seinem Jahresgutachten 2018/2019 erwarteten, 1,5 % für das Jahr 2019 dem geschätzten Potenzialwachstum von derzeit etwa 1,5 % erneut entsprechen. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich leicht verlangsamen. Für den Euro-Raum wird für das Jahr 2019 eine Zuwachsrate des BIP von 1,7 % prognostiziert. Es bestehen Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung durch eine Eskala-

tion des Handelskonflikts, einen ungeordneten Brexit oder ein Wiederaufflammen der Euro-Krise.

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer verzeichneten nach vorläufiger Rechnung im Geschäftsjahr 2018 ein zufriedenstellendes versicherungstechnisches Gesamtergebnis. Nach aktuellen Hochrechnungen stiegen die gebuchten Bruttobeiträge 2018 um 3,1 % auf 70,6 Mrd. €. Der Aufwand für Geschäftsjahresschäden stieg um 6,8 % auf 53,5 Mrd. €. Die Schaden-Kostenquote lag mit 96,0 % um knapp 3 %-Punkte über dem Niveau des Vorjahres. In der Kraftfahrtversicherung wird für 2018 ein Beitragsanstieg von 3,2 % auf 27,8 Mrd. € erwartet. Während die Schaden-Kosten-Quote in der Kraftfahrtversicherung auf Vorjahresniveau verblieb, ergab sich in den Sachsparten, unter anderem bedingt durch das Sturmtief „Friedericke“ am 18.01.2018, ein deutlicher Anstieg der Schaden-Kosten-Quote.

Für das laufende Geschäftsjahr werden weiter verhaltene Wachstumsaussichten gesehen.

Versicherungsgeschäft insgesamt

Das Geschäftsjahr 2018 der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist durch leicht rückläufige Bestände, steigende Beitragseinnahmen und zufriedenstellende Brutto-Schadenverläufe gekennzeichnet. Die verdienten Nettobeiträge stiegen um 5.241 T€ (2,1 %) auf 259.543 T€, die Netto-Schadenaufwendungen stiegen um 10.531 T€ (5,7 %) auf 196.755 T€.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft insgesamt

Die folgenden Angaben betreffen, sofern nicht anders angegeben, das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft brutto.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bestanden am Bilanzstichtag 2.034.238 Versicherungsverträge; dies waren 30.656 Verträge oder -1,5 % weniger als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Der Rückgang resultiert dabei im Wesentlichen aus der Umschichtung des Neugeschäfts zur WGV-Versicherung AG. Die gebuchten Beiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 4.342 T€ oder 1,4 % auf 324.102 T€ erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich um 8,4 % auf 232.226 T€, was im Wesentlichen auf ein geringeres Abwicklungsergebnis im Geschäftsjahr zurückzuführen war.

Die Aufwendungen des Versicherungsbetriebs für das selbst abgeschlossene Geschäft lagen bei 25.180 T€ (Vorjahr 24.734 T€). Die Kostenquote betrug 7,8 % (Vorjahr 7,7 %). Netto, das heißt nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen, verblieb ein Kostensatz von 5,3 % (Vorjahr 5,3 %). Durch diese im Verhältnis zu anderen Unternehmen sehr niedrige Kostenbelastung können wir unseren Mitgliedern gerade auch im Vergleich zu anderen Versicherungsgesellschaften weiterhin äußerst günstige Tarife bieten.

Aus dem im Geschäftsjahr 2018 erzielten versicherungstechnischen Überschuss konnten 10.790 T€ den Rückstellungen für die erfolgsabhängige Beitragsrück-
erstattung zugeführt werden.

Versicherungsgeschäft im Einzelnen

	Bestandsentwicklung		gebuchte Bruttobeiträge		Schaden-Kostenquote	
	Anzahl Verträge	Veränderung zum VJ	T€	Veränderung zum VJ	%	Veränderung zum VJ in %-Pkt
Gesamtgeschäft	2.034.238	-1,5 %	336.391	1,4 %	79,7 %	4,8
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	2.034.238	-1,5 %	324.102	1,4 %	79,4 %	4,7
Unfall	141.148	-2,3 %	11.434	-1,6 %	71,5 %	25,3
Allgemeine Haftpflicht	275.260	-6,1 %	43.734	0,2 %	71,2 %	-1,1
Kraftfahrt gesamt	1.053.877	0,5 %	172.282	0,8 %	90,1 %	-2,9
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	587.234	0,6 %	92.461	0,2 %	84,7 %	-1,1
Sonstige Kraftfahrt	466.643	0,5 %	79.821	1,5 %	96,3 %	-5,2
Feuer	1.131	-5,8 %	710	-9,2 %	26,5 %	20,6
Verbundene Hausrat	169.343	-6,2 %	10.480	-4,9 %	41,5 %	-2,4
Verbundene Wohngebäude	86.925	-1,8 %	20.087	4,4 %	54,7 %	-1,1
Einbruchdiebstahl und Raub	393	-9,7 %	192	-4,1 %	28,6 %	10,3
Leitungswasser	1.386	-2,7 %	767	-16,6 %	95,6 %	-21,5
Glas	79.266	-3,8 %	3.473	-1,0 %	62,1 %	-24,2
Technische Versicherung	4.246	-9,2 %	9.160	2,6 %	42,5 %	14,5
Sonstige Schadenversicherung	4.741	-4,1 %	2.225	-2,8 %	37,7 %	-9,6
Sonstige Versicherungen gesamt	85.499	0,5 %	48.283	6,1 %	79,7 %	38,8
Betriebsunterbrechung	489	1,0 %	1.110	5,5 %	58,0 %	31,5
Inhaltsversicherung	2.258	7,8 %	7.981	7,1 %	58,1 %	18,4
Vertrauensschadenversicherung	1.985	0,2 %	9.867	1,8 %	58,2 %	-11,2
Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften	79.153	-0,3 %	25.358	5,3 %	96,2 %	65,1
Beistandsleistungsver-sicherung	131.023	1,2 %	1.277	1,8 %	93,3 %	6,8
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft gesamt			12.289	2,4 %	87,8 %	7,9

Bestand und Beitragseinnahme

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung konnte der Vertragsbestand um 0,6 % (3.246 Verträge) ausgebaut werden. Die Beitragseinnahmen stiegen dabei um 0,2 % (219 T€).

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung stieg bei leicht steigendem Bestand (0,5 %) der Beitrag um 1,5 %.

In der insgesamt im Rahmen der Erwartungen liegenden Entwicklung der Bestände und Beiträge in den Haftpflicht-, Unfall- und Sachversicherungen sind die weiterhin erfreuliche Entwicklung in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften (Beitragswachstum 5,3 %) sowie das Beitragswachstum in den Sonstigen Versicherungen hervorzuheben, welches im Wesentlichen aus der Cyberversicherung resultiert. Der Rückgang der Bestände in der Allgemeinen Haftpflicht-, der Verbundenen Hausrat- und der Verbundenen Wohngebäudeversicherung erfolgte planmäßig durch die Umschichtung des Neugeschäftes auf die WGV-Versicherung AG.

Schaden und Kosten

Die Kostenseite entwickelte sich erfreulich; die Kostenquote betrug 7,8 %.

Das Abwicklungsergebnis der Vorjahre verringerte sich insgesamt um 28,6 % (-18.958 T€) auf 47.247 T€. Ursächlich hierfür war eine deutlich geringere Abwicklung der Vorjahresschäden in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und, aufgrund von Einmaleffekten im Vorjahr, in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften.

Die Schaden-Kostenquote insgesamt lag mit 79,4 % um 4,7 %-Punkte über dem Vorjahresniveau.

Schadenseitig entwickelte sich die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung zufriedenstellend. Ein rückläufiges Abwicklungsergebnis aus den Vorjahren konnte durch eine geringere Geschäftsjahresschadenquote überkompensiert werden. Die Brutto-Schadenaufwendungen sanken um 1.336 T€ (1,9 %) auf 70.839 T€.

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung ergaben sich Belastungen durch mehrere kleinere Hagelunwetter, die Schadenbelastung lag insgesamt unter dem Vorjahr. Unerfreulich verlief die Schadenentwicklung in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften. Unter anderem bedingt durch eine Häufung von Brandschäden verschlechterte sich die Geschäftsjahresschadenquote von 79,3% auf 105,6%. Durch den schlechten Schadenverlauf in der Verbundenen Ge-

bäudeversicherung von Körperschaften ergab sich eine Entnahme aus der Schwankungsrückstellung, in der Verbundenen Gebäudeversicherung sowie in den Kraftfahrzeug-Haftpflicht- und der Sonstigen Kraftfahrtversicherung ergaben sich erneut hohe Zuführungen zur Schwankungsrückstellung.

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung insgesamt liegt auf dem Niveau des Vorjahres.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wies im Berichtsjahr verdiente Brutto-Beitragseinnahmen in Höhe von 12.293 T€ (+2,4 %) auf. Der Netto-Schadenaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 902 T€ auf 6.508 T€. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 1.190 T€ (Vorjahr 493 T€) schloss das versicherungstechnische Geschäft mit einem Gewinn von 82 T€ (Vorjahr 1.709 T€) ab.

Kapitalanlagen und Kapitalanlageergebnis

Der Bestand an Kapitalanlagen betrug am Bilanzstichtag 1.186.459 T€. Er lag um 2,6 % höher als im Vorjahr. Die Kapitalerträge beliefen sich auf 27.272 T€ (Vorjahr 36.322 T€). Die nach der Verbandsformel errechnete Durchschnittsrendite der Kapitalanlagen lag im Berichtsjahr bei 1,58 % (Vorjahr 2,14 %). Unter Schwankungen gingen die erzielbaren Renditen bei Neuanlagen durch die Entwicklung der Kapitalmärkte nochmals zurück. Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist Alleingesellschafterin der WGV Holding AG, die wesentliche Erträge im Konzern erwirtschaftet. Diese Erträge wurden bei der WGV Holding AG thesauriert und flossen damit nicht in die Kapitalerträge der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. mit ein. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen verringerten sich um 3.428 T€ auf 15.903 T€. Die darin enthaltenen Abschreibungen betrugen 11.833 T€ (Vorjahr 14.323 T€). Der Ertragssaldo aus den Kapitalanlagen betrug in 2018 vor technischem Zinsertrag 11.369 T€ (Vorjahr 16.991 T€). Weitere Informationen zu diesem Bereich sind im Risikobericht enthalten.

Der Liquiditätsbedarf wird aus dem laufenden Versicherungsgeschäft sowie ggf. den Einschusspflichten der Rückversicherer gedeckt. Die Liquiditätsplanung ist zentraler Bestandteil der Anlageplanung.

Jahresergebnis

Nach Aufwendungen für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung von 10.790 T€ und einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 17.383 T€ (Vorjahr 22.768 T€), schloss das selbst abgeschlossene Geschäft mit einem Gewinn für eigene Rechnung von 16.916 T€ (Vorjahr 16.692 T€) und das übernommene Geschäft mit einem Gewinn von 82 T€ (Vorjahr 1.709 T€) ab. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 9.073 T€ (Vorjahr 14.804 T€). Bei der Saldierung der übrigen Erträge und Aufwendungen ergab sich ein Saldo von -3.266 T€ (Vorjahr -2.637 T€), so dass sich als Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit ein Gewinn von 22.805 T€ (Vorjahr 30.568 T€) errechnete. Nach einem Steueraufwand von 9.297 T€ (Vorjahr

12.626 T€) ergab sich ein Jahresüberschuss von 13.508 T€ (Vorjahr 17.942 T€), der der Verlustrücklage nach §193 VAG und den anderen Gewinnrücklagen zugeführt wurde. Die Verlustrücklage erreicht am 31.12.2018 einen Stand von 164.779 T€ (Vorjahr 163.428 T€), die anderen Gewinnrücklagen belaufen sich auf 383.849 T€ (Vorjahr 371.692 T€).

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die Risikostrategie findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch. Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmensteilen und -prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt. Durch monatliche Ist-Abschlüsse in Kapitalanlage und Versicherungstechnik werden bilanzielle Effekte frühzeitig in den Steuerungs- und Risikofrüherkennungsprozess mit einbezogen.

Aufsichtsrat und Vorstand werden regelmäßig über die Risikosituation des Unternehmens informiert.

Versicherungstechnische Risiken

Die zentralen Risiken im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft liegen in nicht auskömmlichen Tarifen sowie nicht ausreichend gebildeten Schadenrückstellungen.

Aufgrund der satzungsgemäßen Beschränkung der Geschäftstätigkeit auf Württemberg liegt eine regionale Häufung von Risiken im Geschäftsgebiet vor, ein über-regionaler Risikoausgleich ist nicht möglich.

Das Prämien-/Schadenrisiko wird im Rahmen des laufenden Berichtswesens permanent überwacht, risikomindernde Annahmerichtlinien sowie eine laufende risikoadäquate Gestaltung der Tariflandschaft dienen der frühzeitigen Identifikation und Nichtannahme erkennbar schlechter Risiken.

Die Angemessenheit der Schadenreserven wird durch die Schadenabteilungen auf Basis der Einzelschäden permanent überwacht, turnusmäßig erfolgt zudem eine Analyse der Schadenreserven mithilfe mathematischer Verfahren.

Rückversicherungsschutz

Die Risiken aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft – insbesondere Großrisiken aus Elementarschadenereignissen oder Risiken aus den Haftpflichtsparten – sind unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei jeweils an mehrere Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Risiken aus Beziehungen zu Rückversicherern in Großbritannien bestehen lediglich in unwesentlichem Umfang aus der Abwicklung von Altverträgen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Versicherungsvertreter sowie gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Berichterstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlageausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagenbestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten, bis auf geringe Beimischungen, auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum 31.12.2018 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse – 20 %	–3.140 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg + 1 %	–10.649 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang – 1 %	11.276 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand waren 44,8 % von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen

und Darlehen enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse besteht, eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war oder die von öffentlichen Haushalten gegeben wurden. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelt es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im sogenannten Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 99,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 45,0 %. Es unterlagen davon 53,7 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 34,7 % mit einer besonderen Deckungsmasse hinterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 7,6 %. Der Anteil an Kapitalanlagen in den EWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) lag bei 0,8 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand befinden sich keine Kapitalanlagen in britischen Pfund. Beimischungen in Aktien, Beteiligungen oder Investmentanteilen sind in geringem Maße vorhanden. Wesentliche Risiken durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bestehen nicht.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsfortführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Erklärung zum Frauenanteil in Führungspositionen

	Frauenanteil Ziel	Zu erreichen bis	Erreichung 2018
Aufsichtsrat	19 %	30.06.2022	Ja
Vorstand	0 %	30.06.2022	Ja
Führungsebene 1	5 %	30.06.2022	Ja
Führungsebene 2	30 %	30.06.2022	Ja

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist gem. § 289b Abs. 2 HGB von der Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung gem. § 289 b bis e HGB befreit. Die nichtfinanzielle Erklärung findet sich im Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Dank an Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben durch Fleiß und hohe Leistungsbereitschaft die ihnen im Berichtsjahr gestellten umfangreichen Aufgaben zuverlässig und erfolgreich erfüllt. Wir sprechen ihnen auch an dieser Stelle für die geleistete gute Arbeit, die zur Bewältigung der umfangreichen Aufgaben beigetragen hat, Dank und Anerkennung aus. Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat war, wie in der Vergangenheit, sachlich und konstruktiv.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. versichert nahezu alle Kommunen und kommunalen Einrichtungen im satzungsgemäß festgelegten Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern. Vor dem Hintergrund dieses hohen Marktanteils verfügt die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. über sehr gute Kenntnisse der Bedürfnisse der kommunalen Mitglieder. Die hohe Eigenkapitalausstattung macht die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. zu einem verlässlichen Partner für die versicherten Mitglieder.

Auf Basis einer schlanken und flexiblen Organisationsstruktur mit einer im Marktvergleich sehr geringen Kostenbelastung sieht sich die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. in der Lage, den Versiche-

rungsbedarf der kommunalen Mitglieder auch in Zukunft mit maßgeschneiderten Deckungskonzepten zu günstigen Preisen zu befriedigen.

Auch den privaten Mitgliedern können mit einer deutlich unter dem Marktdurchschnitt liegenden Kostenquote attraktive Versicherungsprodukte angeboten werden.

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem geringen Bestands- und Beitragswachstum für das institutionelle und private Versicherungsgeschäft ausgegangen. Die Bestände im institutionellen Geschäft lagen mit 112.247 Verträgen auf Vorjahresniveau, im Privatkundengeschäft sanken die Bestände um –1,6 % auf 1.921.991 Verträge, die Bestandsentwicklung entsprach damit den Erwartungen.

Die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft lagen nach einer Steigerung von 3,8 % auf 98.087 T€ oberhalb der erwarteten Spanne von 95.558 T€ bis 97.488 T€. Das Beitragsniveau im Privatkundengeschäft entwickelte sich unterhalb der Erwartungen. Die Beiträge erhöhten sich um 0,3 % auf 226.015 T€ und lagen damit unterhalb der prognostizierten Spanne von 226.174 T€ bis 230.743 T€.

Die Kostenquote wurde bei knapp 9 % erwartet, tatsächlich ergaben sich 7,8 %. Besser als erwartet verlief die Entwicklung der Schadenquote. Während von einer Spanne von 76 % bis 86 % ausgegangen wurde, ergab sich tatsächlich eine Schadenquote von 71,6 %.

Im Geschäftsjahr 2019 werden die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft bei nahezu konstanten Vertragszahlen zwischen 120.246 T€ und 122.675 T€ liegen. Für das Privatkundengeschäft kann bei leicht sinkenden Vertragszahlen von einem Beitragsvolumen zwischen 205.044 T€ und 209.187 T€ ausgegangen werden. Für das gesamte selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die gebuchten Bruttobeiträge daher zwischen 325.290 T€ und 331.862 T€ liegen.

Sofern Großschäden, z. B. durch flächendeckende Elementarschäden, ausbleiben, wird sich der Schadenaufwand moderat entwickeln, die Schadenquote wird unter diesen Voraussetzungen in der Bandbreite von 77 % – 87 % liegen.

Die Kosten werden etwas über dem Niveau des Vorjahres erwartet, die Kostenquote wird 2019 unter 9 % liegen.

Für die im Geschäftsjahr 2013 durch den Hagelsturm „Andreas“ stark belasteten Sparten Sonstige Kraftfahrtversicherung, Verbundene Wohngebäudeversicherung sowie Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften wird im Geschäftsjahr 2019 – ein moderater Geschäftsjahresschadenaufwand vorausgesetzt – weiterhin von einem deutlichen Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung ausgegangen.

Im übernommenen Versicherungsgeschäft lagen die gebuchten Bruttobeiträge planmäßig auf Vorjahresniveau. Im Geschäftsjahr 2019 werden die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund von Optimierungen im aktiven Rückversicherungsgeschäft deutlich zurückgehen.

Die Zinserhöhungen der US-Amerikanischen Notenbank und das Ende der Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank bedeuten das Ausbleiben der seit 2009 fast ununterbrochenen Liquiditätszufuhr in die Märkte, was mittelfristig zu einem Ende der Phase extrem niedriger Zinsen führen sollte. Dementgegen stehen für 2019 wieder deutlich verstärkte konjunkturelle Risiken, die durch politische Risiken wie sich anbahnende Handelskriege oder einen möglichen ungeordneten Brexit noch verstärkt werden können. In Summe wird für das Jahr 2019 weiterhin mit sehr volatilen Märkten ohne eindeutige Trends, jedoch mit leicht ansteigenden Renditen und moderat positiven Aktienmärkten gerechnet. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt aber weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional als auch über Sektoren und Einzelemittenten breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über diversifizierte Fonds durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in erneuerbare Energien/Infrastruktur und Immobilien sind zur Renditesteigerung weiterhin ge-

plant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein moderater Ausbau der Immobilienquote ist über Direktinvestitionen und über Fonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Nach einem im Wesentlichen durch gefallene Aktienmärkte und sich ausweitende Spreads schwächeren Kapitalanlageergebnis im Jahr 2018 ist im Jahr 2019 mit einem wieder höheren Ergebnis aus dem Geschäft mit Kapitalanlagen zu rechnen.

Stuttgart, 26. Februar 2019

Der Vorstand

Dr. Brachmann

Dr. Kriegmeier

Dr. Welfens

Passiva

	€	2018 €	€	2017 €
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verluſtrücklage gem. § 193 VAG	164.779.226,63			163.428.305,74
2. Andere Gewinnrücklagen	383.849.374,14			371.692.374,14
		548.628.600,77		535.120.679,88
II. Bilanzgewinn		0,00		0,00
			548.628.600,77	535.120.679,88
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	2.452.456,00			2.531.844,42
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	389.468,39			398.215,02
		2.062.987,61		2.133.629,40
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	688.230.391,47			683.764.744,00
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	250.716.767,43			248.337.210,89
		437.513.624,04		435.427.533,11
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	11.555.167,39			11.541.939,78
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		11.555.167,39		11.541.939,78
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		126.333.619,98		107.760.596,69
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	280.094,45			265.087,29
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		280.094,45		265.087,29
			577.745.493,47	557.128.786,27
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		62.428.383,00		56.596.854,00
II. Steuerrückstellungen		7.230.207,81		6.339.651,16
III. Sonstige Rückstellungen		8.255.760,37		8.635.906,41
			77.914.351,18	71.572.411,57
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			4.118.940,16	4.213.281,00
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	29.653.728,34			28.376.357,35
2. Versicherungsvermittlern	714.769,81			757.595,12
		30.368.498,15		29.133.952,47
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.865.275,18		2.894.965,58
III. Sonstige Verbindlichkeiten		1.603.591,91		662.141,80
			33.837.365,24	32.691.059,85
F. Rechnungsabgrenzungsposten			130.857,45	135.836,76
			1.242.375.608,27	1.200.862.055,33

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341f und 341g HGB sowie der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Lieder

Stuttgart, 13. Februar 2019

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018

	€	2018 €	€	2017 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	336.390.505,95			331.756.073,62
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-76.918.032,06</u>	259.472.473,89		-77.458.407,95
				254.297.665,67
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	79.388,42			-15.716,11
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>-8.746,63</u>	70.641,79		19.918,05
			259.543.115,68	4.201,94
				254.301.867,61
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			2.148.250,01	2.037.157,83
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			235.431,10	165.300,96
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-234.268.172,37			-232.584.733,80
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>39.599.650,10</u>	-194.668.522,27		39.840.181,02
				-192.744.552,78
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-4.465.647,47			12.822.894,07
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>2.379.556,54</u>	-2.086.090,93		-6.302.374,67
			-196.754.613,20	6.520.519,40
				-186.224.033,38
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-15.007,16	-25.394,09
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-11.043.452,11	-10.530.647,15
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-29.465.248,75		-28.717.372,88
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>12.133.114,79</u>		11.843.248,06
			-17.332.133,96	-16.874.124,82
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-1.210.939,55	-1.188.276,87
9. Zwischensumme			35.570.650,81	41.661.850,09
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			<u>-18.573.023,29</u>	-23.260.553,40
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (= Übertrag)			16.997.627,52	18.401.296,69

	€	2018 €	€	2017 €
Übertrag			16.997.627,52	18.401.296,69
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	1.200.876,38			577.050,38
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.117.314,15			5.323.287,17
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	18.483.310,40			25.058.253,97
	23.600.624,55			30.381.541,14
c) Erträge aus Zuschreibungen	109.967,34			913.341,67
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.360.143,33			4.449.718,03
		27.271.611,60		36.321.651,22
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-3.178.620,75			-3.627.392,81
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-11.833.088,90			-14.322.646,13
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-890.980,59			-1.380.477,68
		-15.902.690,24		-19.330.516,62
3. Technischer Zinsertrag		-2.295.714,85		-2.187.480,37
			9.073.206,51	14.803.654,23
4. Sonstige Erträge		77.933.006,20		70.396.166,61
5. Sonstige Aufwendungen		-81.199.090,63		-73.033.348,60
			-3.266.084,43	-2.637.181,99
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			22.804.749,60	30.567.768,93
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-9.043.170,41		-12.371.019,92
8. Sonstige Steuern		-253.658,30		-254.989,02
			-9.296.828,71	-12.626.008,94
9. Jahresüberschuss			13.507.920,89	17.941.759,99
10. Entnahme aus der Kapitalrücklage			0,00	0,00
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		-1.350.920,89		-1.794.759,99
b) in andere Gewinnrücklagen		-12.157.000,00		-16.147.000,00
			-13.507.920,89	-17.941.759,99
12. Bilanzgewinn			0,00	0,00

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert und werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagioträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Zeronamensschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen Namensgenussscheine sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagioträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die anderen Kapitalanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 150,00 € bis 1.000,00 € werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert, soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Die Zeitwerte der bebauten Grundstücke werden jährlich nach der Ertragswertmethode ermittelt, die unbebauten Grundstücke nach dem Sachwertverfahren und die im Bau befindlichen Gebäude werden mit den Herstellungskosten angesetzt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte bei Beteiligungen werden Ertragswertmodelle herangezogen. Soweit ertragsorientierte Verfahren nicht zum Einsatz kommen konnten, wird das anteilige Eigenkapital herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle“, „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ und „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Die Bruttobeitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und die hierauf entfallenden Rückversicherungsanteile wurden grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung des Kostenabzugs gemäß dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 ermittelt; Anteile der Rückversicherer werden entsprechend dem vertraglichen Risikoanteil abgesetzt. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entsprechen den Aufgaben der Vorversicherer.

Die Rückstellung für bekannte, noch nicht abgewickelte Schadenfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts wird durch Einzelbewertung ermittelt. Für die am Bilanzstichtag noch nicht bekannten Fälle sind Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit gebildet worden.

Für die Schulunfallversicherung wird die Rückstellung nach Erfahrungssätzen pauschal ermittelt.

Die Berechnung der HUK Renten-Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode. Es liegen die Sterbetafeln DAV 2006 HUR für Männer bzw. Frauen zugrunde. Bei Rentenfällen mit Eintritt der Leistungsverpflichtung bis 31.12.2011 betrug der Rechnungszins 2,21 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2012 betrug er 1,75 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2015 betrug er 1,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2017 betrug er 0,90 %. Zukünftige Regulierungskosten für Rentenfälle werden pauschal berücksichtigt.

Der technische Zinsertrag wird aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestandes der Brutto-Rentendeckungsrückstellung mit 3,50 % errechnet.

Die zurückgestellten Schadenregulierungsaufwendungen werden nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 berechnet.

Forderungen aus Regressen werden abgesetzt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden vertragsgemäß abgesetzt.

Im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden die Rückstellungen entsprechend den

Aufgaben der Vorversicherer bzw. nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung betrifft im Wesentlichen die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Schwankungsrückstellung wird nach der Anlage zu § 29 RechVersV und die Phamarückstellung nach § 30 RechVersV berechnet.

Die Stornorückstellung wird pauschal, alle sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen durch Einzelberechnungen ermittelt.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach der Projected Unit Credit (PUC) Methode berechnet. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2018 G, der Rechnungszinssatz betrug 3,20 %, der Gehaltstrend lag bei 2,50 % p.a., der Rententrend bei 2,00 % bzw. 2,25 % p.a. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen sind unter der Position „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen.

Steuerrückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bemessen.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Depotverbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten

Aktivposten	Bilanzwerte 2017 €	Zugänge €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	299.569,03	304.842,27
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	85.972.996,25	3.982.289,85
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	124.760.958,04	0,00
2. Beteiligungen	21.772.023,84	15.357.946,27
3. Summe B.II.	146.532.981,88	15.357.946,27
B.III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	539.324.441,91	415.041.452,07
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	96.285.041,50	86.245.061,75
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	110.239.422,97	7.894.900,37
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.702.172,27	10.185.500,00
c) Übrige Ausleihungen	1.500.000,00	0,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	93.000.000,00	13.000.000,00
5. Andere Kapitalanlagen	25.406,96	0,00
6. Summe B.III.	924.076.485,61	532.366.914,19
Insgesamt B.	1.156.582.463,74	551.707.150,31
Insgesamt	1.156.882.032,77	552.011.992,58

Grundstücke und Bauten

Aktivposten	2018 €
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Bilanzwert selbstgenutzter Grundstücke und Bauten	70.137.711,72

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
2. Beteiligungen	42.275,56	3.914.216,40
B.III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.300.861,02	103.104.548,45
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	922.968,46	51.569.465,00
3. Sonstige Ausleihungen		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	244.873,72	7.000.000,00

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

Abgänge	Abschreibungen	Zuschreibungen	Bilanzwerte 2018	Zeitwerte 2018
€	€	€	€	€
0,00	155.753,30	0,00	448.658,00	448.658,00
0,00	3.093.064,13	0,00	86.862.221,97	133.334.947,93
0,00	0,00	0,00	124.760.958,04	746.505.631,02
1.452.326,81	0,00	64.690,70	35.742.334,00	37.457.954,08
1.452.326,81	0,00	64.690,70	160.503.292,04	783.963.585,10
444.468.537,56	8.654.592,47	45.276,64	501.288.040,59	507.646.598,15
30.352.721,75	75.720,00	0,00	152.101.661,50	153.240.748,34
0,00	0,00	0,00	118.134.323,34	131.362.382,56
32.333.692,26	9.712,30	0,00	61.544.267,71	62.094.005,35
1.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	106.000.000,00	106.000.000,00
0,00	0,00	0,00	25.406,96	30.000,00
508.654.951,57	8.740.024,77	45.276,64	939.093.700,10	960.373.734,40
510.107.278,38	11.833.088,90	109.967,34	1.186.459.214,11	1.877.672.267,43
510.107.278,38	11.988.842,20	109.967,34	1.186.907.872,11	1.878.120.925,43

Abschreibungen

	2018 €
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	8.740.024,77

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäftsjahres €	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlas- sene Abschrei- bungen
Immobilienfonds (Europa)	5.000.000,00	5.000.000,00	0,00	0,00	Nein	Nein
Immobilienfonds (Deutschland)	3.999.998,54	3.987.579,78	-12.418,76	0,00	Nein	Ja
Dachfonds (international gemischt)	34.777.099,28	34.777.099,28	0,00	479.305,38	Ja	Nein
Mischfonds (Europa)	157.977.591,15	158.616.620,00	639.028,85	2.086.669,84	Ja	Nein
Mischfonds (Global)	152.603.007,00	151.419.566,00	-1.183.441,00	2.107.233,46	Ja	Ja
Erneuerbare Energien- Beteiligung	4.907.128,26	5.257.317,27	350.189,01	242.170,62	Nein	Nein

Aufgrund von Analystenbewertungen war für die zum Bilanzstichtag nicht abgeschriebenen Wertpapiere in den Mischfonds von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Unmittelbare Beteiligungen

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2018 €	Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 €
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	66,67	28.406.150,66	2.086.995,57
WGV Holding AG, Ravensburg	100,00	520.733.331,74	31.017.592,91

Mittelbare Beteiligungen

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital %	Anteilsbesitz gehalten von	Eigenkapital 31.12.2018 €	Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 €
WGV-Versicherung AG, Stuttgart	100	WGV Holding AG	150.000.000,00	0,00 ¹⁾
WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart	100	WGV Holding AG	19.777.255,42	1.500.000,00
WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH, Stuttgart	100	WGV Holding AG	66.115,81	-32.454,56
WGV-Informatik und Media GmbH, Stuttgart	100	WGV Holding AG	13.405.850,43	819.704,80
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,33	WGV-Versicherung AG	28.406.150,66	2.086.995,57
ESB GmbH, Coburg	21,36	WGV Holding AG	343.781.645,51	49.813.046,88

¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag mit der WGV Holding AG, Ravensburg

C.II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

	2018 €	2017 €
An verbundene Unternehmen	887.667,58	437.825,00

C.III. Sonstige Forderungen

	2018 €	2017 €
An verbundene Unternehmen	5.437.733,27	495.454,48
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.415,58	14.203,51

E.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	1.194,19	1.334,08
Verwaltungskosten	2.083.605,25	1.875.339,97

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

	01.01.2018 €	Veränderung €	31.12.2018 €
1. Verluſtrücklage	163.428.305,74	1.350.920,89	164.779.226,63
2. Andere Gewinnrücklagen	371.692.374,14	12.157.000,00	383.849.374,14
Insgesamt	535.120.679,88	13.507.920,89	548.628.600,77

B. Versicherungstechnische Rückstellung

Versicherungstechnische Rückstellungen gesamt

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	828.851.729,29	805.864.212,18
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	799.987.039,58	778.247.488,06
Unfall	25.610.903,92	23.284.919,25
Haftpflicht	251.192.823,57	243.828.065,42
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	300.827.001,06	307.431.809,94
Sonstige Kraftfahrt	52.863.645,90	44.215.225,18
Feuer und Sach gesamt	59.554.506,15	55.451.094,89
Verbundene Hausratversicherung	4.456.096,78	4.802.811,58
Verbundene Gebäudeversicherung	41.678.320,44	37.453.479,61
Sonstige Sachversicherung	13.059.382,17	12.937.604,59
Sonstige Versicherungen	109.770.012,93	103.817.950,44

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	688.230.391,47	683.764.744,00
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	667.639.984,48	663.237.923,57
Unfall	23.783.942,66	21.404.766,92
Haftpflicht	247.830.895,04	240.337.779,86
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	265.993.299,31	277.148.832,35
Sonstige Kraftfahrt	15.834.968,84	16.729.445,57
Feuer und Sach gesamt	29.209.803,69	30.611.914,84
Verbundene Hausratversicherung	3.414.061,75	3.702.808,18
Verbundene Gebäudeversicherung	16.807.210,10	17.857.816,89
Sonstige Sachversicherung	8.725.456,86	8.892.143,40
Sonstige Versicherungen	84.819.156,80	76.800.601,38

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	11.288.992,84	11.276.744,27
Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	266.174,55	265.195,51

IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	126.333.619,98	107.760.596,69
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	118.444.711,15	101.061.904,30
Unfall	0,00	0,00
Haftpflicht	0,00	0,00
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	34.318.142,86	29.788.747,97
Sonstige Kraftfahrt	36.986.721,71	27.435.452,14
Feuer und Sach gesamt	24.870.706,34	19.595.258,72
Verbundene Hausratversicherung	0,00	0,00
Verbundene Gebäudeversicherung	24.870.706,34	19.595.258,72
Sonstige Sachversicherung	0,00	0,00
Sonstige Versicherungen	22.269.140,24	24.228.833,09

C.III. Andere Rückstellungen, Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	2018 €	2017 €
Differenzbetrag aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre	9.971.728,00	8.706.964,00

C.III. Andere Rückstellungen, Sonstige

	2018 €	2017 €
Verwaltungskosten	2.004.516,97	2.670.955,95
Urlaubsverpflichtungen	1.458.394,36	1.379.811,83
Gleitzeitguthaben der Mitarbeiter	1.296.996,99	1.206.361,63
Leistungsbezogene Arbeitnehmervergütung	2.873.595,05	2.800.000,00
Übrige	622.257,00	578.777,00
Insgesamt	8.255.760,37	8.635.906,41

E.III. Andere Verbindlichkeiten, Sonstige

	2018 €	2017 €
Gegenüber verbundenen Unternehmen	12.970,82	0,00
Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Aus Steuern	198.537,04	58.960,72
Im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	160,00

Die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten beträgt jeweils bis zu einem Jahr.

F. Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	113.436,30	124.529,58
Sonstiges	17.421,15	11.307,18
Insgesamt	130.857,45	135.836,76

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Beiträge

		2018	
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	336.390.505,95	336.469.894,37	259.543.115,68
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	324.101.586,08	324.176.493,89	247.249.715,20
Unfall	11.433.745,15	11.457.010,15	8.314.571,65
Haftpflicht	43.733.547,39	43.771.811,25	28.057.612,18
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	92.460.828,78	92.460.828,78	71.877.982,74
Sonstige Kraftfahrt	79.820.846,55	79.825.218,67	75.917.336,19
Feuer und Sach gesamt	47.092.945,82	47.109.644,02	34.725.385,47
Verbundene Hausratversicherung	10.479.625,14	10.479.625,14	9.669.855,53
Verbundene Gebäudeversicherung	20.086.765,55	20.086.765,55	13.420.778,37
Sonstige Sachversicherung	15.816.801,22	15.833.579,30	11.205.476,78
Sonstige Versicherungen	48.283.116,23	48.275.424,86	27.087.965,27

		2017	
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	331.756.073,62	331.740.357,51	254.301.867,61
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	319.759.935,87	319.734.002,28	242.295.512,38
Unfall	11.625.501,72	11.626.251,30	8.377.433,52
Haftpflicht	43.638.896,38	43.680.273,19	27.648.408,46
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	92.242.239,04	92.242.255,84	71.202.772,62
Sonstige Kraftfahrt	78.605.598,47	78.606.128,74	74.329.122,21
Feuer und Sach gesamt	46.881.305,92	46.805.461,71	34.387.410,54
Verbundene Hausratversicherung	11.014.558,54	11.014.558,54	10.103.940,42
Verbundene Gebäudeversicherung	19.235.354,15	19.235.354,15	12.664.070,54
Sonstige Sachversicherung	15.850.046,55	15.774.133,85	11.126.804,04
Sonstige Versicherungen	45.512.283,55	45.519.520,71	25.112.557,64

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	238.733.819,84	219.761.839,73
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	232.226.011,21	214.156.506,07
Unfall	7.022.170,80	4.082.339,22
Haftpflicht	28.661.288,80	29.093.907,13
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	70.839.398,16	72.175.265,26
Sonstige Kraftfahrt	70.383.370,77	73.724.409,79
Feuer und Sach gesamt	19.565.706,02	18.991.248,36
Verbundene Hausratversicherung	3.558.027,30	3.914.816,25
Verbundene Gebäudeversicherung	9.672.050,39	8.873.999,79
Sonstige Sachversicherung	6.193.121,08	6.218.393,49
Sonstige Versicherungen	34.856.418,90	15.297.925,99

Ergebnis aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	49.264.624,24	68.051.490,33
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	47.247.338,29	66.205.350,72
Unfall	2.682.377,60	4.978.063,81
Haftpflicht	4.154.317,19	3.316.181,89
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	21.862.247,48	27.544.067,77
Sonstige Kraftfahrt	3.061.088,95	3.497.785,31
Feuer und Sach gesamt	7.317.339,77	9.165.586,72
Verbundene Hausratversicherung	1.308.928,89	1.273.013,35
Verbundene Gebäudeversicherung	3.550.106,64	4.295.352,58
Sonstige Sachversicherung	2.377.829,76	3.467.841,34
Sonstige Versicherungen	8.074.936,71	17.474.719,83

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	29.465.248,75	28.717.372,88
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	25.179.875,62	24.733.621,02
Unfall	1.173.802,62	1.298.951,04
Haftpflicht	2.486.917,66	2.486.773,62
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	7.436.008,43	6.915.143,58
Sonstige Kraftfahrt	6.515.540,21	6.083.993,80
Feuer und Sach gesamt	3.636.200,54	4.318.109,05
Verbundene Hausratversicherung	794.768,85	919.106,11
Verbundene Gebäudeversicherung	1.307.843,31	1.847.024,54
Sonstige Sachversicherung	1.488.155,91	1.490.120,01
Sonstige Versicherungen	3.637.925,26	3.337.241,86
Abschlussaufwendungen	15.015.720,08	14.792.869,72
Verwaltungsaufwendungen	14.449.528,67	13.924.503,16

11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	2018 €	2017 €
Versicherungsgeschäft gesamt	16.997.627,52	18.401.296,69
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	16.916.348,87	16.692.408,81
Unfall	1.824.088,54	3.846.929,81
Haftpflicht	7.043.503,48	6.062.596,50
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	8.223.243,77	6.832.252,64
Sonstige Kraftfahrt	-10.275.294,11	-9.521.284,59
Feuer und Sach gesamt	8.243.687,90	6.749.396,57
Verbundene Hausratversicherung	4.320.524,84	4.042.526,69
Verbundene Gebäudeversicherung	-219.177,80	-1.268.469,52
Sonstige Sachversicherung	3.963.043,74	3.603.559,75
Sonstige Versicherungen	1.765.445,40	2.582.825,36

Rückversicherungssaldo

	2018 €	2017 €
Versicherungsgeschäft gesamt	-22.814.457,26	-32.057.435,49
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	-22.814.457,26	-32.057.435,49
Unfall	-154.467,89	-1.084.745,02
Haftpflicht	-3.620.464,99	-4.068.340,81
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	-2.123.683,15	-3.484.213,75
Sonstige Kraftfahrt	-3.672.921,17	-3.222.191,37
Feuer und Sach gesamt	-6.227.997,28	-7.055.310,97
Verbundene Hausratversicherung	-585.948,80	-890.357,63
Verbundene Gebäudeversicherung	-3.669.978,38	-3.646.706,70
Sonstige Sachversicherung	-1.751.846,58	-2.260.738,13
Sonstige Versicherungen	-7.007.230,91	-13.126.330,17

Anzahl der Versicherungsverträge

	2018 Stück	2017 Stück
Versicherungsgeschäft gesamt	2.034.238	2.064.894
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	2.034.238	2.064.894
Unfall	141.148	144.464
Haftpflicht	275.260	293.180
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	587.234	583.988
Sonstige Kraftfahrt	466.643	464.539
Feuer und Sach gesamt	347.431	364.202
Verbundene Hausratversicherung	169.343	180.608
Verbundene Gebäudeversicherung	86.925	88.528
Sonstige Sachversicherung	90.032	93.866
Sonstige Versicherungen	85.499	85.071

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2018 €	2017 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3.447.490,20	3.715.728,40
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	2.738.017,58	2.800.770,22
3. Löhne und Gehälter	53.709.583,41	51.639.212,57
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	9.122.141,40	8.840.238,21
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1.883.140,32	463.845,77
Aufwendungen insgesamt	70.900.372,91	67.459.795,17

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

5. Sonstige Aufwendungen

	2018 €	2017 €
Aufzinsung der Pensionsrückstellungen	6.633.505,00	4.961.656,00

Weitere Angaben

Angaben zur satzungsgemäßen Beitragsrückerstattung

In % der 2018 fällig gewordenen Beiträge	2018	2017
Allgemeine Unfallversicherung*	15 %	15 %
Allgemeine Haftpflichtversicherung (einschließlich Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung, ohne Arzt- und Krankenhaushaftpflichtversicherung)*	15 %	15 %
Umweltschadenversicherung	30 %	30 %
Kraftfahrt-Unfallversicherung**	10 %	10 %
Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung	10 %	10 %
Feuerversicherung	10 %	10 %
Waldbrandversicherung	30 %	30 %
Glasversicherung*	15 %	10 %
Betriebsunterbrechungs-Versicherung	20 %	20 %
Verbundene Hausratversicherung (ohne Haus- und Wohnungsschutzbrief)*	15 %	15 %
Reisegepäckversicherung*	10 %	10 %
Technische Versicherungen*	25 %	25 %
Schlüsselverlustversicherung	20 %	20 %
Ausstellungsversicherung	30 %	30 %
Sonstige Sach- und Vermögensschadenversicherung (ohne Kraftfahrt-Gepäckversicherung)*	30 %	30 %
Inhaltsversicherung	20 %	20 %
Vertrauensschadenversicherung (ohne Verträge der Sparkassen)	30 %	30 %
Vermögenseigenschadenversicherung (ohne Verträge der Sparkassen)	15 %	15 %

* bei Privatpersonen nur für schadenfreie Verträge

** nur für schadenfreie Verträge

Personalbericht

	2018	2017
Mitarbeiter in:		
Vollzeit	722	723
Teilzeit	215	211
	937	934
Auszubildende	35	33
Gesamt	972	967

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Abschnitt Organe namentlich aufgeführt.

	2018 €
Bezüge des Aufsichtsrats	247.523,71
Bezüge des Vorstands	1.070.606,28
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	672.805,14
Rückstellungen für Altersversorgung ehemaliger Vorstandsmitglieder	15.007.972,00

Firma, Sitz und Registergericht

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

Sitz des Vereins: Stuttgart

Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 547

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Zur wgv Gruppe, deren Obergesellschaft die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart, ist, gehören u.a. die Versicherungsunternehmen WGV-Versicherung AG, Stuttgart und die WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart.

Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. hat von der Erleichterungsvorschrift zur Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers im Konzernabschluss gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht.

Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 54.426 T€. Aus Miet-, Leasing- und sonstigen langfristigen Verträgen bestanden Verpflichtungen in Höhe von 16.900 T€.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir für den Fall, dass eines der übrigen Poolmitglieder ausfällt, dessen Leistungsverpflichtung im Rahmen unserer quotenmäßigen Beteiligung zu übernehmen.

Aufgrund unserer Mitgliedschaft im Verein Verkehrsofferhilfe e.V. sind wir verpflichtet, Mittel entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben, zur Verfügung zu stellen.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Berichtsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten. In den ersten Monaten des Jahres 2019 konnte das Geschäft des Unternehmens planmäßig weiterentwickelt werden.

Stuttgart, 26. Februar 2019

Württembergische Gemeinde-Versicherung auf Gegenseitigkeit

Der Vorstand

Dr. Brachmann

Dr. Kriegmeier

Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Die im Lagebericht enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nicht-

prüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Sonstigen Kapitalanlagen und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die nach § 341b HGB durchzuführende Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen des Anlagevermögens einschließlich der Feststellung gegebenenfalls notwendiger Abschreibungen bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung erfordert Ermessensentscheidungen durch den Vorstand. Die Unsicherheiten bei der Identifizierung von voraussichtlich dauerhaft wertgeminderten wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen und bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes (insbesondere bei nicht börsennotierten Finanzinstrumenten) machen Annahmen zu wesentlichen Einflussfaktoren nötig, insbesondere zur Finanzlage des Emittenten sowie zu den Erwartungen an künftige Zahlungsströme und eventuell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter wie z.B. Marktzinssätze. Geringe Veränderungen in den Annahmen können zu deutlichen Abweichungen in den Bewertungen und damit bei der Einschätzung über das Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sowie beim Umfang möglicher Abschreibungen führen.

Aufgrund der genannten Annahmen, der Sensitivität der Bewertung auf die relevanten Parameter (vor allem Zinsstrukturkurve und Spread bei festverzinslichen Kapitalanlagen) sowie der Ermessensspielräume bei der Beurteilung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung und deren Umfang und des damit verbundenen bedeutsamen Risikos wesentlich falscher Darstellungen, handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen am gesamten Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft einen signifikanten Anteil aus und haben damit betragsmäßig eine wesentliche Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben den von der Gesellschaft implementierten Prozess zur Identifikation möglicherweise dauerhafter Wertminderungen bei sämtlichen Kapitalanlagen untersucht und ausgewählte Kontrollen in diesen Prozessen auf ihre Wirksamkeit zur Sicherstellung einer fundierten Einschätzung zur Werthaltigkeit der wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen beurteilt. Zudem haben wir eine Funktionsprüfung der implementierten Kontrollen zur Datenbereitstellung sowie zur Freigabe und Änderung von Annahmen und etablierten Verfahren durchgeführt.

Des Weiteren haben wir die von der Gesellschaft definierten Aufgreifkriterien im Hinblick auf die Einhaltung der berufsständischen Vorgaben nach IDW RS VFA 2 beurteilt. Auf Basis einer risikoorientiert ausgewählten Stichprobe von wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir ferner untersucht, ob die Aufgreifkriterien ordnungsgemäß angewendet, für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung nachvollziehbar ausgeübt wurden und somit im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben stehen.

Um festzustellen, ob bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten erhöhte Wertminderungsrisiken bestehen und stille Lasten eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung darstellen, umfassten unsere Prüfungshandlungen Befragungen der Vorstände und anderer mit diesem Sachverhalt betrauter Personen innerhalb der Gesellschaft sowie die Beurteilung interner Stellungnahmen zur Bewertung. Darüber hinaus haben wir untersucht, ob die von der Gesellschaft angewandten Bewertungsverfahren und -methoden bei nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen finanzmathematisch sachgerecht sind, ob die wesentlichen Bewertungsparameter (Zinsstrukturkurve und Spread) ordnungsgemäß aus beobachtbaren Marktvariablen oder aus Erfahrungswerten abgeleitet wurden und die Bewertungsergebnisse in einer risikoorientierten Stichprobe durch eigene Berechnungen nachvollzogen und mit den Werten der Gesellschaft verglichen.

Bei der Prüfung der Bewertung der nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir eigene Experten mit speziellen Kenntnissen in der Finanzmathematik zur Unterstützung hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der nicht notierten Sonstigen Kapitalanlagen oder gegen die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für diese Sonstigen Kapitalanlagen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Kapitalanlagen des Anlagevermögens sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst unter anderem die Teilrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen der Gesellschaft aus ähnlichen Schadenfällen.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für unbekannte Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens, für das Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden durchschnittlichen Entschädigungsbetrages zugrunde gelegt werden. Die Berechnungsmethode basiert auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von zehn Jahren.

Es handelt sich hierbei um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt, da die Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in hohem Maß auf Schätzungen und Annahmen beruht und daher das Risiko besteht, dass diese insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind. Zudem machen die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle einen signifikanten Anteil an der Bilanzsumme aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt.

Dabei haben wir für die Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle anhand der Bearbeitung einzelner Schadenfälle untersucht, ob der Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zu der Bewertung in der Bilanz angemessen ausgestaltet ist, und die wesentlichen in diesem Prozess implementierten Kontrollen hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Wirksamkeit getestet.

Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von bekannten Versicherungsfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Basis der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Für diese Stichprobe haben wir weiter untersucht, ob die unternehmensinternen Vorgaben zur Schadenbearbeitung eingehalten wurden.

Für die unter den Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesenen Rendendeckungsrückstellungen haben wir durch eigene Nachberechnungen geprüft, dass diese unter Beachtung der handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben rechnerisch richtig ermittelt wurden.

Zur Prüfung der Bewertung der Rückstellung für unbekannte Versicherungsfälle haben wir den in die Berechnung einbezogenen Datenbestand untersucht, die Angemessenheit der erwarteten zukünftigen Schadenanzahlen analysiert sowie rechnerisch nachvollzogen und das Verfahren zur Festlegung der Schätzwerte der erwarteten Entschädigungshöhen untersucht.

Mit Blick auf die ausreichende Bemessung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt haben wir für die geschäftsbestimmenden Versicherungszweige bzw. -arten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren eigene Schadenprojektionen durchgeführt. Den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert haben wir mit den gebildeten Rückstellungen verglichen und so die insgesamt ausreichende Bemessung der Rückstellung beurteilt. Zusätzlich haben wir Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt, um die Entwicklung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt sowie für einzelne Versicherungszweige im Zeitablauf zu plausibilisieren.

Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergangenheit zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten. Angaben zur Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für die betriebenen Versicherungszweige bzw. -arten finden sich im Abschnitt „Bilanz – Passiva/Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen“.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) sowie den im Lagebericht enthaltenen Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit („Entgeltbericht“) nach § 21 f. Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Vereins zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern

dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Vereins;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 12. April 2018 als Abschlussprüfer bestimmt. Der Aufsichtsrat hat uns mit Schreiben vom 28. April 2018 beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Ab-

schlussprüfer der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 11. März 2019

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling

Wirtschaftsprüfer

Karsak

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Zu seiner Unterstützung hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten eingerichtet. Der Vorstandsausschuss befasst sich mit der Vorbereitung von Entscheidungen über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über deren dienstvertragliche Angelegenheiten, soweit die Grundsätze für die Bezüge gemäß § 87 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 AktG betroffen sind, sowie mit der Entscheidung über sonstige dienstvertragliche Angelegenheiten der Vorstandsmitglieder.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2018 sind durch den gemäß § 341 k Abs. 2 HGB i.V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers vom 11. März 2019 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 11. April 2019 vom Abschlussprüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand erstatteten Jahresabschluss und den Lagebericht 2018 geprüft und gebilligt.

Für die im Berichtsjahr geleistete erfolgreiche Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus. Den kommunalen und privaten Mitgliedern dankt er für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Stuttgart, den 11. April 2019

Der Aufsichtsrat

Roger Kehle Vorsitzender	Joachim Walter 1. stellvertretender Vorsitzender	Helmut Reitemann 2. stellvertretender Vorsitzender	Hans-Martin Kempter 3. stellvertretender Vorsitzender	
Benjamin Binder	Markus Binder	Harry Brunnet	Bettina Dannenmann	Wilfried Dölker
Christine Eismann	Gudrun Heute-Bluhm	Prof. Dr. Felix Hammer	Erwin Hartmann	Peter Jahn
Ljiljana Jakovljevic	Sylvia Kern	Jochen Müller	Dr. Matthias Neth	Dr. Daniel Rapp
Stephan Scholl	Dr. Heinz-Werner Schulte			

Geschäftsbericht 2018

WGV-Versicherung AG

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Aufsichtsrat

Roger Kehle

Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg
— Vorsitzender, ab 07.06.2018 —
— stellvertretender
Vorsitzender, bis 07.06.2018 —

Helmut Jahn

Landrat i. R.
des Hohenlohekreises
— Vorsitzender, bis 07.06.2018 —

Joachim Walter

Landrat
des Landkreises Tübingen
— stellvertretender
Vorsitzender, ab 07.06.2018 —

Wilfried Dölker

Bürgermeister i.R.
der Stadt Holzgerlingen

Prof. Stefan Gläser

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied i.R. des Städtetags
Baden-Württemberg
bis 07.06.2018

Gudrun Heute-Bluhm

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied des Städtetags
Baden-Württemberg
ab 07.06.2018

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister i.R.
der Stadt Heilbronn
bis 07.06.2018

Dr. Matthias Neth

Landrat
des Hohenlohekreises
ab 07.06.2018

Helmut Reitemann

Oberbürgermeister
der Stadt Balingen
ab 07.06.2018

Vorstand

Dr. Klaus Brachmann

Stuttgart
— Vorsitzender —

Dr. Jochen Kriegmeier

Korntal-Münchingen

Dr. Frank Welfens

Unterföhring

Geschäftsgebiet

Nach § 1 Abs. 3 der Satzung ist das Geschäftsgebiet das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Betriebene Versicherungszweige und -arten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Krankenversicherung

Selbstständige Zahnbehandlungsversicherung nach Art der Schadenversicherung
Selbstständige Einzel-Krankheitskostenversicherung (stationär) nach Art der Schadenversicherung
Selbstständige Einzel-Krankheitskostenversicherung (ambulant) nach Art der Schadenversicherung

Unfallversicherung

Einzel-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
Gruppen-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
Übrige und nicht aufgegliederte Allgemeine Unfallversicherung
Kraftfahrtunfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Privathaftpflichtversicherung
Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
Übrige und nicht aufgegliederte Allgemeine Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
Fahrzeugvollversicherung
Fahrzeugteilversicherung

Rechtsschutzversicherung

Verkehrs-Rechtsschutzversicherung
Fahrzeug-Rechtsschutzversicherung
Fahrer-Rechtsschutzversicherung
Rechtsschutzversicherung für Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige
Familien-Rechtsschutzversicherung
Familien- und Verkehrs-Rechtsschutzversicherung
Rechtsschutzversicherung für Vereine
Rechtsschutzversicherung für Grundstückseigentum und Miete
Rechtsschutzversicherung für Träger öffentlicher Aufgaben
Spezial-Strafrechtsschutzversicherung für Unternehmen
Übrige nicht aufgegliederte Rechtsschutzversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Sonstige Sachversicherung
Glasversicherung
Technische Versicherungen
Bauleistungsversicherung

Beistandsleistungsver sicherung

Schutzbriefversicherung

Betriebene Versicherungszweige und -arten im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Gebäudeversicherung
Technische Versicherungen
Sonstige Sachschadenversicherung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr preisbereinigt in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld und trotz der Produktions- und Absatzstörungen bei den Pkw-Herstellern solide um 1,4 % gewachsen, nach +2,2 % im Boomjahr 2017. Die Impulse kamen rechnerisch ausschließlich von der Binnenwirtschaft. Die Ausfuhren nahmen angesichts der geringeren Dynamik der Weltwirtschaft langsamer zu als im Vorjahr und auch weniger als die von der starken Binnenwirtschaft nachgefragten Einfuhren. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wurden spürbar ausgeweitet, aber weniger deutlich als im Vorjahr. Für die Weltkonjunktur zeichnet sich eine Verlangsamung ihrer Dynamik ab. Der Welthandel entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gedämpft. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus. Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank im Jahresverlauf von 5,3 % (Dez. 2017) auf 4,9 % (Dez. 2018).

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Anstieg von -0,33 % auf -0,31 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg zu Jahresbeginn 2018 deutlich von 0,43 % auf über 0,80 % an. Im weiteren Jahresverlauf kehrte, getrieben durch die weltpolitischen Unsicherheiten, die Flucht in Qualität wieder zurück, so dass die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe bis zum Jahresende wieder auf 0,24 % zurückgegangen ist. Die im gesamten Jahresverlauf ungelösten globalen Probleme Handelskrieg zwischen den USA und China, wirtschaftliche und politische Destabilisierung Italiens und der Brexit führten zu einem deutlichen Anstieg der Volatilität im gesamten Jahresverlauf. Im vierten Quartal des Jahres verstärkte sich die Angst vor einer Rezession nochmals, so dass bis zum Jahresende die Mehrzahl der Assetklassen mit einem deutlichen Verlust schloss. Im Kalenderjahr 2018 verlor der Eurostoxx50-Performance-Index 12,0 %, der Deutsche Aktien-Index DAX ging um 18,3 % zurück.

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer der längsten Aufschwungphasen der Nachkriegszeit. Ungünstigere außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, temporäre produktionsseitige Probleme und Kapazitätsengpässe dämpfen jedoch das Expansionstempo. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dürfte mit, vom Sachverständigenrat Wirtschaft in seinem Jahresgutachten 2018/2019 erwarteten, 1,5 % für

das Jahr 2019 dem geschätzten Potenzialwachstum von derzeit etwa 1,5 % erneut entsprechen. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich leicht verlangsamen. Für den Euro-Raum wird für das Jahr 2019 eine Zuwachsrate des BIP von 1,7 % prognostiziert. Es bestehen Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung durch eine Eskalation des Handelskonflikts, einen ungeordneten Brexit oder ein Wiederaufflammen der Euro-Krise.

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer verzeichneten nach vorläufiger Rechnung im Geschäftsjahr 2018 ein zufriedenstellendes versicherungstechnisches Gesamtergebnis. Nach aktuellen Hochrechnungen stiegen die gebuchten Bruttobeiträge 2018 um 3,1 % auf 70,6 Mrd. €. Der Aufwand für Geschäftsjahresschäden stieg um 6,8 % auf 53,5 Mrd. €. Die Schaden-Kostenquote lag mit 96,0 % um knapp 3 %-Punkte über dem Niveau des Vorjahres. In der Kraftfahrtversicherung wird für 2018 ein Beitragsanstieg von 3,2 % auf 27,8 Mrd. € erwartet. Während die Schaden-Kosten-Quote in der Kraftfahrtversicherung auf Vorjahresniveau verblieb, ergab sich in den Sachsparten, unter anderem bedingt durch das Sturmtief „Friederike“ am 18.01.2018, ein deutlicher Anstieg der Schaden-Kosten-Quote.

Für das laufende Geschäftsjahr werden weiter verhaltene Wachstumsaussichten gesehen.

Versicherungsgeschäft insgesamt

Das Geschäftsjahr 2018 der WGV-Versicherung AG ist durch deutlich wachsende Bestände, steigende Beitragseinnahmen und zufriedenstellende Brutto-Schadenverläufe gekennzeichnet. Die verdienten Nettobeiträge stiegen um 22.873 T€ auf 333.659 T€. Die Netto-Schadenaufwendungen stiegen um 13.580 T€ auf 261.570 T€.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft insgesamt

Die folgenden Angaben betreffen, sofern nicht anders angegeben, das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft brutto.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bestanden am Bilanzstichtag 3.012.890 Versicherungsverträge; dies waren 164.117 Verträge oder 5,8 % mehr als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Die gebuchten Beiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 23.812 T€ oder 6,9 % auf 369.531 T€ erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich um 6,1 % auf 283.649 T€.

Die Aufwendungen des Versicherungsbetriebs für das selbst abgeschlossene Geschäft lagen bei 44.158 T€ (Vorjahr 39.626 T€). Die Kostenquote betrug 12,0 % (Vorjahr 11,5 %). Netto, das heißt nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen, verblieb ein Kostensatz von 10,9 % (Vorjahr 10,3 %).

Versicherungsgeschäft im Einzelnen

	Bestandsentwicklung		gebuchte Bruttobeiträge		Schaden-Kostenquote	
	Anzahl Verträge	Veränderung zum VJ	T€	Veränderung zum VJ	%	Veränderung zum VJ in %-Pkt
Gesamtgeschäft	3.012.890	5,8 %	383.348	6,8 %	89,0 %	0,0
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	3.012.890	5,8 %	369.531	6,9 %	88,7 %	-0,1
Unfall	96.146	1,5 %	6.054	2,9 %	66,9 %	-3,7
Allgemeine Haftpflicht	400.201	4,8 %	18.402	4,3 %	60,0 %	6,5
Kraftfahrt gesamt	1.542.414	7,1 %	255.722	7,0 %	92,5 %	-4,0
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	956.169	7,1 %	155.826	7,0 %	92,9 %	-4,6
Sonstige Kraftfahrt	586.245	7,1 %	99.896	7,1 %	91,9 %	-3,1
Verbundene Hausrat	182.611	8,1 %	13.312	8,5 %	49,3 %	1,6
Verbundene Wohngebäude	91.664	6,3 %	23.317	9,1 %	63,2 %	9,5
Glas	56.140	11,0 %	1.556	9,8 %	79,5 %	-6,1
Rechtsschutz	465.872	1,5 %	47.080	5,8 %	105,3 %	14,6
Beistandsleistungsvericherung	168.962	6,2 %	1.697	8,0 %	112,5 %	12,6
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft gesamt			13.817	3,8 %	94,7 %	2,5

Bestand und Beitragseinnahme

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung konnte der Vertragsbestand um 7,1 % (62.982 Verträge) deutlich ausgebaut werden. Die Beitragseinnahmen stiegen dabei um 7,0 % (10.173 T€).

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung konnten Bestand (7,1 %) und Beitrag (7,1 %) weiter ausgebaut werden.

In der insgesamt zufriedenstellenden Entwicklung der Bestände und Beiträge in den Haftpflicht-, Unfall- und Sachversicherungen war die weiterhin erfreuliche Entwicklung in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Bestandswachstum von 6,3 % (5.425 Verträge) und mit einem Beitragswachstum von 1.949 T€ (9,1 %) hervorzuheben. Die Haftpflicht-, Unfall- und Sachversicherungen profitieren von einer konzerninternen Verlagerung des Neugeschäfts von der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. auf die WGV-Versicherung AG.

Schaden und Kosten

Die Kostenseite entwickelte sich planmäßig, die Kostenquote erhöhte sich von 11,5 % auf 12,0 %.

Das Abwicklungsergebnis der Vorjahre insgesamt verringerte sich um 3,1 % (-1.261 T€) auf 39.767 T€. Während sich die Abwicklung in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und der Allgemeinen Unfallversicherung deutlich verbesserte, ging das Abwicklungsergebnis der Vorjahre in der Rechtsschutzversicherung erheblich zurück.

Die Schaden-Kostenquote insgesamt lag mit 88,7 % um -0,1 %-Punkte unter dem Vorjahresniveau.

Schadenseitig verbesserte sich die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung im Vergleich zum Vorjahr, die Brutto-Schadenaufwendungen stiegen bei deutlich steigenden Beständen nur unwesentlich auf 125.432 T€ (Vorjahr 125.197 T€). Es ergab sich mit 7.220 T€ erneut ein deutlicher Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung.

Wenig erfreulich verlief die Entwicklung der Schadenquote in der Rechtsschutzversicherung. Während die Geschäftsjahresschadenquote mit 90,1 % auf dem Niveau des Vorjahres lag, ergab sich aus der Abwicklung der Vorjahresschäden ein Abwicklungsergebnis in Höhe von -3.085 T€ (Vorjahr 4.408 T€), was im Wesentlichen auf den Dieselskandal zurückzuführen ist. Der Schwankungsrückstellung mussten 3.171 T€ entnommen werden.

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung ergaben sich Belastungen durch mehrere kleinere bis mittelgroße Hagelunwetter.

Nach einer geringeren Zuführung zur Schwankungsrückstellung liegt das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wies im Berichtsjahr verdiente Brutto-Beitragseinnahmen in Höhe von 13.822 T€ (+3,8 %) auf. Der Netto-Schadenaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 304 T€ auf 7.960 T€. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 180 T€ (Vorjahr Entnahme 208 T€) schloss das versicherungstechnische Geschäft mit einem Gewinn von 312 T€ (Vorjahr 1.030 T€) ab.

Kapitalanlagen und Kapitalanlageergebnis

Der Bestand an Kapitalanlagen stieg auf 738.126 T€ (6,5 %), die Kapitalerträge sanken um 21,4 % auf 19.258 T€. Nach der Verbandsformel berechnet beträgt die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen 2,37 % (Vorjahr 3,21 %). Die Aufwendungen für Kapitalanlagen stiegen um 113 T€ auf 8.422 T€. Die darin enthaltenen Abschreibungen betragen 7.428 T€ (Vorjahr 7.696 T€). Der Ertragssaldo aus den Kapitalanlagen beträgt in 2018 vor technischem Zinsertrag 10.837 T€ (Vorjahr 16.193 T€). Unter Schwankungen

gingen die erzielbaren Renditen bei Neuanlagen durch die Entwicklung der Kapitalmärkte weiter zurück.

Der Liquiditätsbedarf wird aus dem laufenden Versicherungsgeschäft sowie ggf. den Einschusspflichten der Rückversicherer gedeckt. Die Liquiditätsplanung ist zentraler Bestandteil der Anlageplanung.

Jahresergebnis

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 12.601 T€ (Vorjahr 15.256 T€) schloss das selbst abgeschlossene Geschäft mit einem Gewinn von 19.128 T€ (Vorjahr 11.501 T€) und das übernommene Geschäft mit einem Gewinn von 312 T€ (Vorjahr 1.030 T€) ab. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 9.871 T€ (Vorjahr 15.309 T€). Bei der Saldierung der übrigen Erträge und Aufwendungen ergab sich ein Saldo von -4.177 T€ (Vorjahr -3.263 T€), so dass sich als Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit ein Gewinn von 25.134 T€ (Vorjahr 24.577 T€) errechnete. Nach einem Ertragssteueraufwand von 8.165 T€ (Vorjahr 10.998 T€) wurde der sich ergebende Gewinn von 16.970 T€ (Vorjahr 13.579 T€) im Rahmen eines Ergebnisübernahmevertrages abgeführt.

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die Risikostrategie findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch. Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmensteilen und -prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt. Durch monatliche Ist-Abschlüsse in Kapitalanlage und Versicherungstechnik werden bilanzielle Effekte frühzeitig in den Steuerungs- und Risikofrüherkennungsprozess mit einbezogen.

Aufsichtsrat und Vorstand werden regelmäßig über die Risikosituation des Unternehmens informiert.

Versicherungstechnische Risiken

Die zentralen Risiken im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft liegen in nicht auskömmlichen Tarifen sowie nicht ausreichend gebildeten Schadenrückstellungen.

Aufgrund der hohen Bestandskonzentration liegt eine regionale Häufung von Risiken im süddeutschen Raum vor.

Das Prämien-/Schadenrisiko wird im Rahmen des laufenden Berichtswesens permanent überwacht, risikomindernde Annahmerichtlinien sowie eine laufende risikoadäquate Gestaltung der Tariflandschaft dienen der frühzeitigen Identifikation und Nichtannahme erkennbar schlechter Risiken.

Die Angemessenheit der Schadenreserven wird durch die Schadenabteilungen auf Basis der Einzelschäden permanent überwacht, turnusmäßig erfolgt zudem eine

Analyse der Schadenreserven mithilfe mathematischer Verfahren.

Rückversicherungsschutz

Die Risiken aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft – insbesondere Großrisiken aus Elementarschadenereignissen oder Risiken aus den Haftpflichtsparten – sind unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei jeweils an mehrere Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Rückversicherungsbeziehungen zu Rückversicherern in Großbritannien bestehen nicht.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe von 0,3 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Versicherungsvertreter sowie gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Berichterstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlagenausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagenbestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten, bis auf geringe Beimischungen, auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum 31.12.2018 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im

Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse – 20 %	–2.112 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg + 1 %	–7.739 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang – 1 %	8.229 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand waren 58,4 % von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Darlehen enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse besteht, eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war oder die von öffentlichen Haushalten gegeben wurden. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelte es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 99,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 54,9 %. Es unterlagen davon 56,0 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 34,0 % mit einer besonderen Deckungsmasse hinterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 9,0 %. Der Anteil an Kapitalanlagen in den EWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) lag bei 0,7 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand befinden sich keine Kapitalanlagen in britischen Pfund. Beimischungen in Aktien, Beteiligungen oder Investmentanteilen sind in geringem Maße vorhanden. Wesentliche Risiken durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bestehen nicht.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei

durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsfortführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die WGV-Versicherung AG ist gem. § 289b Abs. 2 HGB von der Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung gem. § 289 b bis e HGB befreit. Die nichtfinanzielle Erklärung findet sich im Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Eine schlanke und flexible Organisationsstruktur mit einer im Marktvergleich sehr geringen Kostenbelastung versetzen die WGV-Versicherung AG in die Lage, preislich sehr attraktive und qualitativ hochwertige Versicherungsprodukte anbieten zu können. Durch eine regelmäßige Anpassung an die Gegebenheiten des Marktes sind die Produkte der WGV-Versicherung AG in den erwünschten Segmenten unter den besten Angeboten des Marktes positioniert.

Insbesondere außerhalb des angestammten Geschäftsgebietes besteht – vor allem auch über Vertriebswege im Internet – ein erhebliches Wachstumspotential.

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem Bestandswachstum von etwa 5 % ausgegangen. Tatsächlich stieg der Bestand um 5,8 % auf 3.012.890 Verträge, die Bestandsentwicklung lag damit innerhalb der Erwartungen.

Für das Beitragswachstum wurde von einer Spanne von 368.708 T€ bis 376.156 T€ ausgegangen. Tatsächlich konnten die gebuchten Bruttobeiträge um 6,9 % auf 369.531 T€ gesteigert werden, die Prämienentwicklung verlief damit im Rahmen der Erwartungen.

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden im Geschäftsjahr 2019 die gebuchten Bruttobeiträge in der Spanne von 395.084 T€ bis 403.065 T€ erwartet. Das Bestandswachstum wird bei rund 6 % liegen.

Die Kostenquote wurde für 2018 zwischen 11 % und 13 % erwartet, tatsächlich ergaben sich 12,0 %, womit die Kosten im Rahmen der Erwartungen lagen.

Im Rahmen der Erwartungen verlief die Entwicklung der Schadenquote. Während von einer Spanne von 76 % bis 86 % ausgegangen wurde, ergab sich tatsächlich eine Schadenquote von 76,8 %. Sofern Großschäden, z. B. durch flächendeckende Elementarschäden ausbleiben, wird sich der Schadenaufwand moderat entwickeln, die Schadenquote wird unter diesen Voraussetzungen in der Bandbreite von 79 % – 89 % liegen.

Durch die Verlagerung des Neugeschäfts im privaten Sach-, Unfall- und Haftpflichtgeschäft zur WGV-Versicherung AG werden sich die damit einhergehenden Abschlusskosten ebenfalls zur WGV-Versicherung AG verlagern. Die Kosten werden daher etwas über dem Niveau des Jahres 2018 erwartet, die Kostenquote wird 2019 zwischen 12 % und 14 % liegen.

Für die im Geschäftsjahr 2013 durch den Hagelsturm „Andreas“ stark belastete Sonstige Kraftfahrtversicherung wird im Geschäftsjahr 2019 – ein moderater Geschäftsjahresschadenaufwand vorausgesetzt – erneut von einem deutlichen Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung ausgegangen.

Im übernommenen Versicherungsgeschäft lagen die gebuchten Bruttobeiträge planmäßig auf Vorjahresniveau. Im Geschäftsjahr 2019 werden die gebuchten Bruttobeiträge aufgrund von Optimierungen im aktiven Rückversicherungsgeschäft deutlich zurückgehen.

Die Zinserhöhungen der US-Amerikanischen Notenbank und das Ende der Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank bedeuten das Ausbleiben der seit 2009 fast ununterbrochenen Liquiditätszufuhr in die Märkte, was mittelfristig zu einem Ende der Phase extrem niedriger Zinsen führen sollte. Dementgegen stehen für 2019 wieder deutlich verstärkte konjunkturelle Risiken, die

durch politische Risiken wie sich anbahnende Handelskriege oder einen möglichen ungeordneten Brexit noch verstärkt werden können. In Summe wird für das Jahr 2019 weiterhin mit sehr volatilen Märkten ohne eindeutige Trends, jedoch mit leicht ansteigenden Renditen und moderat positiven Aktienmärkten gerechnet. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt aber weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional als auch über Sektoren und Einzelemittenten breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über diversifizierte Fonds durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in Sachwerte sollen auch im Jahr 2019 einen Schwerpunkt der Anlage bilden. Dazu werden weitere Investitionen in erneuerbare Energien/Infrastruktur geplant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein moderater Ausbau der Immobilienquote ist über Fonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Nach einem im Wesentlichen durch gefallene Aktienmärkte und sich ausweitende Spreads schwächeren Kapitalanlageergebnis im Jahr 2018 ist im Jahr 2019 mit einem wieder höheren Ergebnis aus dem Geschäft mit Kapitalanlagen zu rechnen.

Stuttgart, 26. Februar 2019

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Passiva

	€	2018 €	€	2017 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		20.282.000,00		20.282.000,00
II. Kapitalrücklage		103.764.065,10		103.764.065,10
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	306.775,13			306.775,13
2. Andere Gewinnrücklagen	25.647.159,77			25.647.159,77
		25.953.934,90		25.953.934,90
IV. Bilanzgewinn		0,00		0,00
			150.000.000,00	150.000.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	1.740.817,05			1.589.940,53
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	384.262,32			178.531,94
		1.356.554,73		1.411.408,59
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	543.149.218,16			529.039.399,41
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	104.074.440,70			101.558.688,92
		439.074.777,46		427.480.710,49
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	212.247,08			201.632,09
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		212.247,08		201.632,09
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		93.127.701,09		80.346.858,21
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	376.213,27			328.044,09
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		376.213,27		328.044,09
			534.147.493,63	509.768.653,47
C. Andere Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen			224.150,90	154.900,00
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	33.900.269,25			32.490.151,29
2. Versicherungsvermittlern	562.612,83			406.990,89
		34.462.882,08		32.897.142,18
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		2.258.457,06		1.898.665,82
III. Sonstige Verbindlichkeiten		25.625.751,15		17.561.944,25
			62.347.090,29	52.357.752,25
E. Rechnungsabgrenzungsposten			59.214,16	64.490,03
			746.777.948,98	712.345.795,75

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341f und 341g HGB sowie der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Stuttgart, 13. Februar 2019

Lieder
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018

	€	2018 €	€	2017 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	383.347.818,33			359.024.032,23
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-49.743.922,67			-47.979.785,23
		333.603.895,66		311.044.247,00
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-150.876,52			-280.256,81
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	205.730,38			21.545,15
		54.853,86		-258.711,66
			333.658.749,52	310.785.535,34
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			966.107,92	883.839,56
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			309.661,18	301.545,71
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-277.499.615,93			-263.567.292,56
bb) Anteil der Rückversicherer	27.523.607,76			27.797.215,30
		-249.976.008,17		-235.770.077,26
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-14.109.818,75			-11.322.235,82
bb) Anteil der Rückversicherer	2.515.751,78			-897.890,45
		-11.594.066,97		-12.220.126,27
			-261.570.075,14	-247.990.203,53
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-48.169,18	-41.308,21
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-10.660,68	-2.360,16
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-49.292.905,57		-44.250.504,66
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		9.341.861,61		8.955.713,20
			-39.951.043,96	-35.294.791,46
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-1.133.378,90	-1.063.913,97
9. Zwischensumme			32.221.190,76	27.578.343,28
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			-12.780.842,88	-15.047.739,78
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (= Übertrag)			19.440.347,88	12.530.603,50

	€	2018 €	€	2017 €
Übertrag			19.440.347,88	12.530.603,50
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	1.015.176,27			422.683,73
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	16.374.605,20			21.237.969,37
c) Erträge aus Zuschreibungen	75.379,06			945.169,54
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.793.106,56			1.896.115,30
		19.258.267,09		24.501.937,94
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-455.217,92			-439.933,46
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-7.427.532,86			-7.695.550,74
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-538.833,56			-173.383,91
		-8.421.584,34		-8.308.868,11
3. Technischer Zinsertrag		-966.107,92		-883.839,56
			9.870.574,83	15.309.230,27
4. Sonstige Erträge		146.575,34		80.241,84
5. Sonstige Aufwendungen		-4.323.177,13		-3.342.686,74
			-4.176.601,79	-3.262.444,90
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			25.134.320,92	24.577.388,87
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zuzüglich Erstattungen an den Organträger		0,00 -8.164.577,60		0,00 -10.998.061,11
			-8.164.577,60	-10.998.061,11
8. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			-16.969.743,32	-13.579.327,76
9. Jahresüberschuss			0,00	0,00
10. Bilanzgewinn			0,00	0,00

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert und werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagioträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Zeronamensschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert, soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Für die Ermittlung der Zeitwerte bei Beteiligungen werden Ertragswertmodelle herangezogen. Soweit ertragsorientierte Verfahren nicht zum Einsatz kommen konnten, wird das anteilige Eigenkapital herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ und „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Die Bruttobeitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und die hierauf entfallenden Rückversicherungsanteile wurden grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung des Kostenabzugs gemäß dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 ermittelt; Anteile der Rückversicherer werden entsprechend dem vertraglichen Risikoanteil abgesetzt. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entsprechen den Aufgaben der Vorversicherer.

Die Rückstellung für bekannte, noch nicht abgewinkelte Schadenfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts wird durch Einzelbewertung ermittelt. Für die am Bilanzstichtag noch nicht bekannten Fälle sind Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit gebildet worden.

Die Berechnung der HUK Renten-Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode. Es liegen die Sterbetafeln DAV 2006 HUR für Männer bzw. Frauen zugrunde. Bei Rentenfällen mit Eintritt der Leistungsverpflichtung bis 31.12.2011 betrug der Rechnungszins 2,21 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2012 betrug er 1,75 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2015 betrug er 1,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2017 betrug er 0,90 %. Zukünftige Regulierungskosten für Rentenfälle werden pauschal berücksichtigt.

Der technische Zinsertrag wird aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestandes der Brutto-Rentendeckungsrückstellung mit 3,50 % errechnet.

Die zurückgestellten Schadenregulierungsaufwendungen werden nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 berechnet.

Forderungen aus Regressen werden abgesetzt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle werden vertragsgemäß abgesetzt.

Im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden die Rückstellungen entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer bzw. nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung betrifft im Wesentlichen die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Schwankungsrückstellung wird nach der Anlage zu § 29 RechVersV und die Pharmarückstellung nach § 30 RechVersV berechnet.

Die Stornorückstellung wird pauschal, alle sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen durch Einzelberechnungen ermittelt.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten

Aktivposten	Bilanzwerte 2017 €	Zugänge €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.519,52	0,00
B.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.054.794,87	0,00
2. Beteiligungen	16.082.029,38	14.954.804,27
3. Summe B.I.	23.136.824,25	14.954.804,27
B.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	344.194.871,86	361.763.473,21
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	88.295.732,50	58.612.210,00
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	75.341.332,61	3.545.167,19
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	66.859.889,11	10.179.000,00
c) Übrige Ausleihungen	0,00	0,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	95.000.000,00	0,00
5. Summe B.II.	669.691.826,08	434.099.850,40
Insgesamt B.	692.828.650,33	449.054.654,67
Insgesamt	692.839.169,85	449.054.654,67

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
B.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
2. Beteiligungen	42.275,56	3.914.216,40
B.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	977.885,59	75.508.690,78
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.017.847,46	50.964.585,00
3. Sonstige Ausleihungen		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	197.212,66	6.000.000,00

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäftsjahres €	Tägliche Rückga- be mög- lich	Unterlas- sene Aschrei- bungen
Immobilienfonds (Europa)	11.647.187,56	11.733.334,40	86.146,84	1.128.924,24	Nein	Nein
Immobilienfonds (Deutsch- land)	2.999.949,12	2.990.635,29	-9.313,83	0,00	Nein	Ja
Dachfonds (international gemischt)	14.006.894,44	14.006.894,44	0,00	189.346,66	Ja	Nein
Mischfonds (Europa)	89.663.060,00	89.235.920,00	-427.140,00	1.158.700,63	Ja	Ja
Mischfonds (Global)	100.745.574,17	100.425.748,00	-319.826,17	1.420.698,34	Ja	Ja

Aufgrund von Analystenbewertungen war für die zum Bilanzstichtag nicht abgeschrieben Wertpapiere in den Mischfonds von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

Abgänge €	Abschreibungen €	Zuschreibungen €	Bilanzwerte 2018 €	Zeitwerte 2018 €
0,00	0,00	0,00	10.519,52	10.519,52
0,00	0,00	0,00	7.054.794,87	11.600.100,44
1.408.768,82	0,00	38.814,42	29.666.879,25	31.096.452,40
1.408.768,82	0,00	38.814,42	36.721.674,12	42.696.552,84
354.170.368,54	7.305.395,56	36.564,64	344.519.145,61	368.977.964,66
17.122.800,00	118.925,00	0,00	129.666.217,50	130.446.772,76
0,00	0,00	0,00	78.886.499,80	86.606.735,95
23.203.225,81	3.212,30	0,00	53.832.451,00	54.428.440,10
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
500.015,00	0,00	0,00	94.499.985,00	94.499.985,00
394.996.409,35	7.427.532,86	36.564,64	701.404.298,91	734.959.898,47
396.405.178,17	7.427.532,86	75.379,06	738.125.973,03	777.656.451,31
396.405.178,17	7.427.532,86	75.379,06	738.136.492,55	777.666.970,83

Abschreibungen

	2018 €
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	7.427.532,86

B.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Unmittelbare Beteiligungen

	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2018 €	Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 €
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,33	28.406.150,66	2.086.995,57

C.II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

	2018 €	2017 €
An verbundene Unternehmen	0,00	0,00

C.III. Sonstige Forderungen

	2018 €	2017 €
An verbundene Unternehmen	0,00	0,00
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.845,20	12.020,40

E.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	1.576.912,87	1.700.578,80

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 20.282 T€ und ist eingeteilt in 3.967 auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien. Das gezeichnete Kapital wird zu 100 % von der WGV Holding AG, Ravensburg gehalten. Die WGV-Versicherung AG ist durch einen Ergebnisübernahmevertrag mit der WGV Holding AG und einen Beherrschungsvertrag mit der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. verbunden.

II. Kapitalrücklage

	01.01.2018 €	Veränderung €	31.12.2018 €
Kapitalrücklage	103.764.065,10	0,00	103.764.065,10

III. Gewinnrücklagen

	01.01.2018 €	Veränderung €	31.12.2018 €
1. Gesetzliche Rücklage	306.775,13	0,00	306.775,13
2. Andere Gewinnrücklagen	25.647.159,77	0,00	25.647.159,77
Insgesamt	25.953.934,90	0,00	25.953.934,90

B. Versicherungstechnische Rückstellung

Versicherungstechnische Rückstellungen gesamt

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	638.606.196,65	611.505.874,33
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	613.251.383,35	585.824.688,47
Haftpflcht	19.755.137,79	18.751.136,91
Kraftfahrzeug-Haftpflcht	375.405.776,55	368.313.731,10
Sonstige Kraftfahrt	47.260.883,72	42.245.134,55
Feuer und Sach gesamt	40.920.196,61	35.710.000,59
Verbundene Hausratversicherung	3.571.989,34	3.273.297,51
Verbundene Gebäudeversicherung	36.278.258,61	31.596.922,13
Rechtsschutz	117.720.928,64	110.556.881,85

II. Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	543.149.218,16	529.039.399,41
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	519.509.960,76	504.899.780,70
Haftpflcht	19.564.887,20	18.574.604,11
Kraftfahrzeug-Haftpflcht	333.090.702,68	333.354.018,44
Sonstige Kraftfahrt	17.884.733,25	17.380.878,48
Feuer und Sach gesamt	20.410.542,21	19.306.585,46
Verbundene Hausratversicherung	3.522.389,32	3.223.679,45
Verbundene Gebäudeversicherung	16.052.405,30	15.418.653,44
Rechtsschutz	116.440.956,48	106.106.212,50

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	201.449,81	201.495,50
Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	10.797,27	136,59

IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	93.127.701,09	80.346.858,21
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	91.768.386,70	79.167.883,61
Haftpflicht	0,00	0,00
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	40.990.772,14	33.770.601,53
Sonstige Kraftfahrt	29.272.233,09	24.768.788,04
Feuer und Sach gesamt	20.225.409,31	16.177.824,69
Verbundene Hausratversicherung	0,00	0,00
Verbundene Gebäudeversicherung	20.225.409,31	16.177.824,69
Rechtsschutz	1.279.972,16	4.450.669,35

C. Andere Rückstellungen

	2018 €	2017 €
Verwaltungskosten	117.450,90	99.800,00
Übrige	106.700,00	55.100,00
Insgesamt	224.150,90	154.900,00

D.II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

	2018 €	2017 €
An verbundene Unternehmen	887.667,58	437.825,00

D.III. Andere Verbindlichkeiten, Sonstige

	2018 €	2017 €
Gegenüber verbundenen Unternehmen	25.568.844,62	17.558.822,11
Aus Steuern	46.878,10	3.122,14

Die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten beträgt jeweils bis zu einem Jahr.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	59.214,16	64.490,03

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Beiträge

		2018	
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	383.347.818,33	383.196.941,81	333.658.749,52
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	369.530.889,08	369.374.787,66	319.836.595,37
Haftpflicht	18.401.860,11	18.388.115,71	14.459.482,36
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	155.826.430,17	155.751.195,57	121.340.888,18
Sonstige Kraftfahrt	99.895.630,11	99.887.180,76	95.828.702,83
Feuer und Sach gesamt	38.424.146,65	38.365.473,58	32.157.240,67
Verbundene Hausratversicherung	13.311.990,59	13.311.990,59	8.980.272,79
Verbundene Gebäudeversicherung	23.316.682,68	23.316.682,68	21.448.851,82
Rechtsschutz	47.079.579,79	47.079.579,79	46.844.175,29

		2017	
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	359.024.032,23	358.743.775,42	310.785.535,34
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	345.719.204,12	345.426.312,11	297.468.072,03
Haftpflicht	17.640.827,92	17.596.734,24	13.758.064,48
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	145.653.857,03	145.573.446,83	112.681.844,32
Sonstige Kraftfahrt	93.252.408,20	93.243.896,08	88.944.880,36
Feuer und Sach gesamt	35.284.684,21	35.124.808,20	29.315.448,27
Verbundene Hausratversicherung	12.274.581,63	12.274.581,63	8.241.705,87
Verbundene Gebäudeversicherung	21.367.766,26	21.367.766,26	19.606.106,96
Rechtsschutz	44.493.220,58	44.493.220,58	44.048.279,86

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	291.609.434,68	274.889.528,38
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	283.649.429,07	267.233.259,29
Haftpflicht	7.690.566,56	6.503.719,48
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	125.431.611,46	125.197.436,08
Sonstige Kraftfahrt	81.602.295,82	79.703.654,00
Feuer und Sach gesamt	17.562.298,17	14.087.704,71
Verbundene Hausratversicherung	4.321.465,63	3.789.389,71
Verbundene Gebäudeversicherung	12.316.990,94	9.419.121,91
Rechtsschutz	45.517.385,71	36.044.009,21

Ergebnis aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	41.810.264,97	41.970.795,46
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	39.767.210,76	41.027.968,15
Haftpflicht	3.645.218,42	4.293.253,77
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	28.428.734,98	22.138.153,02
Sonstige Kraftfahrt	3.245.333,50	3.250.252,45
Feuer und Sach gesamt	5.090.374,61	5.884.745,59
Verbundene Hausratversicherung	1.384.316,05	1.433.313,59
Verbundene Gebäudeversicherung	3.310.118,15	4.230.243,59
Rechtsschutz	-3.084.666,73	4.407.870,54

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	2018 Brutto €	2017 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	49.292.905,57	44.250.504,66
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	44.158.378,04	39.626.328,49
Haftpflicht	3.350.451,57	2.922.877,11
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	19.289.551,57	16.799.382,81
Sonstige Kraftfahrt	10.236.225,23	8.959.503,73
Feuer und Sach gesamt	5.155.832,44	4.497.534,63
Verbundene Hausratversicherung	2.239.840,44	2.060.603,24
Verbundene Gebäudeversicherung	2.409.388,08	2.051.882,19
Rechtsschutz	4.060.204,16	4.304.935,46
Abschlussaufwendungen	31.650.995,63	28.081.486,93
Verwaltungsaufwendungen	17.641.909,94	16.169.017,73

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter

	2018 €	2017 €
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	10.260.219,22	8.870.670,10

11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	2018 €	2017 €
Versicherungsgeschäft gesamt	19.440.347,88	12.530.603,50
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	19.127.760,02	11.500.634,95
Haftpflicht	6.273.815,06	6.855.491,05
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	2.907.452,87	-3.648.161,03
Sonstige Kraftfahrt	-429.557,92	164.838,41
Feuer und Sach gesamt	7.983.964,94	6.156.317,15
Verbundene Hausratversicherung	4.983.842,35	4.653.839,24
Verbundene Gebäudeversicherung	2.700.947,24	1.297.652,27
Rechtsschutz	476.730,04	29.419,85

Rückversicherungssaldo

	2018 €	2017 €
Versicherungsgeschäft gesamt	-10.156.971,14	-12.103.202,03
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	-10.156.971,14	-12.103.202,03
Haftpflicht	-1.090.649,97	-1.329.839,42
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	-1.809.366,12	-3.112.008,85
Sonstige Kraftfahrt	-4.058.477,93	-4.298.173,11
Feuer und Sach gesamt	-2.786.961,71	-3.227.727,95
Verbundene Hausratversicherung	-1.515.226,61	-1.538.988,37
Verbundene Gebäudeversicherung	-1.263.050,85	-1.673.914,71
Rechtsschutz	-235.404,50	-444.940,72

Anzahl der Versicherungsverträge

	2018 Stück	2017 Stück
Versicherungsgeschäft gesamt	3.012.890	2.848.773
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	3.012.890	2.848.773
Haftpflicht	400.201	381.826
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	956.169	893.187
Sonstige Kraftfahrt	586.245	547.517
Feuer und Sach gesamt	331.813	306.501
Verbundene Hausratversicherung	182.611	168.997
Verbundene Gebäudeversicherung	91.664	86.239
Rechtsschutz	465.872	459.061

Weitere Angaben

Personalbericht

Die WGV-Versicherung AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Mitarbeiter und Vermittler der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. sind teilweise auch für die WGV-Versicherung AG tätig.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Abschnitt Organe und Beirat namentlich aufgeführt.

	2018 €
Bezüge des Aufsichtsrats	80.294,45
Bezüge des Vorstands	0,00

Firma, Sitz und Registergericht

WGV-Versicherung AG

Sitz der Gesellschaft: Stuttgart

Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 7479

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Die WGV-Versicherung AG, Stuttgart ist Teil der wgv Gruppe, deren Obergesellschaft die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart, ist. Der Abschluss der WGV-Versicherung AG wird in den Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. einbezogen.

Die WGV-Versicherung AG hat von der Erleichterungsvorschrift zur Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers im Konzernabschluss gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht.

Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 48.079 T€.

Aufgrund unserer Mitgliedschaft im Verein Verkehrshilfe e.V. sind wir verpflichtet, Mittel entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben, zur Verfügung zu stellen.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Berichtsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten. In den ersten Monaten des Jahres 2019 konnte das Geschäft des Unternehmens planmäßig weiterentwickelt werden.

Stuttgart, 26. Februar 2019

WGV-Versicherung AG

Der Vorstand

Dr. Brachmann

Dr. Kriegmeier

Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der WGV-Versicherung AG, Stuttgart – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der WGV-Versicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigegefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigegefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungs-

urteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Sonstigen Kapitalanlagen und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die nach § 341b HGB durchzuführende Bewertung der Sonstigen Kapitalanlagen des Anlagevermögens einschließlich der Feststellung gegebenenfalls notwendiger Abschreibungen bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung erfordert Ermessensentscheidungen durch den Vorstand. Die Unsicherheiten bei der Identifizierung von voraussichtlich dauerhaft wertgeminderten wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen und bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes (insbesondere bei nicht börsennotierten Finanzinstrumenten) machen Annahmen zu wesentlichen Einflussfaktoren nötig, insbesondere zur Finanzlage des Emittenten sowie zu den Erwartungen an künftige Zahlungsströme und eventuell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter wie z.B. Marktzinssätze. Geringe Veränderungen in den Annahmen können zu deutlichen Abweichungen in den Bewertungen und damit bei der Einschätzung über das Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sowie beim Umfang möglicher Abschreibungen führen.

Aufgrund der genannten Annahmen, der Sensitivität der Bewertung auf die relevanten Parameter (vor allem Zinsstrukturkurve und Spread bei festverzinslichen Kapitalanlagen) sowie der Ermessensspielräume bei der Beurteilung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung und deren Umfang und des damit verbundenen bedeutsamen Risikos wesentlich falscher Darstellungen, handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen am gesamten Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft einen signifikanten Anteil aus und haben damit betragsmäßig eine wesentliche Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben den von der Gesellschaft implementierten Prozess zur Identifikation möglicherweise dauerhafter Wertminderungen bei sämtlichen Kapitalanlagen untersucht und ausgewählte Kontrollen in diesen Prozessen auf ihre Wirksamkeit zur Sicherstellung einer fundierten Einschätzung zur Werthaltigkeit der wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen beurteilt. Zudem haben wir eine Funktionsprüfung der implementierten Kontrollen zur Datenbereitstellung sowie zur Freigabe und Änderung von Annahmen und etablierten Verfahren durchgeführt.

Des Weiteren haben wir die von der Gesellschaft definierten Aufgreifkriterien im Hinblick auf die Einhaltung der berufsständischen Vorgaben nach IDW RS VFA 2 beurteilt. Auf Basis einer risikoorientiert ausgewählten Stichprobe von wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir ferner untersucht, ob die Aufgreifkriterien ordnungsgemäß angewendet, für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung nachvollziehbar ausgeübt wurden und somit im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben stehen.

Um festzustellen, ob bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten erhöhte Wertminderungsrisiken bestehen und stille Lasten eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung darstellen, umfassten unsere Prüfungshandlungen Befragungen der Vorstände und anderer mit diesem Sachverhalt betrauter Personen innerhalb der Gesellschaft sowie die Beurteilung interner Stellungnahmen zur Bewertung. Darüber hinaus haben wir untersucht, ob die von der Gesellschaft angewandten Bewertungsverfahren und -methoden bei nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen finanzmathematisch sachgerecht sind, ob die wesentlichen Bewertungsparameter (Zinsstrukturkurve und Spread) ordnungsgemäß aus beobachtbaren Marktvariablen oder aus Erfahrungswerten abgeleitet wurden und die Bewertungsergebnisse in einer risikoorientierten Stichproben durch eigene Berechnungen nachvollzogen und mit den Werten der Gesellschaft verglichen.

Bei der Prüfung der Bewertung der nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir eigene Experten mit speziellen Kenntnissen in der Finanzmathematik zur Unterstützung hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der nicht notierten Sonstigen Kapitalanlagen oder gegen die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für diese Sonstigen Kapitalanlagen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Kapitalanlagen des Anlagevermögens sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst unter anderem die Teilrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen der Gesellschaft aus ähnlichen Schadenfällen.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für unbekannte Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens, für das Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden durchschnittlichen Entschädigungsbetrages zugrunde gelegt werden. Die Berechnungsmethode basiert auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von zehn Jahren.

Es handelt sich hierbei um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt, da die Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in hohem Maß auf Schätzungen und Annahmen beruht und daher das Risiko besteht, dass diese insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind. Zudem machen die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle einen signifikanten Anteil an der Bilanzsumme aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt.

Dabei haben wir für die Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle anhand der Bearbeitung einzelner Schadenfälle untersucht, ob der Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zu der Bewertung in der Bilanz angemessen ausgestaltet ist, und die wesentlichen in diesem Prozess implementierten Kontrollen hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Wirksamkeit getestet.

Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von bekannten Versicherungsfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Basis der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Für diese Stichprobe haben wir weiter untersucht, ob die unternehmensinternen Vorgaben zur Schadenbearbeitung eingehalten wurden.

Für die unter den Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesenen Rendendeckungsrückstellungen haben wir durch eigene Nachberechnungen geprüft, dass diese unter Beachtung der handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben rechnerisch richtig ermittelt wurden.

Zur Prüfung der Bewertung der Rückstellung für unbekannte Versicherungsfälle haben wir den in die Berechnung einbezogenen Datenbestand untersucht, die Angemessenheit der erwarteten zukünftigen Schadenanzahlen analysiert sowie rechnerisch nachvollzogen und das Verfahren zur Festlegung der Schätzwerte der erwarteten Entschädigungshöhen untersucht.

Mit Blick auf die ausreichende Bemessung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt haben wir für die geschäftsbestimmenden Versicherungszweige bzw. -arten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren eigene Schadenprojektionen durchgeführt. Den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert haben wir mit den gebildeten Rückstellungen verglichen und so die insgesamt ausreichende Bemessung der Rückstellung beurteilt. Zusätzlich haben wir Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt, um die Entwicklung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt sowie für einzelne Versicherungszweige im Zeitablauf zu plausibilisieren.

Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergangenheit zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten. Angaben zur Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für die betriebenen Versicherungszweige bzw. -arten finden sich im Abschnitt „Bilanz – Passiva/Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen“.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertrags-

lage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen,

wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 13. April 2018 als Abschlussprüfer bestimmt. Der Aufsichtsrat hat uns mit Schreiben vom 28. April 2018 beauftragt. Wir sind

ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Abschlussprüfer der WGV-Versicherung AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 11. März 2019

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling

Wirtschaftsprüfer

Karsak

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die WGV-Versicherung AG beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Zu seiner Unterstützung hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten eingerichtet. Der Vorstandsausschuss befasst sich mit der Vorbereitung von Entscheidungen über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über deren dienstvertragliche Angelegenheiten, soweit die Grundsätze für die Bezüge gemäß § 87 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 AktG betroffen sind, sowie mit der Entscheidung über sonstige dienstvertragliche Angelegenheiten der Vorstandsmitglieder.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2018 sind durch den gemäß § 341 k Abs. 2 HGB i. V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers vom 11. März 2019 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 12. April 2019 vom Abschlussprüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Den Jahresabschluss und den Lagebericht hat der Aufsichtsrat geprüft. Nach dem Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Er billigt den Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Stuttgart, den 12. April 2019

Der Aufsichtsrat

Roger Kehle- Vorsitzender	Joachim Walter stellvertretender Vorsitzender	Wilfried Dölker
Gudrun Heute-Bluhm	Dr. Matthias Neth	Helmut Reitemann

Geschäftsbericht 2018

WGV-Lebensversicherung AG

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Organe

Aufsichtsrat

Roger Kehle

Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg
— Vorsitzender, ab 07.06.2018 —
— stellvertretender
Vorsitzender, bis 07.06.2018 —

Helmut Jahn

Landrat i. R.
des Hohenlohekreises
— Vorsitzender, bis 07.06.2018 —

Joachim Walter

Landrat
des Landkreises Tübingen
— stellvertretender
Vorsitzender, ab 07.06.2018 —

Prof. Stefan Gläser

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied i.R. des Städtetags
Baden-Württemberg
bis 07.06.2018

Gudrun Heute-Bluhm

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied des Städtetags
Baden-Württemberg
ab 07.06.2018

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister i.R.
der Stadt Heilbronn
bis 07.06.2018

Jochen Müller

Bürgermeister
der Gemeinde Korb
ab 07.06.2018

Dr. Matthias Neth

Landrat
des Hohenlohekreises
ab 07.06.2018

Helmut Reitemann

Oberbürgermeister
der Stadt Balingen
ab 07.06.2018

Robert Wiedemann

Bürgermeister i. R.
der Gemeinde Baienfurt
bis 07.06.2018

Vorstand

Dr. Klaus Brachmann

Stuttgart
— Vorsitzender —

Dr. Jochen Kriegmeier

Korntal-Münchingen

Dr. Frank Welfens

Unterföhring

Geschäftsgebiet

Nach § 1 Abs. 3 der Satzung ist das Geschäftsgebiet die Bundesrepublik Deutschland.

Betriebene Versicherungsarten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Risikoversicherung

Risikoversicherung
Risikoversicherung auf zwei verbundene Leben

Kapitalversicherung

Kapitalversicherung auf den Todes- und Erlebensfall
Ausbildungsversicherung
(Versicherung mit festem Auszahlungstermin)
Sterbegeldversicherung

Rentenversicherung

Aufgeschobene Rentenversicherung
Sofort beginnende Rentenversicherung
Direktversicherung mit aufgeschobener Rentenzahlung
Direktversicherung mit aufgeschobener Rentenzahlung und Hinterbliebenenrente aus Todesfalleistung und Rentengarantie

Sonstige Versicherungen

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
Unfall-Zusatzversicherung

Kollektivversicherungen werden nicht angeboten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr preisbereinigt in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld und trotz der Produktions- und Absatzstörungen bei den Pkw-Herstellern solide um 1,4 % gewachsen, nach +2,2 % im Boomjahr 2017. Die Impulse kamen rechnerisch ausschließlich von der Binnenwirtschaft. Die Ausfuhren nahmen angesichts der geringeren Dynamik der Weltwirtschaft langsamer zu als im Vorjahr und auch weniger als die von der starken Binnenwirtschaft nachgefragten Einfuhren. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wurden spürbar ausgeweitet, aber weniger deutlich als im Vorjahr. Für die Weltkonjunktur zeichnet sich eine Verlangsamung ihrer Dynamik ab. Der Welthandel entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gedämpft. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus. Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank im Jahresverlauf von 5,3 % (Dez. 2017) auf 4,9 % (Dez. 2018).

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Anstieg von -0,33 % auf -0,31 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg zu Jahresbeginn 2018 deutlich von 0,43 % auf über 0,80 % an. Im weiteren Jahresverlauf kehrte, getrieben durch die weltpolitischen Unsicherheiten, die Flucht in Qualität wieder zurück, so dass die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe bis zum Jahresende wieder auf 0,24 % zurückgegangen ist. Die im gesamten Jahresverlauf ungelösten globalen Probleme Handelskrieg zwischen den USA und China, wirtschaftliche und politische Destabilisierung Italiens und der Brexit führten zu einem deutlichen Anstieg der Volatilität im gesamten Jahresverlauf. Im vierten Quartal des Jahres verstärkte sich die Angst vor einer Rezession nochmals, so dass bis zum Jahresende die Mehrzahl der Assetklassen mit einem deutlichen Verlust schloss. Im Kalenderjahr 2018 verlor der Eurostoxx50-Performance-Index 12,0 %, der Deutsche Aktien-Index DAX ging um 18,3 % zurück.

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer der längsten Aufschwungphasen der Nachkriegszeit. Ungünstigere außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, temporäre produktionsseitige Probleme und Kapazitätsengpässe dämpfen jedoch das Expansionstempo. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dürfte mit, vom Sachverständigenrat Wirtschaft in seinem Jahresgutachten 2018/2019 erwarteten, 1,5 % für das Jahr 2019 dem geschätzten Potenzialwachstum von derzeit etwa 1,5 % erneut entsprechen. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich leicht verlangsamen. Für den Euro-Raum wird für das Jahr 2019 eine Zuwachsrate des BIP von 1,7 % prognostiziert. Es bestehen Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung durch eine Eskala-

tion des Handelskonflikts, einen ungeordneten Brexit oder ein Wiederaufflammen der Euro-Krise.

Nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) stiegen die Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung um 2,5 % auf 88,70 Mrd. €. Versicherungen gegen Einmalbeitrag verzeichnen einen Zuwachs um 8,3 % auf 27,02 Mrd. €. Die Beitragseinnahmen aus Versicherungen mit laufender Beitragszahlung erhöhten sich um 0,2 %. Für das Jahr 2019 wird für die Lebensversicherung mit einem leichten Anstieg der Beitragseinnahmen gerechnet.

Versicherungsgeschäft insgesamt

Neugeschäft

Im Berichtsjahr 2018 wurden 2.049 Versicherungsscheine (Vorjahr 2.944) mit einer Versicherungssumme von 207.256 T€ eingelöst. Der laufende Beitrag der eingelösten Versicherungsscheine betrug 1.392 T€ (Vorjahr 1.647 T€). Der eingelöste Einmalbeitrag belief sich auf 1.214 T€ (Vorjahr 1.695 T€).

Bei den Kapitalversicherungen betrug die Versicherungssumme 2.646 T€ bei 471 eingelösten Versicherungsscheinen. In den Risikoversicherungen wurden 1.387 Verträge mit einer Versicherungssumme von 201.848 T€ eingelöst. Die 12-fache Jahresrente belief sich bei Rentenversicherungen auf 2.762 T€ bei 191 eingelösten Versicherungsscheinen.

Die Beitragssumme des gesamten Neugeschäfts belief sich auf 40.048 T€ (Vorjahr 47.244 T€).

Bestandsentwicklung

Am 31.12.2018 belief sich die Versicherungssumme im Bestand auf 4.414.938 T€ (Vorjahr 4.370.507 T€), der laufende Beitrag auf 40.420 T€ (Vorjahr 40.907 T€).

Die Stornoquote betrug 1,3 % (Vorjahr 1,4 %) aus dem laufenden Beitrag der vorzeitigen Abgänge im Verhältnis zum mittleren Jahresbestand der laufenden Beiträge. Sie liegt damit deutlich unter dem Marktdurchschnitt.

Bewegung und Struktur des Bestandes an Lebensversicherungen sind im Abschnitt Bewegung des Bestandes an Lebensversicherungen aufgeführt.

Beiträge

Im Geschäftsjahr 2018 beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 42.388 T€. Bei leicht sinkenden laufenden Beitragszahlungen und einer Abnahme der Einmalbeiträge ergab sich insgesamt ein Beitragsrückgang um 1,9 %.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Brutto-Aufwendungen für Leistungsfälle lagen in 2018 bei 28.918 T€ (Vorjahr 25.784 T€). Der Aufwand für Rückkäufe betrug 2.745 T€ (Vorjahr 2.471 T€).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Kosten für den Abschluss von Versicherungsverträgen und für die laufende Verwaltung betrugen insgesamt 2.306 T€ brutto (Vorjahr 2.075 T€). Hiervon betrafen 1.582 T€ Abschlusskosten und 724 T€ Verwaltungskosten. Damit war die Kostensituation weiterhin sehr günstig.

Kapitalanlagen und Kapitalerträge

Die Kapitalanlagen betrugen am Bilanzstichtag 555.136 T€. Sie lagen damit um 2,6 % höher als im Vorjahr. Die Kapitalerträge sanken in 2018 um 11,5 % auf 19.775 T€, der Rückgang resultierte aus geringeren Gewinnrealisierungen zur Finanzierung der Zinszusatzreserve als im Vorjahr sowie aus einem leichten Rückgang der laufenden Erträge. Die nach der Verbandsformel errechnete Durchschnittsrendite der Kapitalanlagen lag im Berichtsjahr bei 3,47 % (Vorjahr 3,53 %), die Nettorendite der Kapitalanlagen bei 3,05 % (Vorjahr 4,10 %).

Der Überschuss und seine Verwendung

Der Bruttoüberschuss sank in 2018 um 11,7 % auf 9.769 T€. Dieser Überschuss stammte zum größten Teil aus dem Risikoergebnis. Auch das Kostenergebnis trug zum Überschuss bei. Bedingt durch einen starken Anstieg der Abschreibungen sowie eines weiterhin hohen Aufwands zur Dotierung der Zinszusatzreserve war das Ergebnis aus Kapitalanlagen im Berichtsjahr negativ. Aus dem Überschuss wurden für künftige Überschussbeteiligung 5.173 T€ (Vorjahr 7.452 T€) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Darüber hinaus wurden den Versicherungsnehmern Überschussanteile in Höhe von 3.096 T€ (Vorjahr 2.107 T€) direkt gutgeschrieben. Dabei handelte es sich ausschließlich um Sonderdirektgutschriften in Form von Sofortrabatten, Grund-, Risiko- oder Zusatzüberschussanteilen. Eine Zinsdirektgutschrift wurde nicht gewährt.

Details zur Höhe und Aufteilung der Direktgutschrift von Überschussanteilen sowie Einzelheiten der Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer werden im Anhang dargestellt.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2018 schloss mit einem Jahresüberschuss von 1.500 T€ (Vorjahr 1.500 T€). Nach einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 125 T€ und einer Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 750 T€ ergab sich ein Bilanzgewinn von 875 T€.

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die Risikostrategie der WGV-Lebensversicherung AG findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch.

Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmensteilen und -prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt.

Aufsichtsrat und Vorstand der WGV-Lebensversicherung AG werden regelmäßig über die Risikosituation des Unternehmens informiert.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken eines Lebensversicherungsunternehmens bestehen insbesondere aus den biometrischen Risiken, dem Stornorisiko und dem Zinsgarantierisiko.

Die versicherungstechnischen Risiken sind durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei nur an Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken beschreiben die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen der Tarife – etwa die Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten – im Laufe der Zeit signifikant verändern. Bei der WGV-Lebensversicherung AG wird der Verlauf des Risikos ständig beobachtet. Dies gilt auch im Hinblick auf die im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 geltenden Unisex-Tarife. Änderungen der biometrischen Rechnungsgrundlagen werden bei der jährlichen Deklaration der Überschussanteilsätze berücksichtigt. Die zur Berechnung der Deckungsrückstellungen verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) als ausreichend angesehen. Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung zum 31.12.2018 wurden zum Beispiel für den Bestand an Rentenversicherungen die aktuellen Anforderungen der DAV und der BaFin berücksichtigt. Für einzelne Teilbestände wurden Auffüllungen der Deckungsrückstellungen derart vorgenommen, dass aktuellere Ausscheideordnungen Anwendung gefunden haben. Derzeit ergibt sich kein Anlass, die Sicherheit der Rechnungsgrundlagen in Zweifel zu ziehen. Eine detaillierte Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden befindet sich im Anhang des Geschäftsberichts. Das Zufallsrisiko durch hohe Versicherungsleistungen einzelner versicherter Risiken wird durch eine entsprechende Annahmepolitik und durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen begrenzt.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht darin, dass unerwartet viele Versicherungsnehmer ihre Verträge vorzeitig beenden und im Extremfall Kapitalanlagen zu ungünstigen Bedingungen verkauft werden müssen. Bei Kapital- und Rentenversicherungen fließen Stornowahrscheinlichkeiten in die Berechnung der Zinszusatzreserve mit ein. Ansonsten werden bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen keine Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die Deckungsrückstellungen sind mindestens so hoch wie die Rückkaufswerte. In Bezug auf die aktivierten, noch nicht fälligen Ansprüche an Versicherungsnehmer aus gezeilten Tarifen wird dem Stornorisiko durch angemessene Wertberichtigungen begegnet. Schwankungen im Stornoverhalten haben nur geringen Einfluss auf das Geschäftsergebnis.

Zinsgarantierisiko

Die Gefahr, dass aus den vorhandenen Kapitalanlagen aufgrund extremer Kapitalmarktentwicklungen die garantierte Mindestverzinsung für die Versicherungsnehmer nicht dauerhaft erwirtschaftet werden kann,

stellt das Zinsgarantierisiko dar. Die Kapitalanlagen bestehen zum ganz überwiegenden Teil aus Papieren mit Zinscharakter. Die Verzinsung des Bestandes an Zinstiteln liegt derzeit um ca. einen Prozentpunkt über dem durchschnittlichen bilanziellen Rechnungszins des Bestandes. Angesichts des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus wird die Marktentwicklung aufmerksam beobachtet. Muss die Neuanlage künftig dauerhaft in einem Niedrigzinsumfeld erfolgen, erhöht sich das Garantierisiko erheblich. Für Bestände mit einem Garantiezins von 2,25 %, 2,75 %, 3,25 %, 3,5 % und 4 % wurde im Geschäftsjahr 2018 eine Zinszusatzreserve gestellt. Die Verpflichtung dazu ergibt sich aus § 341 f. Abs. 2 HGB i.V.m. § 5 Abs. 3 der Deckungsrückstellungsverordnung bzw. aus einem genehmigten Geschäftsplan. Die Zinszusatzreserve ist Teil der Deckungsrückstellung. Der Berechnung der Zinszusatzreserve lag bei Verträgen, die ab dem 01.01.1995 abgeschlossen wurden, ein Referenzzins von 2,09 % zugrunde. Bei Verträgen, die vor diesem Termin abgeschlossen wurden, richtete sich der Zinssatz nach dem Geschäftsplan. Im Geschäftsjahr 2018 betrug der Aufwand für die Zinszusatzreserve 5.098 T€ oder 1,16 % der gesamten Deckungsrückstellung. Im Berichtsjahr wurde die sogenannte Korridormethode zur Bestimmung des Referenzzinses in der Deckungsrückstellungsverordnung verankert. Nach dem bisherigen Verfahren belief sich der Referenzzins auf 1,88 %. Die Korridormethode führte somit zu einer Minderung des Aufwands für die Zinszusatzreserve in Höhe von 9.991 T€. Für das Folgejahr wird durch die Wirkung der Korridormethode ein weiterer Rückgang des Aufwands erwartet. Der Rechnungszins in Höhe von 0,9 % für das Neugeschäft seit dem 01.01.2017 wirkt mittel- bis langfristig risikomindernd.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Bericht-

erstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlageausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagebestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum 31.12.2018 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schulscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse – 20 %	–933 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg + 1 %	–5.591 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang – 1 %	6.051 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Darlehen waren 70,6 % enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse bestand, die von öffentlichen Haushalten begeben wurden oder eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelte es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schulscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 96,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 71,9 %. Es unterlagen davon 46,9 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 45,1 % mit einer besonderen Deckungsmasse unterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 3,8 %. Der Anteil an Staatsanleihen in den EUWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) lag bei 1,1 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen

mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsfortführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Nach § 312 AktG wurde ein Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und darin abschließend erklärt:

„Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen im Interesse oder auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens oder der mit ihm verbundenen Unternehmen sind nicht getroffen und auch nicht unterlassen worden.“

Nichtfinanzielle Erklärung

Die WGV-Lebensversicherung AG ist gem. § 289b Abs. 2 HGB von der Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung gem. § 289 b bis e HGB befreit. Die nichtfinanzielle Erklärung findet sich im Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem unveränderten Niveau des Neugeschäfts ausgegangen. Mit 2.049 (Vorjahr 2.944) eingelösten Versicherungsscheinen und einer Versicherungssumme von 207.256 T€ (Vorjahr 262.256 T€) lag das Neugeschäft etwas unter den Erwartungen. Insgesamt hat sich der Bestand an Hauptversicherungen um 590 auf 55.841 Verträge verringert. Der erwartete Rückgang des Jahresüberschusses auf 750 T€ konnte vermieden werden. Der Jahresüberschuss lag wie im Vorjahr bei 1.500 T€.

Mit dem – in der Fachpresse regelmäßig bestätigten – hervorragenden Preis-/Leistungsverhältnis unserer Produkte sehen wir mittelfristig gute Chancen für weiteres Wachstum. Aufgrund der andauernden Diskussion über die Rentabilität von Lebens- und Rentenversicherungen und wegen dem niedrigen Zinsniveau besteht bei den Verbrauchern eine geringe Neigung zum Abschluss von Versicherungen mit einer langfristigen Verpflichtung zur Beitragszahlung. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt unseres Geschäfts bei Produkten zur Risikoabsicherung bei Tod oder bei Berufsunfähigkeit. Wir erwarten für das Jahr 2019 ein Neugeschäft auf dem Niveau des Vorjahres. Der Jahresüberschuss wird voraussichtlich konstant bleiben.

Die Zinserhöhungen der US-Amerikanischen Notenbank und das Ende der Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank bedeuten das Ausbleiben der seit 2009 fast ununterbrochenen Liquiditätszuflüsse in die Märkte, was mittelfristig zu einem Ende der Phase extrem niedriger Zinsen führen sollte. Dementgegen stehen für 2019 wieder deutlich verstärkte konjunkturelle Risiken, die durch politische Risiken wie sich anbahnende Handelskriege oder einen möglichen ungeordneten Brexit noch verstärkt werden können. In Summe wird für das Jahr 2019 weiterhin mit sehr volatilen Märkten ohne eindeutige Trends, jedoch mit leicht ansteigenden Renditen und moderat positiven Aktienmärkten gerechnet. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt aber weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional als auch über Sektoren und Einzelemittenten breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über diversifizierte Fonds durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in erneuerbare Energien/Infrastruktur und Immobilien sind zur Renditesteigerung weiterhin geplant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein moderater Ausbau der Immobilienquote ist über Fonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei

limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Nach einem im Wesentlichen durch gefallene Aktienmärkte und sich ausweitende Spreads schwächeren Kapitalanlageergebnis im Jahr 2018 ist im Jahr 2019 mit einem wieder höheren Ergebnis aus dem Geschäft mit Kapitalanlagen zu rechnen.

Stuttgart, 18. März 2019

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bewegung des Bestandes an Lebensversicherungen

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2018

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Einmalbeitrag in T€	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in T€
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	56.431	40.907	0	4.370.507
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) Eingelöste Versicherungsscheine	2.049	1.392	1.214	207.256
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos.2)	0	563	288	23.156
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	0	0	0	2.295
3. Übriger Zugang	0	0	0	0
4. Gesamter Zugang	2.049	1.955	1.502	232.707
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	113	69	0	3.307
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	2.134	1.842	0	146.725
3. Rücklauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	310	493	0	26.590
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	82	38	0	11.654
5. Übriger Abgang	0	0	0	0
6. Gesamter Abgang	2.639	2.442	0	188.276
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	55.841	40.420	0	4.414.938

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen) im Geschäftsjahr 2018

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in T€
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	56.431	4.370.507
davon beitragsfrei	3.709	77.052
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	55.841	4.414.938
davon beitragsfrei	3.887	80.509

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in T€
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	8.880	1.007.254
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	8.725	1.016.221

Einzelversicherungen							
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€
14.848	12.419	31.287	17.398	10.082	10.874	214	216
471	210	1.387	1.010	191	172	0	0
0	193	0	127	0	240	0	3
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
471	403	1.387	1.137	191	412	0	3
66	31	21	18	26	20	0	0
643	739	1.299	655	176	429	16	19
128	111	90	199	90	183	2	0
0	2	82	36	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
837	883	1.492	908	292	632	18	19
14.482	11.939	31.182	17.627	9.981	10.654	196	200

Einzelversicherungen							
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- u. Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente in T€	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€
14.848	406.823	31.287	3.690.350	10.082	268.053	214	5.281
600	9.773	885	15.310	2.210	51.828	14	141
14.482	391.056	31.182	3.752.366	9.981	266.523	196	4.993
610	9.964	933	16.900	2.333	53.550	11	95

Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€
1.211	89.752	7.669	917.502
1.133	88.613	7.592	927.608

Passiva

	€	2018 €	€	2017 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		3.067.751,29		3.067.751,29
II. Kapitalrücklage		728.712,73		728.712,73
III. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen		15.105.791,40		13.605.791,40
IV. Bilanzgewinn		875.000,00		875.000,00
			19.777.255,42	18.277.255,42
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	10.342.314,35			10.484.879,03
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.620.855,00			1.577.259,00
		8.721.459,35		8.907.620,03
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	485.004.431,13			471.521.743,13
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	517.236,00			567.866,00
		484.487.195,13		470.953.877,13
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	2.091.755,03			2.064.564,64
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	487.715,00			143.016,00
		1.604.040,03		1.921.548,64
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	35.311.485,43			38.552.130,43
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		35.311.485,43		38.552.130,43
			530.124.179,94	520.335.176,23
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung Bruttobetrag			3.013.106,35	3.378.281,52
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		777.027,00		719.457,00
II. Steuerrückstellungen		1.048.805,02		1.458.420,71
III. Sonstige Rückstellungen		102.054,86		78.000,00
			1.927.886,88	2.255.877,71
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			517.236,00	567.866,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	9.378.148,36			9.604.590,05
2. Versicherungsvermittlern	22.668,87			27.988,03
		9.400.817,23		9.632.578,08
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		3.003.654,43		2.837.666,39
III. Sonstige Verbindlichkeiten		262.735,03		89.883,34
			12.667.206,69	12.560.127,81
G. Rechnungsabgrenzungsposten			61.057,06	63.777,19
			568.087.928,34	557.438.361,88

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. und C. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 12.01.2018 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Stuttgart, 18. März 2019

Lieder
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2018

	€	2018 €	€	2017 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	42.388.174,92			43.212.574,31
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-2.481.217,13			-2.414.845,80
		39.906.957,79		40.797.728,51
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	142.564,68			33.626,55
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	43.596,00			37.982,00
		186.160,68		71.608,55
			40.093.118,47	40.869.337,06
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			528.586,79	398.083,73
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		231.578,93		63.152,27
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		18.990.434,54		18.954.783,21
c) Erträge aus Zuschreibungen		18.281,86		85.694,09
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		534.274,15		3.239.601,97
			19.774.569,48	22.343.231,54
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			97.680,17	224.773,02
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			6.813,73	5.614,40
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-31.635.348,22			-28.035.211,01
bb) Anteil der Rückversicherer	683.582,54			547.763,58
		-30.951.765,68		-27.487.447,43
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-27.190,39			-220.446,25
bb) Anteil der Rückversicherer	344.699,00			-34.213,00
		317.508,61		-254.659,25
			-30.634.257,07	-27.742.106,68
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
Deckungsrückstellung				
a) Bruttobetrag		-13.117.512,83		-22.535.849,63
b) Anteil der Rückversicherer		-50.630,00		-32.147,00
			-13.168.142,83	-22.567.996,63
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			-5.173.296,15	-7.451.698,87
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlusssaufwendungen	-1.581.526,00			-1.422.168,42
b) Verwaltungsaufwendungen	-724.183,02			-652.962,81
		-2.305.709,02		-2.075.131,23
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		498.791,60		681.177,93
			-1.806.917,42	-1.393.953,30
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-216.638,92		-229.758,90
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-2.663.622,34		-273.291,98
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-188.618,69		-2.372,21
			-3.068.879,95	-505.423,09
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-303.174,54	-127.411,16
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-3.427.599,50	-2.412.454,46
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (= Übertrag)			2.918.501,18	1.639.995,56

	€	2018 €	€	2017 €
Übertrag			2.918.501,18	1.639.995,56
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		206.895,74		20.372,18
2. Sonstige Aufwendungen		-585.614,24		-344.792,63
			-378.718,50	-324.420,45
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.539.782,68	1.315.575,11
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-1.039.782,68	184.424,89
5. Jahresüberschuss			1.500.000,00	1.500.000,00
6. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			125.000,00	125.000,00
7. Einstellung in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			-750.000,00	-750.000,00
8. Bilanzgewinn			875.000,00	875.000,00

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Zeronamensschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen Namensgenussscheine sind zu den Nennwerten ange-

setzt. Agio- und Disagiobeträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen sind mit dem Zeitwert angesetzt.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert, soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Für die Ermittlung der Zeitwerte der wesentlichen Beteiligungen wird der Net Asset Value herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ und „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Die Bruttobeitragsüberträge werden für jeden Versicherungsvertrag nach individuellem Vertragsbeginn einzeln ermittelt und unter Beachtung des BMF-Erlasses vom 30.04.1974 zeitlich abgegrenzt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit implizierter Berücksichtigung der künftigen Kosten, sofern es sich nicht um Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen handelt. Insbesondere werden für beitragsfreie Versicherungsjahre ausreichende Verwaltungskosten reserviert. Die Deckungsrückstellung der Bonusversicherungssummen und der Bonusrenten wird nach denselben Grundlagen berechnet wie die Deckungsrückstellung der zugehörigen Versicherung.

Für den Altbestand im Sinne von § 336 VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/ EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden. Im Neubestand liegt den bis 30.06.2000 abgeschlossenen Risikoversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen zugrunde. Ab 01.07.2000 werden bei den Risikoversicherungen Raucher und Nichtraucher gesondert behandelt, wobei die verwendeten Rechnungsgrundlagen auf der DAV-Sterbetafel 1994 T basieren. Den ab November 2008 eingeführten Risikoversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T für Raucher und Nichtraucher zugrunde. Für die ab Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen werden die unternehmenseigenen Sterbetafeln WGV 2016 T verwendet.

Für die bis 31.12.2012 abgeschlossenen kapitalbildenden Lebensversicherungen im Neubestand ist die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen maßgeblich. Den ab 01.01.2013 eingeführten kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T zugrunde.

Bei den Rentenversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2004 kommt die Sterbetafel DAV 1994 R für Männer bzw. Frauen mit geschlechtsabhängigen, nach Geburtsjahrgangsgruppen gestaffelten Altersverschiebungen zum Tragen. Im Jahr 2018 hat die Deutsche Aktuarvereinigung e.V. ihre Einschätzung zur Sterblichkeitsentwicklung bei Rentenversicherungen aktualisiert. Aus diesem Grund wurden die Deckungsrückstellungen der bis 31.12.2004 abgeschlossenen Rentenversicherungen angepasst. Die Deckungsrückstellung wurde ermittelt, als das im Verhältnis sechs zu vierzehn gewichtete Mittel aus der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand berechneten Deckungsrückstellung und der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-B20 berechneten Deckungsrückstellung. Bei der Ermittlung des Anpassungsbedarfs von Rentenversicherungen in der Aufschubzeit wurden aus dem Bestand abgeleitete Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Die Anforderungen für die Neubewertung der Deckungsrückstellung gemäß der Veröffentlichung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (VerBaFin 01/2005) wurden berücksichtigt. Den Rentenversicherungen des Neubestandes ab 01.01.2005 liegt die Sterbetafel DAV 2004 R für Männer und Frauen zugrunde.

Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 30.06.2000 liegen dieselben Ausscheidungsordnungen wie beim Altbestand zugrunde (vgl. VerBAV 1986 S. 200 f. bzw. VerBAV 1990 S. 301 ff.). Um den geänderten Eintrittswahrscheinlichkeiten bei Berufsunfähigkeitsversicherungen Rechnung zu tragen, wurden bei den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Alt- und Neubestandes Kontrollrechnungen für eine Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt. Maßgebliche Rechnungsgrundlagen für das Berufsunfähigkeitsrisiko waren die Tafeln DAV 1997 I, DAV 1997 TI und DAV 1997 RI (jeweils getrennt für Männer und Frauen, vgl. VerBAV 1998 S. 117 ff.). Die Sterbewahrscheinlichkeiten für Aktive entsprachen der Sterbetafel DAV 1994 T für Männer bzw. Frauen. Im Alt- und Neubestand wurde der für die Tarifikalkulation maßgebliche Rechnungszins angesetzt. Die Kontrollrechnung ergab keinen Anpassungsbedarf für die Deckungsrückstellung. Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes ab 01.07.2000 liegen dieselben Tafeln zugrunde, die auch für die Kontrollrechnung verwendet werden, wobei ab 01.07.2002 eine Differenzierung nach vier Berufsgruppen und ab 01.01.2013 eine Differenzierung nach acht Berufsgruppen abgeleitet wurde.

Im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 gelten Unisex-Tarife. Für die biometrischen Rechnungsgrundlagen wird ein unternehmensindividueller Geschlechtermix angesetzt. Aus diesem Grund wird für jede Tarifart eine Kontrollrechnung gemäß Abschnitt 6 des DAV Fachgrundsatzes „Unisex-Reservierung in der Lebensversicherung vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils“ vom 06. März 2013 durchgeführt. Zum 31.12.2018 ergibt sich für die kapitalbildenden Lebensversicherungen wie im Vorjahr ein geringfügiger Anpassungsbedarf. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die zugrundeliegenden Abweichungen zwischen tatsächlichem und kalkulatorischem Geschlechtermix vorübergehender Natur sind.

Gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) sind Versicherungsunternehmen verpflichtet, die Deckungsrückstellung für die Versicherungsverträge zu stärken, bei denen der Rechnungszins den nach § 5 Abs. 3 der DeckRV ermittelten Referenzzins übersteigt. Der Referenzzins zum 31.12.2018 betrug 2,09 %. Von der Zinsnachreservierung waren sämtliche Renten-, Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2011 betroffen, da diesen ein Rechnungszins zugrunde liegt, der den Referenzzins übersteigt. Für den Bestand bis 30.06.2000 beträgt der Rechnungszins 4,0 %, vom 01.07.2000 bis 31.12.2003 liegt er bei 3,25 %, vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 bei 2,75 %, vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 bei 2,25 %. Der Nachreservierungsbedarf (Zinszusatzreserve) wurde konform zur DeckRV einzelvertraglich für die betroffenen Bestände ermittelt. Im Berichtsjahr wurden dabei bei Kapitalversicherungen und Rentenversicherungen in der Aufschubzeit Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Bei Kapitalversicherungen kamen zudem die Sterbetafeln DAV 2008 T für Männer und Frauen zur Anwendung. Als Zinszusatzreserve wurde die Differenz aus der mit dem Referenzzins berechneten Deckungsrückstellung und der mit dem Rechnungszins berechneten

ten Deckungsrückstellung angesetzt. Zudem wurde einzelvertraglich eine Maximierung mit der unter Verwendung der zum 31.12.2016 gültigen Rechnungsgrundlagen berechneten Zinszusatzreserve vorgenommen. Auch im Altbestand wurde für Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen mit einem Rechnungszins von 3,5 % eine zinsinduzierte Verstärkung der Deckungsrückstellung notwendig. Die Berechnung wurde analog zum Neubestand vorgenommen. Einzelheiten dazu sind in einem Geschäftsplan für die Zinsverstärkung im Altbestand geregelt. Für Rentenbestände, bei denen bereits eine biometrische Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt wurde, wurden bei der Berechnung der Zinszusatzreserve die gleichen mit einem Sicherheitsabschlag versehenen Wahrscheinlichkeiten angesetzt, die auch bei der Berechnung der biometrischen Nachreservierung verwendet wurden. Für das Jahr 2018 beläuft sich der Aufwand für die Zinszusatzreserve auf 5.098 T€. Die Zinsverstärkung des Altbestands hat sich dabei um 84 TEUR reduziert, was im Wesentlichen auf Abläufe von Kapitalversicherungen des Altbestands zurückzuführen ist.

Dem Bestand vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 liegt ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde, dem Bestand vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 ein Rechnungszins von 2,25 %, dem Bestand vom 01.01.2012 bis 31.12.2014 ein Rechnungszins von 1,75 %, dem Bestand vom 01.01.2015 bis 31.12.2016 ein Rechnungszins von 1,25 % und dem Bestand ab 01.01.2017 ein Rechnungszins von 0,9 %. Die zum Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen sind bereits mit einem Rechnungszins von 0,9 % kalkuliert.

Bei Renten- und kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt der Zillmersatz bei 9 ‰ bis 15 ‰ der Beitragssumme. Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen werden mit 20 ‰ bis 40 ‰ der Beitragssumme gezillmert. Von der gesamten Deckungsrückstellung entfallen 11,0 % auf den Altbestand und 89,0 % auf den Neubestand.

Die durch die Zillmerung bedingten negativen Deckungskapitalien als Unterschiedsbetrag zwischen den geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellungen und den uneingeschränkt gezillmerten Deckungsrückstellungen sind beim Altbestand bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer unter noch nicht fälligen Ansprüchen aktiviert. Für den Neubestand werden negative Deckungskapitalien aktiviert, die aus Zillmerung herrühren, sofern sie die geleisteten einmaligen Abschlusskosten nicht übersteigen. Bei den ab dem 01.01.2008 neu abgeschlossenen Versicherungen des Neubestands, mit durch das VVG bedingten Mindestrückkaufswerten, wird zusätzlich die Auffüllung auf den Mindestrückkaufswert aktiviert. Die Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung wurden vertragsgemäß abgesetzt.

Bei der fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung wird die Deckungsrückstellung retrospektiv ohne Zillmerung ermittelt. Sie wird in Anteileneinheiten geführt und entspricht dem Posten „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice“ auf der Aktivseite.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde einzelvertraglich berechnet. Für mögliche, bei Bilanzierung noch nicht bekannte Versicherungsfälle wurde eine pauschale Rückstellung in angemessener Höhe gebildet. Mögliche Forderungen aus dem Urteil des BGH vom 07. Mai 2014 zum Policenmodell wurden bei der Berechnung der Rückstellung angemessen berücksichtigt.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist ausschließlich erfolgsabhängig.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach der Projected Unit Credit (PUC) Methode berechnet. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2018 G, der Rechnungszinssatz betrug 3,20 %, der Gehaltstrend lag bei 2,50 % p.a., der Rententrend bei 2,00 % bzw. 2,25 % p.a. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen sind unter der Position „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen.

Steuerrückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bemessen.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Depotverbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben – soweit nicht anders angegeben – eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten

Aktivposten	Bilanzwerte 2017 €	Zugänge €
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	4.741.332,49	5.408.124,10
A.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	141.000.591,68	10.164.431,55
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69.739.046,20	2.056.965,15
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	277.659.225,56	24.416.758,64
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	45.321.255,79	0,00
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	337.170,51	78.923,00
d) Übrige Ausleihungen	2.030.040,63	32.516,66
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0,00	1.699.985,00
4. Summe A.II.	536.087.330,37	38.449.580,00
Insgesamt	540.828.662,86	43.857.704,10

Abschreibungen

	€
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	2.663.622,34

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	14.091,81	1.304.736,13
A.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	50.860,68	4.125.556,63
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	957.598,64	14.120.174,00
3. Sonstige Ausleihungen		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	105.884,27	7.000.000,00

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäftsjahres €	Tägliche Rückga- be mög- lich	Unterlas- sene Ab- schrei- bungen
Immobilienfonds (Europa)	7.967.958,02	8.038.761,28	70.803,26	1.173.511,76	Nein	Nein
Dachfonds (international gemischt)	442.090,60	442.090,60	0,00	3.283,06	Ja	Nein
Mischfonds (Europa)	53.752.496,00	53.752.496,00	0,00	847.503,22	Ja	Nein

Abgänge €	Abschreibungen €	Zuschreibungen €	Bilanzwerte 2018 €	Agio/Disagio 2018 €	Zeitwerte 2018 €	Saldo 2018 €
493.947,72	0,00	0,00	9.655.508,87	0,00	9.960.219,25	304.710,38
7.351.028,79	2.649.147,34	18.281,86	141.183.128,96	0,00	166.117.097,51	24.933.968,55
4.952.770,00	14.475,00	0,00	66.828.766,35	0,00	71.928.553,64	5.099.787,29
8.000.000,00	0,00	0,00	294.075.984,20	462.109,72	308.171.713,50	14.095.729,30
4.531.853,82	0,00	0,00	40.789.401,97	0,00	43.545.787,32	2.756.385,35
74.968,98	0,00	0,00	341.124,53	0,00	341.124,53	0,00
1.500.000,00	0,00	0,00	562.557,29	0,00	562.557,29	0,00
0,00	0,00	0,00	1.699.985,00	0,00	1.699.985,00	0,00
26.410.621,59	2.663.622,34	18.281,86	545.480.948,30	462.109,72	592.366.818,79	46.885.870,49
26.904.569,31	2.663.622,34	18.281,86	555.136.457,17	462.109,72	602.327.038,04	47.190.580,87

Überschussbeteiligung

	Anschaffungs- kosten einschl. Agien/Disagien 2018 €	Zeitwert 2018 €	Saldo 2018 €
In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen	554.674.347,45	602.327.038,04	47.652.690,59 €

B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

	Bilanzwerte 2018		Bilanzwerte 2017	
	Stück	€	Stück	€
Fondsanteile	54.211,76	3.013.113,29	56.878,67	3.378.281,47

Zusammensetzung	Tageswert 31.12.2018 €	Anteileinheiten	Wert je Anteileinheiten
LBBW-Fonds Portfolio Kontinuität	563.605,36	9.259,16	60,87
LBBW-Fonds Portfolio Rendite	1.536.779,60	27.550,73	55,78
LBBW-Fonds Portfolio Wachstum	912.728,33	17.401,87	52,45
Insgesamt	3.013.113,29	54.211,76	

E.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	504.721,86	547.485,11

Passiva

A. Eigenkapital

	01.01.2018	Einstellungen aus dem Bilanzgewinn 2017	Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2018	31.12.2018
	€	€	€	€
A. I. Gezeichnetes Kapital	3.067.751,29	0,00	0,00	3.067.751,29
A. II. Kapitalrücklage	728.712,73	0,00	0,00	728.712,73
A. III. Gewinnrücklagen	13.605.791,40	750.000,00	750.000,00	15.105.791,40

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 600 auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien. Das gezeichnete Kapital wird zu 100 % von der WGV Holding AG, Ravensburg gehalten.

B. IV. Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Entwicklung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	€
Stand 01.01.2018	38.552.130,43
Entnahme für Überschussanteile	8.413.941,15
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	5.173.296,15
Stand 31.12.2018	35.311.485,43

Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2018 €	2017 €
a) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	6.819.967,04	6.678.439,77
b) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	816.036,36	637.987,90
c) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	0,00	0,00
d) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	25.389,49	35.639,48
e) Schlussüberschussanteilfonds, ausschließlich für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen, ohne Buchstabe b	7.948.601,22	7.947.188,06
f) Ungebundener Teil, ohne Buchstaben a bis e	19.701.491,32	23.252.875,22
Insgesamt	35.311.485,43	38.552.130,43

Im Altbestand wird der Schlussüberschussanteilfonds nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet. Dabei ergibt sich für jede Versicherung mindestens der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussüberschussanteils, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer entspricht, abgezinst mit 2,0 %. Die Berechnung im Neubestand erfolgt analog mit einem Diskontierungszinssatz in Höhe von 2,0 %. In den Diskontierungszinssätzen sind Zuschläge für Sorno und Sterblichkeit enthalten.

C.III. Andere Rückstellungen, Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	2018 €	2017 €
Zur Ausschüttung gesperrter Differenzbetrag aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre.	104.338,00	93.352,00

D.III. Andere Rückstellungen, Sonstige

	2018 €	2017 €
Aufwendungen für den Jahresabschluss	50.900,00	34.900,00
Verwaltungskosten	51.154,86	43.100,00
Urlaubsverpflichtungen und übrige	0,00	0,00
Insgesamt	102.054,86	78.000,00

F. Andere Verbindlichkeiten

I.1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

	2018 €	2017 €
Mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr	666.341,47	617.083,10
Mit Restlaufzeit von einem Jahr bis fünf Jahre	1.718.204,67	1.857.161,16
Mit Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	6.846.919,57	6.931.872,50
Insgesamt	9.231.465,71	9.406.116,76

III. Sonstige Verbindlichkeiten

	2018 €	2017 €
Gegenüber verbundenen Unternehmen	182.424,53	85.778,04
Aus Steuern	80.310,50	3.830,30

G. Rechnungsabgrenzungsposten

	2018 €	2017 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	42.612,14	46.952,07
Sonstiges	18.444,92	16.825,12
Insgesamt	61.057,06	63.777,19

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2018 €	2017 €
Beiträge aus Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung	42.388.174,92	43.212.574,31
Laufende Beiträge	40.885.994,36	41.176.037,38
Einmalbeiträge	1.502.180,56	2.036.536,93
Verträge bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	207.941,73	232.873,53

7.a) Veränderung der Brutto-Deckungsrückstellung

	2018 €	2017 €
Direktgutschrift von Überschussanteilen, die zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) verwendet wurden	127.473,22	134.700,71
Insgesamt	13.117.512,83	22.535.849,63

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2018 €	2017 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	233.253,98	236.607,49
2. Löhne und Gehälter	0,00	0,00
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0,00	0,00
4. Aufwendungen für Altersversorgung	17.184,85	13.413,93
Aufwendungen insgesamt	250.438,83	250.021,42

8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

	2018 €	2017 €
Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	5.173.296,15	7.451.698,87

12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

	2018 €	2017 €
Direktgutschrift von Überschussanteilen der Versicherungsnehmer	2.968.705,66	1.972.170,05
Sonstiges	458.893,84	440.284,41
Insgesamt	3.427.599,50	2.412.454,46

Rückversicherungssaldo

	2018 €	2017 €
Rückversicherungssaldo einschließlich der Veränderung des Anteils der Rückversicherer an der Brutto-Deckungsrückstellung	961.177,99	1.214.282,29

Gesamtbetrag der Direktgutschrift

	2018 €	2017 €
Insgesamt	3.096.178,88	2.106.870,76

Rechnungsmäßige Zinsen

	2018 €	2017 €
Gutschrift rechnungsmäßiger Zinsen insgesamt	19.399.167,22	25.095.678,93

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

2. Sonstige Aufwendungen

	2018 €	2017 €
Aufzinsung der Pensionsrückstellungen	74.916,00	57.783,00

Weitere Angaben

Personalbericht

Die WGV-Lebensversicherung AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Mitarbeiter und Vermittler der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. sind teilweise auch für die WGV-Lebensversicherung AG tätig.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Abschnitt Organe namentlich aufgeführt.

	2018 €
Bezüge des Aufsichtsrats	45.136,45
Bezüge des Vorstands	0,00
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	33.633,12
Rückstellungen für Altersversorgung ehemaliger Vorstandsmitglieder	777.027,00

Firma, Sitz und Registergericht

WGV-Lebensversicherung AG
Sitz der Gesellschaft: Stuttgart
Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 14164

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Die WGV-Lebensversicherung AG ist Teil der wgv Gruppe, deren Obergesellschaft die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart ist. Der Abschluss der WGV-Lebensversicherung AG wird in den Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. einbezogen.

Die WGV-Lebensversicherung AG hat von der Erleichterungsvorschrift zur Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers im Konzernabschluss gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht.

Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die WGV-Lebensversicherung AG ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge. Diese betragen über die Summe aller dem Sicherungsfonds angeschlossenen Unternehmen maximal 0,2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 % der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Darüber hinaus kann der Sicherungsfonds im Sanierungsfall Sonderbeiträge bis zur Höhe von höchstens weiteren 1 % der gleichen Bemessungsgrundlage erheben.

Für die WGV-Lebensversicherung AG belaufen sich die zukünftigen Verpflichtungen aus den jährlichen Beiträgen auf 0 T€, die Verpflichtung für die Sonderbeiträge auf 569 T€.

Zusätzlich hat sich die WGV-Lebensversicherung AG verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung betrug 1,0 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds betrug die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 5.123 T€.

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 16.963 T€.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten.

Vorschlag für die Gewinnverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 875.000,00 € wie folgt zu verwenden:

	€
1. Vortrag auf neue Rechnung	125.000,00
2. Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	750.000,00
Bilanzgewinn	875.000,00

Überschussbeteiligung

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Die Sicherung der dauernden Erfüllung der Verträge mit garantierten Leistungen machen vorsichtige Annahmen bezüglich der versicherten Risiken und der Zinserwartung notwendig.

Die WGV-Lebensversicherung AG beteiligt ihre Versicherungsnehmer sofort an hieraus entstehenden Überschüssen und an den Bewertungsreserven.

Die im Folgenden dargestellten Überschussanteilsätze gelten für die derzeit für den Verkauf offenen Tarife. Die vollständige Anhangsangabe der Überschussanteilsätze inklusive der nicht mehr für den Verkauf offenen Tarife findet sich im Internet unter <http://www.wgv.de/ueberschussbeteiligung>.

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Höhe der Bewertungsreserven wird monatlich neu ermittelt; im Jahr 2019 jeweils zum ersten Bankarbeitstag eines Monats. Die Bewertungsreserven, die nach gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Beteiligung der Verträge zu berücksichtigen sind, werden den Verträgen nach einem verursachungsorientierten Verfahren anteilig rechnerisch zugeordnet. Bewertungsreserven aus festverzinslichen Kapitalanlagen werden nur berücksichtigt, wenn ein Sicherungsbedarf überschritten wird, dessen Ermittlung auf gesetzlichen Vorgaben beruht. Der Sicherungsbedarf entspricht dem Betrag, der im jeweiligen Zinsumfeld erforderlich ist, um die zugesagten Leistungen und Garantien langfristig erfüllen zu können.

Bei Beendigung eines Vertrages, spätestens jedoch mit Ablauf der Aufschubzeit, wird der diesem Vertrag für diesen Zeitpunkt aktuell zugeordnete Anteil an den Bewertungsreserven gemäß der jeweils geltenden gesetzlichen Regelung zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistungen verwendet oder ausbezahlt. Derzeit sieht § 153 Absatz 3 VVG eine Beteiligung in Höhe der Hälfte der zugeordneten Bewertungsreserven vor. Aufsichtsrechtliche Regelungen können dazu führen, dass die Beteiligung an den Bewertungsreserven ganz oder teilweise entfällt. Der einem einzelnen Vertrag zugeordnete Betrag der Bewertungsreserven wird mithilfe einer Maßzahl, die die Entwicklung des Deckungskapitals des Vertrages und eines eventuell vorhandenen Ansammlungsguthabens bis zum Zuteilungszeitpunkt berücksichtigt, ermittelt. Dabei ergibt sich der Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven aus dem Verhältnis der Maßzahl des einzelnen Vertrages zur Summe der Maßzahlen aller anspruchsberechtigten Verträge. Der Anteil jedes einzelnen anspruchsberechtigten Vertrages an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven wird monatlich ermittelt. Jährlich zum Bilanzstichtag wird festgestellt, welcher Anteil verteilungsfähig ist. Dieser Anteil wird vom 01.06. des Folgejahres bis zum 31.05. des darauf folgenden Jahres verwendet.

Auch Rentenversicherungen in der Rentenbezugszeit werden an den Bewertungsreserven beteiligt. Die Betei-

ligung erfolgt – abweichend vom oben beschriebenen Verfahren – über angemessen erhöhte jährliche Überschussanteile.

Bewertungsreserven verändern sich regelmäßig durch die Entwicklung an den Kapitalmärkten. Zum Bilanztermin 31.12.2018 bestanden positive Bewertungsreserven.

Ein Teil der Schlussüberschussanteile (s. u.) kann bei kapitalbildenden Versicherungen und Rentenversicherungen als Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven nach § 153 VVG ausgestaltet werden, d. h. dieser Teil kann mit der Beteiligung an den Bewertungsreserven verrechnet werden.

Für die vor 1995 eingeführten Tarife richtet sich die Überschussbeteiligung nach dem genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung.

Für die zum 01.01.1995 und später eingeführten Tarife ist die Überschussbeteiligung wie folgt geregelt:

1. Bei kapitalbildenden Versicherungen (ohne Sterbegeldversicherungen):

Es werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die **jährlichen Überschussanteile** werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie setzen sich aus Zins-, Risiko- und Zusatzüberschussanteilen zusammen. Bezugsgrößen hierfür sind die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung, der maßgebliche Beitrag für das Todesfallrisiko, der Bruttojahresbeitrag und/oder die Versicherungssumme. Die maßgebliche Deckungsrückstellung ist das mit dem Rechnungszins um ein halbes Jahr abgezinste arithmetische Mittel des gezillmerten Deckungskapitals zu Beginn und am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen, die vor dem 01.01.2008 eingeführt wurden, ist die maßgebliche Deckungsrückstellung das mit dem Rechnungszins um ein Jahr abgezinste gezillmerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen besteht der jährliche Überschussanteil nur aus dem Zinsüberschussanteil.

Die jährlichen Überschussanteile werden zur Summen-erhöhung (Bonus) verwendet oder verzinslich angesammelt. Der Bonus selbst ist ebenfalls am Überschuss beteiligt.

Bei planmäßigem Ablauf der Versicherung können zusätzlich zu den jährlichen Überschussanteilen **Schlussüberschussanteile** für jedes vollendete Versicherungsjahr hinzukommen. Die Höhe der Schlussüberschussanteile wird in Abhängigkeit von der Ertragslage jährlich für die Leistungsfälle des folgenden Kalenderjahres deklariert, wobei die Schlussüberschussanteilsätze auch für abgelaufene Jahre jeweils neu festgesetzt werden können. Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist die Versicherungssumme der Hauptversicherung (ohne Bonus). Schlussüberschussanteile in verminderter Höhe können fällig werden, wenn die Versicherung durch den Eintritt des vorzeitigen Versicherungsfalles endet oder wenn die Versicherung durch Kündigung endet und bereits mindestens ein Drittel der Versicherungsdauer oder zehn Jahre bestanden hat.

2. Bei Sterbegeldversicherungen:

Es werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die **jährlichen Überschussanteile** werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie setzen sich aus Zins-, Risiko- und Zusatzüberschussanteilen zusammen. Bezugsgrößen hierfür sind die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung, der maßgebliche Beitrag für das Todesfallrisiko, der Bruttojahresbeitrag und/oder die Versicherungssumme. Die maßgebliche Deckungsrückstellung ist das mit dem Rechnungszins um ein halbes Jahr abgezinste arithmetische Mittel des gezillerten Deckungskapitals zu Beginn und am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen, die vor dem 01.01.2008 eingeführt wurden, ist die maßgebliche Deckungsrückstellung das mit dem Rechnungszins um ein Jahr abgezinste gezillerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen besteht der jährliche Überschussanteil nur aus dem Zinsüberschussanteil.

Die jährlichen Überschussanteile werden verzinslich angesammelt. Bei Beendigung der Versicherung – gleich aus welchem Grund – wird das Ansammlungsguthaben ausbezahlt.

Bei Beendigung der Versicherung durch Tod der versicherten Person können zusätzlich zu den jährlichen Überschussanteilen **Schlussüberschussanteile** hinzukommen. Die Höhe der Schlussüberschussanteile wird in Abhängigkeit von der Ertragslage jährlich für die Leistungsfälle des folgenden Kalenderjahres deklariert, wobei die Schlussüberschussanteilsätze auch für abgelaufene Jahre jeweils neu festgesetzt werden können. Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist die Versicherungssumme der Hauptversicherung. Schlussüberschussanteile in verminderter Höhe können fällig werden, wenn die Versicherung durch Kündigung endet und bereits mindestens fünf Jahre bestanden hat.

3. Bei Rentenversicherungen:

In der Aufschubzeit werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die **jährlichen Überschussanteile** werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie setzen sich aus Zins- und Zusatzüberschussanteilen zusammen. Bezugsgrößen hierfür sind die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung, der Bruttojahresbeitrag und/oder die versicherte Jahresrente. Die maßgebliche Deckungsrückstellung ist das mit dem Rechnungszins um ein halbes Jahr abgezinste arithmetische Mittel des gezillerten Deckungskapitals zu Beginn und am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen, die vor dem 01.01.2008 eingeführt wurden, ist die maßgebliche Deckungsrückstellung das mit dem Rechnungszins um ein Jahr abgezinste gezillerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen besteht der jährliche Überschussanteil nur aus dem Zinsüberschussanteil.

Die jährlichen Überschussanteile werden zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) verwendet oder verzinslich angesammelt. Der Bonus selbst ist ebenfalls am Überschuss beteiligt. Bei Rentenbeginn wird das

Ansammlungsguthaben zur Rentenerhöhung verwendet. Bei vorheriger Beendigung der Versicherung – gleich aus welchem Grund – wird das Ansammlungsguthaben ausgezahlt.

Bei planmäßigem Ablauf der Aufschubzeit können zusätzlich zu den jährlichen Überschussanteilen **Schlussüberschussanteile** für jedes vollendete Versicherungsjahr hinzukommen. Die Höhe der Schlussüberschussanteile wird in Abhängigkeit von der Ertragslage jährlich für die Leistungsfälle des folgenden Kalenderjahres deklariert, wobei die Schlussüberschussanteilsätze auch für abgelaufene Jahre jeweils neu festgesetzt werden können. Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist die garantierte Kapitalabfindung der Rentenversicherung bzw. die maßgebliche Deckungsrückstellung zum Ende der Aufschubzeit. Schlussüberschussanteile in verminderter Höhe können fällig werden, wenn die Versicherung durch Tod der versicherten Person endet oder wenn die Versicherung durch Kündigung endet und bereits mindestens ein Drittel der Aufschubzeit oder zehn Jahre bestanden hat. Bei Rentenbeginn werden eventuell fällige Schlussüberschussanteile zur Rentenerhöhung verwendet.

Im Rentenbezug werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die jährlichen Überschussanteile werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie bestehen aus Zinsüberschussanteilen. Bezugsgröße hierfür ist die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung. Die maßgebliche Deckungsrückstellung das gezillerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Die jährlichen Überschussanteile werden zur Rentenerhöhung (Bonusrente) verwendet. Die Bonusrente selbst ist in gleicher Weise am Überschuss beteiligt.

4. Bei Fondsgebundenen Lebensversicherungen:

Die Überschussbeteiligung besteht aus einem Risiko- und Zusatzüberschussanteil. Der Risikoüberschussanteil wird in Prozent des monatlichen Risikobeitrages für das Todesfallrisiko bemessen und vermindert den Risikobeitrag. Bezugsgröße für den Zusatzüberschussanteil sind der Bruttojahresbeitrag und das maßgebliche Fondsguthaben. Das maßgebliche Fondsguthaben ist das Fondsguthaben nach Entnahme von Risikobeitrag und Kosten. Die Zusatzüberschussanteile werden in Anteileneinheiten umgerechnet und erhöhen damit das Fondsguthaben.

5. Bei Fondsgebundenen Rentenversicherungen:

Vor Rentenbeginn besteht die Überschussbeteiligung aus einem Risiko- und einem Zusatzüberschussanteil. Der Risikoüberschussanteil wird in Prozent des monatlichen Risikobeitrages für das Todesfallrisiko bemessen und vermindert den Risikobeitrag. Bezugsgröße für den Zusatzüberschussanteil sind der Bruttojahresbeitrag und das maßgebliche Fondsguthaben. Das maßgebliche Fondsguthaben ist das Fondsguthaben nach Entnahme von Risikobeitrag und Kosten. Die Zusatzüberschussanteile werden in Anteileneinheiten umgerechnet und erhöhen damit das Fondsguthaben.

Im Rentenbezug gelten dieselben Grundsätze wie bei Rentenversicherungen.

6. Bei Risikoversicherungen:

Die Überschussbeteiligung besteht bei beitragspflichtigen Versicherungen aus einem **Sofortrabatt**. Bezugsgröße für den Sofortrabatt ist der jeweils fällige Beitrag.

Beitragsfreie Versicherungen erhalten einen **Todesfallbonus**, der in Prozent der Versicherungssumme bemessen und beim Tode der versicherten Person fällig wird.

7. Bei Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (BUZ):

Vor Eintritt der Berufsunfähigkeit besteht die Überschussbeteiligung aus einem **Sofortrabatt**. Bezugsgröße für den Sofortrabatt ist der jeweils fällige Beitrag.

Bei Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung kann zusätzlich ein **Schlussüberschussanteil**, bezogen auf die maßgebliche Beitragssumme, gewährt werden, sofern keine Leistungspflicht eingetreten war. Nach Eintritt des Versicherungsfalles werden **Zinsüberschussanteile** ge-

währt, die in Prozent der maßgeblichen Deckungsrückstellung bemessen werden. Die Zinsüberschussanteile werden jeweils zum Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Bei der Beitragsbefreiung werden sie verzinslich angesammelt oder zusammen mit den Überschüssen der Hauptversicherung verwendet. Bei der Barrente werden die Zinsüberschussanteile zur Erhöhung der Rente (Bonusrente) verwendet.

Die folgende **Zusammenstellung** enthält:

- die Höhe der Zins-, Risiko- und Zusatzüberschussanteile, die in 2019 zugeteilt werden;
- die Höhe der Schlussüberschussanteile für Leistungsfälle in 2019;
- die Höhe der übrigen Überschussanteile, die in dem in 2019 beginnenden Versicherungsjahr fällig werden.

Die Sätze des Vorjahres sind in Klammern angegeben.

Zum 04.10.2016 und später eingeführte Tarife (Rechnungszins 0,90 %)

Kapitalbildende Versicherungen (ohne Sterbegeldversicherungen) der Tarifgeneration 12

Risikoüberschussanteil	20,0 %	(20,0 %)	des maßgeblichen Beitrages für das Todesfallrisiko
Zusatzüberschussanteil	1,0 %	(1,0 %)	des Bruttojahresbeitrages
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,50 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung
Schlussüberschussanteil	4,8 ‰	(4,8 ‰)	der Versicherungssumme p.a.

Sterbegeldversicherungen der Tarifgeneration 12

Risikoüberschussanteil	13,0 %	(13,0 %)	des maßgeblichen Beitrages für das Todesfallrisiko, max. 3,75 ‰ der Versicherungssumme
Zusatzüberschussanteil	1,0 %	(1,0 %)	des Bruttojahresbeitrages
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,50 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung
Schlussüberschussanteil	2,3 ‰	(2,3 ‰)	der Versicherungssumme p.a. für maximal 25 Jahre

Rentenversicherungen der Tarifgeneration 12

Zusatzüberschussanteil	1,0 %	(1,0 %)	des Bruttojahresbeitrages
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,50 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung
Schlussüberschussanteil	4,0 %	(4,0 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung p.a.

Risikoversicherungen der Tarifgeneration 12

für BASIS- und OPTIMAL-Tarife gelten derzeit dieselben Sätze

Nichtraucher			
Sofortrabatt			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	61,0 %	(61,0 %)	des fälligen Beitrages
zwischen 10 und 19 Jahren	63,0 %	(63,0 %)	des fälligen Beitrages
ab 20 Jahren	64,0 %	(64,0 %)	des fälligen Beitrages
Todesfallbonus			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	156,0 %	(156,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
zwischen 10 und 19 Jahren	170,0 %	(170,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
ab 20 Jahren	178,0 %	(178,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
Raucher			
Sofortrabatt			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	63,0 %	(63,0 %)	des fälligen Beitrages
ab 10 Jahren	64,0 %	(64,0 %)	des fälligen Beitrages
Todesfallbonus			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	170,0 %	(170,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
ab 10 Jahren	178,0 %	(178,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (BUZ) der Tarifgeneration 12

Berufsgruppen A++, A, B++, B, C und D

Sofortrabatt	44,0 %	(44,0 %)	des fälligen Beitrages
Schlussüberschussanteil	0,0 %	(0,0 %)	der gezahlten BUZ-Beiträge
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,50 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung

Direktgutschrift von Überschussanteilen

Die nachfolgend für das Jahr 2019 deklarierte Direktgutschrift von Überschussanteilen ist in den oben genannten Überschussanteilsätzen für das Jahr 2019 bereits enthalten.

Zinsdirektgutschrift

Es werden keine Zinsüberschüsse als Direktgutschrift gewährt.

Sonderdirektgutschriften

Für die zum 01.01.1995 und später eingeführten kapitalbildenden Versicherungen (inkl. Sterbegeldversicherungen) und Rentenversicherungen werden Risiko- und Zusatzüberschüsse in voller Höhe als Direktgutschrift gewährt. Bei Fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen werden die auf den Bruttojahresbeitrag bezogenen Zusatzüberschussanteile und die Risikoüberschussanteile als Direktgutschrift gewährt.

Für die zum 01.01.1995 und später eingeführten Risikoversicherungen und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen wird der Sofortrabatt zu 30 % als Direktgutschrift gewährt. Der Todesfallbonus bei Risikoversicherungen wird in voller Höhe als Direktgutschrift gewährt.

Für die vor 1995 eingeführten Versicherungen werden der Grundüberschuss bei kapitalbildenden Versicherungen und der Todesfallbonus bei Risikoversicherungen in voller Höhe als Direktgutschrift gewährt.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Für Fälligkeiten in 2019 wird keine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven deklariert.

Rentenversicherungen im Rentenbezug werden in 2019 durch einen zusätzlichen Zinsüberschussanteil in Höhe von 0,15 % der maßgeblichen Deckungsrückstellungen an den Bewertungsreserven beteiligt.

Stuttgart, 18. März 2019

WGV-Lebensversicherung AG

Der Vorstand

Dr. Brachmann

Dr. Kriegmeier

Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der WGV-Lebensversicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotene Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsur-

teile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Kapitalanlagen und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die nach § 341b HGB durchzuführende Bewertung von Sonstigen Kapitalanlagen des Anlagevermögens einschließlich der Feststellung gegebenenfalls notwendiger Abschreibungen bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung erfordert Ermessensentscheidungen durch den Vorstand. Die Unsicherheiten bei der Identifizierung von voraussichtlich dauerhaft wertgeminderten wie Anlagevermögen bewerteten sonstigen Kapitalanlagen und bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes (insbesondere bei nicht börsennotierten sonstigen Kapitalanlagen) machen Annahmen zu wesentlichen Einflussfaktoren nötig, insbesondere zur Finanzlage des Emittenten sowie zu den Erwartungen an künftige Zahlungsströme und eventuell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter wie z.B. Marktzinssätze. Geringe Veränderungen in den Annahmen können zu deutlichen Abweichungen in den Bewertungen und damit bei der Einschätzung über das Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sowie beim Umfang möglicher Abschreibungen führen.

Aufgrund der genannten Annahmen, der Sensitivität der Bewertung auf die relevanten Parameter (vor allem Zinsstrukturkurve und Spread bei festverzinslichen Kapitalanlagen) sowie der Ermessensspielräume bei der Beurteilung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung und deren Umfang und des damit verbundenen bedeutsamen Risikos wesentlich falscher Darstellungen, handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen am gesamten Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft einen hohen Anteil aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben den von der Gesellschaft implementierten Prozess zur Identifikation möglicherweise dauerhafter Wertminderungen bei sämtlichen Sonstigen Kapitalanlagen untersucht und ausgewählte Kontrollen in diesem Prozess auf ihre Wirksamkeit zur Sicherstellung einer fundierten Einschätzung zur Werthaltigkeit der wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen beurteilt. Zudem haben wir eine Funktionsprüfung der implementierten Kontrollen zur Datenbereitstellung sowie zur Freigabe und Änderung von Annahmen und etablierten Verfahren durchgeführt.

Des Weiteren haben wir die von der Gesellschaft definierten Aufgreifkriterien im Hinblick auf die Einhaltung der berufsständischen Vorgaben nach IDW RS VFA 2 beurteilt. Auf Basis einer risikoorientiert ausgewählten Stichprobe von wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir ferner untersucht, ob die Aufgreifkriterien ordnungsgemäß angewendet, für alle relevanten Sonstigen Kapitalanlagen eine dokumentierte Einschätzung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung nachvollziehbar ausgeübt wurden und somit im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben stehen.

Um festzustellen, ob bei wie Anlagevermögen bewerteten Sonstigen Kapitalanlagen erhöhte Wertminderungsrisiken bestehen und stille Lasten eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung darstellen, umfassten unsere Prüfungshandlungen Befragungen der Vorstände und anderer mit diesem Sachverhalt betrauter Personen innerhalb der Gesellschaft sowie die Beurteilung interner Stellungnahmen zur Bewertung. Darüber hinaus haben wir untersucht, ob die von der Gesellschaft angewandten Bewertungsverfahren und -methoden bei nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen finanzmathematisch sachgerecht sind, ob die wesentlichen Bewertungsparameter (Zinsstrukturkurve und Spread) ordnungsgemäß aus beobachtbaren Marktvariablen oder aus Erfahrungswerten abgeleitet wurden und die Bewertungsergebnisse in einer risikoorientierten Stichprobe durch eigene Berechnungen nachvollzogen und mit den Werten der Gesellschaft verglichen.

Bei der Prüfung der Bewertung der nicht börsennotierten Sonstigen Kapitalanlagen haben wir eigene Experten mit speziellen Kenntnissen in der Finanzmathematik zur Unterstützung hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der nicht notierten Sonstigen Kapitalanlagen oder gegen die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für diese Sonstigen Kapitalanlagen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Kapitalanlagen des Anlagevermögens sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Deckungsrückstellung einschließlich der Zinszusatzreserve

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Ermittlung der Brutto-Deckungsrückstellung erfolgt überwiegend auf Basis der prospektiven Methode nach § 341f HGB sowie § 25 RechVersV unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen und enthält diverse Annahmen zur Biometrie (unter anderem Sterblichkeit bzw. Langlebigkeit, Berufsunfähigkeit), zur Ausübung von Versicherungsnehmeroptionen (Storno und Kapitalwahl), zu den Kosten und zur Verzinsung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Diese Rechnungsgrundlagen basieren zum einen auf den tariflichen Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation und zum anderen auf aktuellen Rechnungsgrundlagen. Letztere können sich aus rechtlichen Vorschriften ergeben, wie z.B. der Referenzzinssatz gemäß der Verordnung über Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung (DeckRV), oder aus Veröffentlichungen der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV), wie z.B. eine aktualisierte Sterbetafel für das Langlebkeitsrisiko. Außerdem fließen unternehmensindividuell abgeleitete Annahmen ein, wie z.B. Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten oder biometrische Annahmen, die von den von der DAV veröffentlichten Tafeln abweichen.

Gemäß § 341e Abs. 1 HGB haben Versicherungsunternehmen versicherungstechnische Rückstellungen auch insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Dabei sind die im Interesse der Versicherten erlassenen aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die bei der Berechnung der Rückstellungen zu verwendenden Rechnungsgrundlagen einschließlich des dafür anzusetzenden Rechnungszinsfußes und über die Zuweisung bestimmter Kapitalerträge zu den Rückstellungen zu berücksichtigen.

Insbesondere sind nach § 341f Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 5 Absatz 3 und 4 DeckRV bei der Bildung der Deckungsrückstellung auch gegenüber den Versicherten eingegangene Zinssatzverpflichtungen zu berücksichtigen, sofern die derzeitigen oder zu erwartenden Erträge der Vermögenswerte der Gesellschaft für die Deckung dieser Verpflichtungen nicht ausreichen. Als Teil der Deckungsrückstellung dient die Bildung einer Zinszusatzreserve.

Bei der Ermittlung dieser Zinszusatzreserve werden die Wahlrechte des BaFin-Schreibens „Erläuterungen zur Berechnung der Zinszusatzreserve für den Neubestand und der Dotierung der Zinsverstärkung für den Altbestand“ vom 5. Oktober 2016 von der Gesellschaft teilweise ausgeübt. Die Gesellschaft setzt in diesem Zusammenhang Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten an, bei deren Festlegung Ermessensspielräume bestehen. Hier wirken sich insbesondere Annahmen über das Verhalten der Versicherungsnehmer aus. Außerdem werden bei Kapitallebensversicherungen mit einem Rechnungszins von mindestens 2,75% biometrische Rechnungsgrundlagen mit reduzierten Sicherheitszuschlägen verwendet, die auf beobachtba-

ren Entwicklungen im Bestand der Gesellschaft basieren und die ebenfalls Ermessensspielräume beinhalten.

Aufgrund der Höhe der Brutto-Deckungsrückstellung sowie der Ermessensspielräume und Schätzungen bei der Ermittlung der Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten und den biometrischen Rechnungsgrundlagen erachten wir diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir den Prozess zur Ermittlung der Deckungsrückstellung (einschließlich der Zinszusatzreserve) aufgenommen und ausgewählte Kontrollen in diesen Prozessen auf ihre Ausgestaltung und Wirksamkeit beurteilt und getestet. Die getesteten Kontrollen decken unter anderem die Vollständigkeit und Richtigkeit des Bestandes ab.

Darüber hinaus haben wir analytische und einzelfallbezogene Prüfungshandlungen durchgeführt. Durch eine Hochrechnung der Deckungsrückstellung auf Basis der Gewinnzerlegungen der vergangenen Jahre und der aktuellen Bestandentwicklung haben wir eine eigene Erwartungshaltung formuliert und diese mit den bilanzierten Werten verglichen. Des Weiteren haben wir für ausgewählte Teilbestände bzw. Verträge die tarifliche Brutto-Deckungsrückstellung und die Zinszusatzreserve nachgerechnet. Zusätzlich haben wir Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt, um die Entwicklung der Brutto-Deckungsrückstellung insgesamt sowie für Teilbestände oder Teilkomponenten im Zeitablauf zu plausibilisieren.

Zur Prüfung der Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Brutto-Deckungsrückstellung, insbesondere im Hinblick auf die Wahlrechte des BaFin-Schreibens vom 5. Oktober 2016 für die Berechnung der Zinszusatzreserve, haben wir die Herleitung der Rechnungsgrundlagen auf Basis der historischen und aktuellen Bestandentwicklung, der Gewinnzerlegung sowie der zukünftigen Erwartung der Gesellschaft an Verhalten der Versicherungsnehmer einer kritischen Würdigung unterzogen. Bei unserer Beurteilung der Angemessenheit der angesetzten Rechnungsgrundlagen haben wir insbesondere auch die Empfehlungen und Veröffentlichungen der DAV und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) herangezogen.

Weiterhin haben wir den Erläuterungsbericht sowie den Angemessenheitsbericht des Verantwortlichen Aktuars und die Ergebnisse der jährlichen Prognoserechnung gemäß BaFin-Anforderung daraufhin kritisch durchgesehen, ob bei der Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellung alle Risiken im Hinblick auf die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen und die dauernde Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge berücksichtigt wurden.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellungen einschließlich der Zinszusatzreserve ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zu den Grundsätzen der Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellung und der hierbei angesetzten Rechnungsgrundlagen sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von

wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unterneh-

menstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise an genom-

men werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 13. April 2018 als Abschlussprüfer bestimmt. Der Aufsichtsrat hat uns mit Schreiben vom 28. April 2018 beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Abschlussprüfer der WGV-Lebensversicherung AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Be-

richt an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 19. März 2019

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling
Wirtschaftsprüfer

Karsak
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die WGV-Lebensversicherung AG beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Zu seiner Unterstützung hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten eingerichtet. Der Vorstandsausschuss befasst sich mit der Vorbereitung von Entscheidungen über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über deren dienstvertragliche Angelegenheiten, soweit die Grundsätze für die Bezüge gemäß § 87 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 AktG betroffen sind, sowie mit der Entscheidung über sonstige dienstvertragliche Angelegenheiten der Vorstandsmitglieder.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2018 sind durch den gemäß § 341 k Abs. 2 HGB i. V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers vom 19. März 2019 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 12. April 2019 vom Abschluss-

prüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns hat der Aufsichtsrat geprüft. Nach dem Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Er billigt den Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist, und schließt sich dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung an.

In der Bilanzsitzung am 12. April 2019 hat der Verantwortliche Aktuar dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse hat der Verantwortliche Aktuar eine uneingeschränkte versicherungsmathematische Bestätigung gemäß § 141 Abs. 5 Nr. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) abgegeben. Gegen den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars und seine Ausführungen in der Bilanzsitzung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den Bericht des Abschlussprüfers geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen gegen den Bericht des Vorstands nach § 312 AktG und den Bericht des Abschlussprüfers hierzu, insbesondere aber zu den Erklärungen des Vorstands im Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, nicht zu erheben.

Stuttgart, den 12. April 2019

Der Aufsichtsrat

Roger Kehle Vorsitzender	Joachim Walter Stellvertretender Vorsitzender	Gudrun Heute-Blum
Jochen Müller	Dr. Matthias Neth	Helmut Reitemann

